DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

207 | 18. JAHRGANG | Dezember 2001 | 8,00 DM / 4,50 Euro

Neue-Arbeit-Gruppen erproben praktische Kritik der Marktwirtschaft

Meister Anpassung regiert das Land !

»Wenn es zum Kriege kommen sollte, so würde ich vorschlagen, daß aus diesen Kriegshetzern eine Brigade gebildet wird mit dem Titel »Brigade zur Rettung der Ehre des Vaterlandes«, und an der Stirn der Kopfbedeckung müßten die Worte stehen: »Retter des Vaterlandes«. Diese müßten zunächst in die Schlacht: die hetzenden Redakteure und Abgeordneten, die hetzenden Großindustriellen, kurz, alle jene, die an der Kriegshetze beteiligt sind. Diese müßten in der Schlacht vorausgeschickt werden, um mit ihren meist doch ziemlich korpulenten Leibern zur Ehre des Vaterlandes das Feld *zu decken*«.

August Bebel, 1911

Texte gegen den Krieg auf den Seiten 3 bis 5.

Lastwagen der SSM mit Aufschrift gegen den Afghanistankrieg — Foto: Dorothea Weigel

Die globalisierte Privatwirtschaft hat für eine Mehrheit der Menschen unzureichende Lebensverhältnisse hervorgebracht: Ca. 80% der Erdbewohner leben in primitiven, menschenunwürdigen Behausungen ohne fließendes Wasser, Toiletten oder Heizung. Fast die *Hälfte* leiden an den Folgen von Unterernährung. Die gewaltige Produktivitätssteigerung der letzten hundert Jahre kommt den meisten Menschen kaum zugute. Eine hauchdünne Schicht von Kapitalbesitzer beherrscht *einen Großteil dieser Produktionsmöglichkeiten. Die Masse der ProduzentInnen wird mit Waren abgespeist, die ihre Bedürfnisse immer wieder neu auf das Reich der Warenwelt ausrichten und verflachen. Tätige Mitmenschlichkeit, Solidarität, Liebe ... werden zum Luxus fern von dieser Wirtschaftsweise, oder sie werden dazu benutzt, die schlimmsten Schädigungen zu lindern. Dann kann der Schweinsgalopp des Verwertungswettlaufs weitergehen. Ist das alles ?

Hilmar Kunath, Redaktion Hamburg ● Gut, dass sich in den letzten Jahren eine neue Globalisierungskritik-Bewegung entwickelt hat. Dort werden verstärkt die Auswirkungen dieser Wirtschaftsweise kritisiert und gefordert, ihr Zügel anzulegen. Es bleibt allerdings erst einmal offen, wie Kräfte entwickelt werden könnten, die globalen Spekulationsströme zu unterbinden und die Macht der Konzerne zu begrenzen. Bleibt deshalb erst einmal alles wie es ist?

Durch unsere Arbeitsverhältnisse in der (Privat-)wirtschaft drohen wir immer wieder zu Geiseln einer Kapitalspolitik des ungehemmten Waren- und Geldverkehrs zu werden. Jede Einschränkung des 'freien Unternehmertums', ob Tobinsteuer oder Vermögenssteuer, kann mit einer Drohung des Abbaus unserer Arbeitsplätze beantwortet werden.

Bisher ist diese Wirtschaftsweise fast ohne demokratische Alternativen geblieben. Was fehlt, ist eine praktische Kritik dieser Wirtschaftsweise, die an unseren alltäglichen Lebensverhältnissen ansetzt. Kongresse, Demos, Proteste und E-mails können allein keine neue demokratische Wirtschaftsweise hervorbringen. Erst wenn ein Teil der weltweiten Kritikbewegung an der kapitalistischen Globalisierung sich zu praktischen Alternativen zur Marktwirtschaft entwickelt, kann sie dauerhaft deren Anpassungszwängen entgehen.

Selbstorganisation ist angesagt, um Schritt für Schritt die Zwänge von Waren und Geld zurückzudrängen. Selbsthilfe und Nachbarschaftshilfe, als (Wieder-)Ausbauen von gegenseitiger solidarischer Hilfe kann eine Grundlage sein, den scheinbar allgewaltigen Anpassungszwängen von Markt und gekaufter Meinung zu widerstehen. Solange Lebens- und Arbeitsperspektiven ausschließlich auf marktbezogene Erwerbsarbeit gründen, sind die Lohnabhängigen oder kleinen WarenproduzentInnen Anhängsel *der* Wirtschaft und Politik, die sie in ihren globalen Auswirkungen vielleicht gerade heftig kritisiert haben. Sie müssen schließlich wieder nach Haus und ihr Geld verdienen. Der Anpassungszwang an den Warenmarkt hat die alte Alternativbewegung fast völlig zu Anpassung und Auflösung gebracht. Was unterscheidet heute manchen Bioladen, selbstverwalteten Fahrradladen, alternativen Busreise- oder Druckbetrieb von einer 'normalen' privatwirtschaftlichen Firma? Dass der alltägliche Umgang mit Waren und Geld das bewirken könnte, wurde gewaltig unterschätzt. Auch die heutigen Projektgemeinschaften werden sich den Märkten anpassen müssen, wenn sie nicht bewusst etwas Neues schaffen, was diesen Anpassungszwängen standhalten kann.

Damit diese Anpassung nicht geschieht, können wir uns in einem ersten Schritt mit einigen Menschen aus unserem unmittelbaren Umfeld zusammenschließen und unsere Erwerbszwänge, unsere Abhängigkeit von Waren und Geld praktisch abbauen. Einzeln sind unsere Spielräume recht gering. Schon mit wenigen Personen können wir Projekte gegenseitiger Hilfe beginnen, zum Beispiel einen Umsonstladen aufbauen (siehe Beitrag unten) ...●

Fortsetzung auf Seite 7

AUS DEM INHALT:

KRIEG IST KEINE LÖSUNG

Am 17. November 2001 fand in Saarbrücken eine Demonstration gegen den »Krieg gegen den Terror« statt. Neben 36 Organisationen hatte auch CONTRASTE den Aufruf zur Demonstration unterstützt. Den Redebeitrag, den die »AKTION 3.WELT Saar« für das Bündnis hielt, findet Ihr auf Seite 3.

GEMEINDEN GEGEN DEN KRIEG

Es scheint so, als hätte sich die deutsche Öffentlichkeit schon wieder an das Krieg führen gewöhnt. Nenneswerte Proteste gibt es nicht. Eine kleine Gemeinde in Mecklenburg-Vorpommern jedoch hat sich einstimmig mit einer Erklärung gegen den Eintritt der BRD in den »Krieg gegen den Terror« ausgesprochen. Seite 5

DEBATTE

Nicht zu rechtfertigen ist der Abdruck eines Interviews mit Christian Sigrist »Dezentraler Terrorismus« mit auch unserer Auffassung nach offen Antisemitischen Aussagen in unserer Oktober-Ausgabe. »Antisemitische Aussagen gehören nicht in unsere Zeitung!«, meint die Heidelberger Endredaktion. Dies sei eine »Pseudodebatte«, schreibt Autor Herrmann Cropp. Nachzulesen auf unserer Debattenseite Seite 6.

CASTOR

Nachdem der Castor-Transport auch aufgrund der gewaltfreien Sitzblockade »WiderSetzen« mit erheblicher Verspätung im Zwischenlager Gorleben eingetroffen ist, haben Atomkraftgegner eine positive Bilanz ihrer Proteste gezogen und dabei massive Kritik an Behörden und Polizei geübt. Seite 12

BIOFACH 2002

Über die Hälfte der 110 spanischen Aussteller auf der BioFach 2001 meldeten den totalen Ausverkauf ihrer Produkte. Das macht Lust auf mehr – bei Anbietern wie Käufern von Naturkost und Naturwaren von der Iberischen Halbinsel. Auf der BioFach 2002 steht Spanien als Land des Jahres im Fokus. Seite 12

GENOSSENSCHAFTEN

Im internationalen Jahr des Ehrenamtes 2001 hat der »Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V.« einen Wettbewerb ins Leben gerufen, der ehrenamtliches Engagement in Genossenschaften auszeichnet. Bis zum Einsendeschluss Mitte September gingen 33 Bewerbungen ein. Nach eingehender Diskussion kamen schließlich neun Beiträge in die engere Wahl für die Vergabe der Preise mit den Schwerpunkten Wohnungsgenossenschaften, Verbrauchergenossenschaften und Genossenschaften mit eher gewerblichem Charakter. Seite 13

www.contraste.org

D 8008

LOKALE ÖKONOMIE

Bildet weitere Umsonstläden !

Seit nun bald drei Jahren betreiben wir, der Arbeitskreis Lokale Ökonomie, in Hamburg den ersten Umsonstladen. Die Idee ist einfach: Wer in Hamburg funktionsfähige Dinge über hat, kann sie bei uns vorbeibringen, statt sie weiter nutzlos bei sich zu lagern oder sie wegzuwerfen. Wer etwas benötigt, kann diese Dinge bei uns umsonst abholen.

Hilmar Kunath, Redaktion Hamburg ● Jede(r) kann pro Besuch bis zu drei Teile mitnehmen und gerne wiederkommen. Geben und Nehmen sind nicht mechanisch aneinander gekoppelt. Wer braucht, nimmt und wer hat, gibt. Doch wer ein halbes Jahr nur nimmt, kann schon mal gefragt werden, ob er oder sie nicht auch in irgendeiner Form etwas beitragen will. Wir bitten die BesucherInnen um eine freiwillige Spende von 1 DM für unsere Ladenmiete, die wir von Anfang an aus eigener Kraft aufbringen.

Große Gegenstände (z.B. Möbel) können wir bei uns nicht lagern. Deshalb schreiben wir sie auf Karteikarten, die im Stadtteilladen ausgehängt werden. So können VorbesitzerIn und Interessenten sich in Verbindung setzen. Bisher haben über 12.000 Leute dieses konsum- und warenkritische Selbsthilfeprojekt für sich nutzen können.

Das Stichwort »zu schade zum Wegwerfen« verstehen die meisten Menschen und freuen sich, dass sie ihre nicht mehr benötigten nützlichen Dinge anderen schenken können.

Uns ist bei unserer praktischen Umverteilungsaktion wichtig, dass Leute aus allen sozialen Schichten zu uns kommen, auch etliche »normale« Berufstätige, die nicht nur Dinge bringen, sondern auch holen, weil sie nicht mehr einsehen, alles neu zu kaufen. Ständiger Neukauf erhöht die Erwerbszwänge. Niemand wird bei uns gefragt, ob sie oder er »bedürftig« ist. Wir haben das Projekt Umsonstladen mit vier Leuten in unserem 50 qm-Stadtteilladen gestartet. Jetzt arbeiten über zehn regelmäßig mit und eine Reihe weiterer Menschen hilft ab und zu. Die meisten davon sind als NutzerInnen auf uns gestoßen. In den nächsten Monaten werden wir wahrscheinlich in etwas größere Räume umziehen. Darüber hinaus bräuchten wir noch Werkstattraum für unsere Idee »Reparieren statt wegwerfen«.

Zwei Berliner haben die Internet-Homepage www.alles-und-umsonst.de entwickelt. Das ist quasi ein Umsonstladen im Netz. Hier fehlt natürlich der menschliche Kontakt und verwertungssüchtiger Missbrauch ist dort auch nicht so leicht abzustellen. Trotzdem ist es toll, dass es so etwas gibt. Schließlich sind noch nicht überall Umsonstläden in der Nähe.

Seit über einem Jahr betreibt inzwischen auch die Projektgemeinschaft Bremer Commune erfolgreich den Bremer Umsonstladen. Er ist auch über www.umsonstladen.de im Netz erreichbar. Am 2. November eröffnete in Hamburg-Bergedorf der zweite Umsonstladen Hamburgs mit StudentInnen der Fachhochschule »Rauhes Haus«. In Dresden funktioniert das Abfallgut e.V. herrlich. In Berlin-Mitte öffnet gerade ein weiterer Umsonstladen (Brunnenstr. 183), in Hannover gibt es inzwischen einen Umsonstladen und in Detmold wird demnächst der erste Umsonstladen unter dem Dach der evangelischen Kirche eröffnen. Wo entsteht der nächste ??

Wir empfangen in Hamburg weiterhin gern Gäste aus anderen Städten, damit sie sich den Betrieb des Umsonstladens ansehen, um anschließend bei sich zu Hause ein ähnliches Projekt zu entwickeln. Also: herzlich willkommen ! (Tel.: 040 – 39 90 64 88)●

CONTRASTE-INTERN:

»Gegenöffentlichkeit herzustellen muss machbar sein!« ...

so ist der aktuelle Spendenbrief der CONTRASTE überschrieben, der dieser Ausgabe beiliegt. Dass sie machbar ist, haben wir in den vergangenen 17 Jahren und 3 Monaten bewiesen. Nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten hätte unsere Zeitung niemals gedruckt werden dürfen. Unabhängige, ehrenamtlich arbeitende Redaktionen, unser treuer LeserInnenstamm und Fördermitgliedschaften im CONTRASTE e.V. haben das Erscheinen der CONTRASTE dennoch ermöglicht. 1996 hatten wir einen kaum aus eigener Kraft zu bewältigenden Schuldenberg vor uns aufgebaut. 50.000 DM war die ernüchternde negative Bilanz. Dass wir fünf Jahre später wieder einen Blick über diesen Berg werfen könnten, wagten wir damals kaum zu hoffen.

Redaktion Heidelberg ● Zumal unsere Aussichten zusätzlich getrübt wurden durch eine erwartete jährliche Neuverschuldung um 10.000 DM. Durch Umstellungen von Normalabos auf Mitgliedschaften im CONTRASTE e.V. konnte dieser Trend im Laufe der Zeit aufgefangen werden. Eine durch einzelne CONTRASTE-Redaktionen und weitere Personen aus dem Umfeld gebildete Leih- und Schenkungsgemeinschaft sorgte für eine Absenkung der Altschulden um 22.000 DM, Spenden aus dem Leserkreis um weitere 3.000 DM.

Nach der letztjährigen Spendenaktion konnten wir schon im Januar diesen Jahres Entwarnung geben, die für 2001 erwartete Deckungslücke war schon geschlossen und ein Fünftel der verbliebenen Altschulden konnte Dank Eurer Solidarität abgetragen werden. Nun können wir endlich einen Blick über den Berg werfen und am dahinterliegenden Horizont ist ein Silberstreifen zu erkennen...

Bevor die CONTRASTE-Redaktionen jedoch können einen Schuldenberg vor sich herzuschieben, wollen wir doch das Ziel benennen, dass wir uns für das Jahr 2002 vorgenommen haben: 6.720 DM (3.436 EUR) sind die für 2002 zu erwartende Deckungslücke und 5.000 DM (2.560 EUR für die weitere Absenkung der Altschulden würden dafür sorgen, dass aus dem »Silberstreifen« am Horizont zu unserem 18. Geburtstag im Oktober 2002 eine »Morgenröte« wird. Deshalb bitten wir Euch erneut um Eure Solidarität in Form von Spenden, Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften, Werbung von Neuabos ...

Nachfolgend unser Jahresrückblick: Getrübt wurde das Ergebnis erneut durch 85 Abokündigungen (-6.752 DM). Demgegenüber stehen 43 Neuabos (+3.430 DM), so dass sich unser Finanzloch durch verloren gegangene Abos um 3.322 DM vergrößerte.

Kündigungen von 11 Fördermitgliedschaften in Höhe von 1.520 DM erhöhten den mindestens zusätzlich zu erwirtschaftenden Betrag auf 4.942 DM

9 neue Fördermitgliedschaften ergeben einen Betrag von 1.640 DM, eine Umwandlung eines bisherigen Abos in eine Fördermitgliedschaft nochmals 40 DM. Das reduzierte den Finanzbedarf auf 3.262 DM.

Die Mitteilung unserer Druckerei Mitte Dezember 2000 warf unsere ursprüngliche Ermittlung des Finanzbedarfs über den Haufen, die Druckkosten stiegen im Jahr 2001 um 2.200 DM, unser zusätzlich zu erwirtschaftender Betrag belief sich nun auf 5.462 DM.

Weitere Spenden im Laufe der »Aktion 2001« in Höhe von 5.510,49 DM gingen auf unserem Spendenkonto ein. So haben wir bis zum Stichtag 25.11.2001 ein Plus von 48,49 DM erwirtschaftet.

START 2002

In das Jahr 2002 starten wir mit zwei Umstellungen von Abos auf je eine Mitgliedschaft im CONTRASTE e.V., die zusätzliche 160 DM in unsere Kasse bringen. Wir haben für das Jahr 2002 einen Fehlbetrag von 6.720 DM (3.435,88 EUR) errechnet, verursacht durch die Druckkostenerhöhung (2.200 DM), gekündigte Abos und Mitgliedschaften, der Rest sind weitere externe Kostenfaktoren.

Belastet sind wir zusätzlich durch unsere Schulden in Höhe von 19.478,44 DM (9.959,17 EUR) aus vergangenen Jahren, die wir abbauen wollen. Allein die Überziehungszinsen, die wir Monat für Monat für diese Altschulden zahlen müssen, sind enorm.

Wir hoffen deshalb, dass der beiliegende Spendenbrief uns wiederum hilft, im Jahr 2002 die Finanzlükke zu schließen und eine weitere Reduzierung der Altschulden möglich zu machen. Schließlich wäre es sehr wünschenswert, wenn das ehrenamtlich getragene Zeitungsprojekt CONTRASTE ohne dauernd drükkende Schulden arbeiten könnte – denn Gegenöffentlichkeit muss machbar sein!

AKTION 2001 – DER ABSCHLUSS

Bis zum Stichtag **(25.11.2001)** gingen noch folgende Beträge in die oben aufgeführte Rechnung ein:

Fünf neue Abos konnten wir einrichten, 10 Abos und 2 Fördermitgliedschaften wurden gekündigt.

Ein neues Fördermitglied können wir begrüßen:

- Dascha Angermaier, Hamburg (120 DM)

Spenden gingen ein von:

- Agnes Lewe, Niederlande (128 DM)
- Ute Schenkel, Bremen (100 DM)
- N.N., Linke Literaturmesse Nürnberg (50 DM)
- Peter Gärtner, Frankfurt (Rest aus Urlaubskasse: 50 Francs, 24.000 Lire = 39,15 DM)
- Katja Menz, Lübeck (2 DM)
- Wagendorf Kunterbunt, Tübingen (100 DM)
- Hubi Cramer (20 DM)
- Nico Schindler, Mannheim (100 DM)

Nochmals herzlichen Dank!

FAZIT

Der Aboschwund der letzten zwei Jahre muss aufgehalten werden. Einen weiteren Schwund können wir uns nicht leisten, d.h. für jedes Abo, dass wir zukünftig verlieren, benötigen wir ein neues Abo oder zwei weitere Umstellungen auf eine Fördermitgliedschaft im CONTRASTE e.V. Schön wäre es, wenn weitere Abos auf eine Fördermitgliedschaft umgestellt werden könnten! (Coupon auf dieser Seite!). Mit jeder Vereinsmitgliedschaft im CONTRASTE e.V. helft Ihr Steuern zu sparen, denn die Mehrwertsteuer entfällt, weil der Bezug der Zeitung im Rahmen einer Fördermitgliedschaft kostenlos ist, und Herr Eichel seine Kriegskasse nicht auch noch durch CONTRASTE-Abos auffüllen kann!

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen SpenderInnen, neuen und alten Fördermitgliedern!

Wir hoffen weiterhin auf Neuabos, weitere Fördermitgliedschaften und Spenden (Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 – bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!) und werden in der nächsten Ausgabe wieder über den neuesten Stand berichten.●

NUN DOCH:

GLS Gemeinschaftsbank eG übernimmt Ökobank-Geschäft von der BAG Hamm

Redaktion Heidelberg ● Am 30. Juni 2001 hatte die ordentliche VertreterInnen-Versammlung der Ökobank eG die Ausgliederung des Bankgeschäftes auf die Bankaktiengesellschaft Hamm (BAG Hamm) beschlossen. Die BAG sollte allerdings nur eine Übergangsstation sein.

Im Sommer 2000 gab es schon einmal den Versuch einer Kooperation zwischen der Ökobank e.G. und der GLS Gemeinschaftsbank e.G., bei der die Banksparte durch die GLS-Bank übernommen werden sollte. Dieses Vorhaben, dass den Abschluss eines Kooperationsvertrages im Herbst 2000 vorsah, scheiterte wenig später.

Am 22.11.2001 haben Vorstand und Aufsichtsrat der BAG Hamm das Angebot der GLS Gemeinschaftsbank eG zur Übernahme der Ökobank-Geschäfte angenommen. Das Angebot war Ende September abgegeben worden.

In einer ersten Stellungnahme äußerte sich GLS-Vorstand Thomas Jorberg »sehr erfreut« über diese Entscheidung. Auf die Übernahme sei man vorbereitet. »Wir freuen uns, den Kunden und Mitarbeitern der Ökobank eine neue geschäftspolitische wie auch solide wirtschaftliche Perspektive bieten zu können. Bereits in der Vergangenheit hatten die GLS Gemeinschaftsbank eG und die Ökobank viele gemeinsame Kunden. Die langjährige Erfahrung der GLS Gemeinschaftsbank eG in transparenter Bankarbeit und in der Finanzierung ökologischer, sozialer und kultureller Projekte wird zukünftig auch den Ökobank-Kunden zur Verfügung stehen.«

Die GLS Gemeinschaftsbank eG, 1974 gegründet, gilt als die Pionierin grüner Geldanlagen in Deutschland. Die BAG Hamm ist eine Tochtergesellschaft des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken und darauf spezialisiert, Banken aus einer wirtschaftlich schwierigen Situation wieder auf eine gesunde Basis zu stellen. Bis zur formellen Übernahme der Bankgeschäfte – im Laufe des Jahres 2002 – werden beide Institute im Rahmen eines Kooperationsvertrages in enger Zusammenarbeit die Übernahme vorbereiten. Auf die GLS-Bank werden mit der Übernahme des Ökobank-Geschäftes sämtliche Kundeneinlagen übertragen. Bei den Kundenkrediten übernimmt die GLS-Bank nur die bonitätsmäßig einwandfreien Kredite. Mit der Übernahme des Ökobank-Geschäftes entsteht die größte ethisch-ökologische Bank im deutschsprachigen Raum mit einem Bilanzvolumen von ca. 380 Mio. Euro. Da sich der Markt für ethisch-ökologische Geldanlagen sehr dynamisch entwickelt, sieht die GLS-Bank gute Chancen für ihre weitere Entwicklung.●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

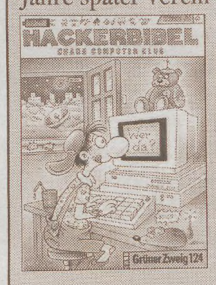
Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

Kurt's Surf-Center

... monatlich die heißesten Surftips aus dem Internet

Seit 20 Jahren (September 81) versammeln sich manche ObersurferInnen dieser und anderer Galaxen im »Chaos Computer Club« (www.ccc.de). Begonnen hatte alles als eine fixe Idee in der taz-Kantine am legendären Tisch der Kommune 1 (nur der Kanzler hat einen größeren). Computer – damals als klobige Rechenzentren, die mit Lochkarten und Magnetbändern gefüttert werden, verschrien, sollten plötzlich zur »Informationsfreiheit« eingesetzt werden.

»Die Entwicklung zur Informationsgesellschaft erfordert eines neues Menschenrecht auf weltweite, ungehinderte Kommunikation. Der Chaos Computer Club ist eine galaktische Gemeinschaft von Lebewesen, unabhängig von Alter, Geschlecht und Rasse sowie gesellschaftlicher Stellung, die sich grenzüberschreitend für Informationsfreiheit einsetzt und mit den Auswirkungen von Technologien auf die Gesellschaft sowie das einzelne Lebewesen beschäftigt und das Wissen um diese Entwicklung fördert«, erklärte die Initiative, die ein paar Jahre später Verein wird.



Das war in der damaligen äußerst technikkritischen Nach-Brokdorf-Ära avantgardistisch und eigentlich schlichtweg ungehörig. Doch 1984 und mit diesem Jahr das Orwell-Syndrom rückten immer näher. Volkszählungen wurden boykottiert. Die Technikentwicklung war rasant: CCC-Mitgründer, »Alterspräsident« und damals taz-Mitarbeiter Wau Holland (www.wauland.de) fing an, die taz-Redaktionen mit sogenannten »texties«, geheimnisvollen Schreibmaschinen, die über Telefon Texte direkt in den Satz kabelten, zu vernetzen. Computer hielten plötzlich Einzug in die Kinderzimmer, waren erschwinglich und »portabel«, d.h. sie konnten zum Telefon geschleppt werden und mit einem sogenannten »Akkustikkoppler« fröhlich pfeifend Informationen austauschen.

In diesen Tagen erschien also plötzlich die CCC-Zeitschrift »Datenschleuder« und eine sogenannte »Hackerbibel« (für Bibliophile: Unter www.chscene.ch/ccc/habi2/index.html ist sie komplett ins Netz gestellt.

Der „Chaosknoten" ist das Symbol des „Chaos Computer Clubs".

Und es waren auch spektakuläre Hacks, die den CCC erst so richtig bekannt machten. Der erste große Coup gelang November 1984 mit der Hilfe des Bildschirmtext (BTX)-Systems der Bundespost. Der CCC entdeckte einen Überlauf-Fehler im BTX-System und gelangte so an eine BTX-Kennung,die, wie sich herausstellte, einer Filiale der Hamburger Sparkasse gehörte. Die CCC'ler riefen nun mit dieser Kennung immer wieder die von ihnen angebotene gebührenpflichtige BTX-Seite auf und fügten der Bank so einen Schaden von über 100.000 DM zu.

Seitdem sind die seit 1984 jährlich veranstalteten Chaos-Communications-Congresse (der 18. wird zu Jahresende tagen) und der CCC selbst vielgefragte Instanzen in Sachen Datensicherheit und Informationsfreiheit. Der CCC steht ganz offiziell auf der Lobbyliste des Deutschen Bundestages. Seine VertreterInnen sind auch von konservativer Seite zu jeder einschlägigen Anhörung eingeladen.

Nur einer ist nicht mehr dabei. Am 29. Juli 2001 um 4 Uhr morgens starb Wau Holland an den Folgen eines Schlaganfalls. Sein Vermächtnis wird von FreundInnen durch den Aufbau einer Wau-Holland-Stiftung geehrt.●

KRIEG GEGEN TERROR ?

Krieg ist keine Lösung

Ungefähr in einer Entfernung von 2.000 Metern vom Heidelberger Headquarter der US-Army befindet sich die CONTRASTE-Redaktion. Um das Headquarter herum ein gemischtes Wohngebiet, ein Straßenzug bewohnt von Familien der im Headquarter Tätigen, der nächste bewohnt von Heidelbergern. Natodraht, Straßensperren, Soldaten mit Maschinenpistolen im Anschlag... Der Besuch von Freunden ist nur unter mühsamer Umgehung der Sperren möglich. So sind wir täglich mit diesem »Krieg gegen Terror«, der wohl noch lange nicht zu Ende ist, konfrontiert.

Am 17. November gab es eine Demonstration in Saarbrücken gegen diesen Krieg, zu der 37 Organisationen (u.a. CONTRASTE) aufgerufen hatten. Nachfolgend der Redebeitrag der AKTION 3.WELT Saar auf der Demonstration »Krieg ist keine Lösung«, der für das Bündnis der aufrufenden Organisationen gehalten wurde.

»Liebe Freunde und Freundinnen,

wir sind heute hier in Saarbrücken zusammen gekommen, um laut und deutlich zu protestieren:

- gegen den Afghanistan-Krieg
- gegen deutsche Soldaten in Afghanistan

und

- für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung.

Denn Krieg ist keine Lösung.

Bekanntlich wiederholt sich Geschichte nicht und wenn doch – dann als Farce. An diese recht solide Aussage von Karl Marx fühlte ich mich erinnert, als ich in der sozialdemokratischen Zeitung »Vorwärts« vom Oktober 2001 folgenden Satz las: *»Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich.«* So begründete Hugo Haase für die SPD-Fraktion das Eintreten der SPD für den 1. Weltkrieg 1914. Wie gesagt – Wenn, dann wiederholt sich Geschichte als Farce.

Damals wie heute fanden nur wenige Abgeordnete Mut genug, dem patriarchal-autoritären Führungsstil ihrer Parteibosse zu widersprechen und sich nicht in den Chor der Ja-Sager einzureihen.

Dass deutsche Soldaten nach Afghanistan sollen, dass die BRD den Kriegseintritt anstrebt – hat nichts mit Terrorismusbekämpfung zu tun. Es hat auch nichts mit dem Wunsch alternder Männer nach Kriegspielen zu tun. Wir sollten vorsichtig sein, mit diesem psychologischen Erklärungsmuster.

Kriegsinteresse: Öl

Die rotgrüne Kriegspolitik ist in hohem Maße ziel- und interessegerichtet:

1. Zielgerichtet auf die angestrebte deutsche Weltmachtrolle. Deutschland will bei der Aufteilung der Welt und ihrer Rohstoffvorkommen dabei sein.
2. und zielgerichtet hinsichtlich der wahren Kriegsziele.

Als Grund für diesen Krieg wird uns – bunt verpackt auf allen verfügbaren TV-Kanälen – die Geschichte der Terrorismusbekämpfung erzählt. Alleine ein Blick auf die Landkarte und schon recht geringe geographische Kenntnisse reichen aus, um auf das Thema Öl zu stoßen.

Es geht in diesem Krieg weder um Terrorismusbekämpfung, noch um humanitäre Erwägungen – Es geht um den Rohstoff Öl. Um den Zugang zu den Öl- und Gasvorkommen in Kasachstan und in Turkmenistan. Und um den Transport des Öls über Afghanistan sicherzustellen, brauchen die USA, Großbritannien und die BRD eine neue Kräfteverteilung in dieser Region. Diese handfesten Interessen zu benennen – ist auch ein Ziel dieser Demonstration.

Um nicht mißverstanden zu werden: All dies macht die Taliban rückwirkend nicht zu Freiheitskämpfern gegen die Vorherrschaft der USA. Die Taliban vertreten eine reaktionäre, frauenfeindliche, inhumane Politik. Ähnlich verhält es sich bei der Nordallianz, die sich aktuell vor laufenden Kameras etwas zurückhält, aber in ihrer Regierungszeit Mitte der neunziger Jahre vorwiegend durch innenpolitischen Terror von sich reden machte.

Uneingeschränkte Solidarität im Wandel der Zeit

Im übrigen muß daran erinnert werden, dass die vielzitierte uneingeschränkte Solidarität in den Reihen der NATO Tradition hat.

- Auch in den achtziger Jahren galt bereits die uneingeschränkte Solidarität für jeden islamischen Fundamentalisten, der bereit war, gegen die Rote Armee in Afghanistan eine Waffe zu erheben.
- Uneingeschränkt solidarisch waren die USA und die BRD zu dieser Zeit auch mit Saddam Hussein im Irak und stellten ihm Geld, Know how, einige Chemikalien und viel politische Unterstützung zur Verfügung. Dies ermöglichte 1988 das Massaker in der irakisch-kurdischen Stadt Halabbja – dank bedingungsloser Solidarität aus der NATO.
- Uneingeschränkt solidarisch sind sie heute mit der Türkei – ein Staat der es sich leisten kann, in aller Offenheit zu foltern, in den Gefängnissen zu ermorden und wie erst vor wenigen Tagen geschehen, mit Panzern in diversen Stadtteilen Istanbuls seine Version von Ruhe und Ordnung zu erzwingen. Übrigens innenpolitisch in der Türkei wird der staatliche Terror mit der Zauberformel »Terrorismusbekämpfung« legitimiert.
- Ich darf auch an die Abschiebung vorgestern morgen im nordsaarländischen Wadern erinnern, als eine 7 köpfige kurdische Familie – sie lebten seit 12 Jahren hier, einige Kinder sind hier geboren und sprechen kein türkisch – mit einem 30 köpfigen Polizeiaufgebot zur Abschiebung geschleift wurden. Die Familie verfügte über keine großen Computerkenntnisse – also weg mit ihnen.

All dies – im Geiste der real praktizierten uneingeschränkten Solidarität mit der Türkei und der Ordnung in diesem Lande.

Angesichts dieser Tatsachen, haben wir allen Grund den Philosophen der uneingeschränkten Solidarität und dem Chor der Ja-Sager zu mißtrauen und sie sonstwohin zu jagen.

Unter www.contrast.org/kg als pdf-File herunterladbar in Farbe (auch als Druckversion Plakat A1)

Banden statt Staaten erleichtern die Herrschaft

Zurück zum Afghanistan Krieg: Die Taliban sind ebenso wie die Nordallianz ein Ausdruck von Bandenbildung in den Randzonen der Industrieregionen dieser Erde. Eine Entwicklung, die sich an vielen anderen Orten ebenfalls verzeichnen lässt, zum Beispiel im Kosovo: Staatliche Strukturen zerfallen, werden zum Teil gezielt zerbombt; an ihre Stelle treten marodierende Banden lokaler Kriegsherren (Warlords) – UCK, Taliban, Nordallianz .... –, die dem Meistbietenden das Tafelsilber ihrer Region verscherbeln. Und das Tafelsilber in Afghanistan heißt: Zugang zum Öl. Wer dies glaubhaft verspricht sicherzustellen, bekommt den Zuschlag von einer der Weltmächte. Bedingungslose Solidarität.

Dissenz: Wider die indirekte Rechtfertigung für den 11. September

Liebe Freunde und Freundinnen,

Bis hierhin dürfte es Einigkeit mit allen in der Friedensbewegung geben.

Unsere Wege trennen sich aber, sobald die Terroranschläge vom 11. September als heroische Taten im Kampf gegen den US-Imperialismus schöngeredet werden. Auch die Schandtaten der USA bilden dafür keine Rechtfertigung.

Die Massaker vom 11. September in New York und Washington wurden nicht von den Unterdrückten dieser Welt verübt.

Sie tragen eine zynische, menschenverachtende Handschrift. Wer für sich das Recht proklamiert, eine US-amerikanische Arbeiterin oder Angestellte, eine US-amerikanische Putzfrau zu ermorden, will eine Gesellschaft, die definitiv nicht die unsere ist. Wer dies macht, hat keine Sympathien – auch keine klammheimlichen – verdient.

Wenn beispielsweise die Organisation Bin Ladens – auch ihm wurde in den 80'er Jahren sehr viel bedingungslose Solidarität aus CIA-Kreisen entgegengebracht – dazu aufruft, Amerikaner und Juden, »wo immer sie sich befinden« zu ermorden, wird ein Fanatismus sichtbar, der nur noch auf Vernichtung aus ist.

Hüten wir uns also davor, diesen Terror vom 11.9. nachträglich mit höheren moralischen Weihen zu versehen.

Das wäre nichts anderes als politisches Trittbrettfahrertum – entweder mangels eigener geistiger Fähigkeiten oder als Ausdruck eines im Kern ebenso zynischen Menschenbildes.

Mit Law and Order gegen alles Undeutsche

Politisches Trittbrettfahrertum findet auch in der BRD statt: Die Rauchwolken in New York waren noch nicht verzogen, da lagen bereits, wie von Geisterhand gesteuert, fix und fertige Konzepte für die Innere Sicherheit in der BRD auf dem Tisch: Mehr Polizei, noch mehr Polizei, viel mehr Polizei und ganz viel mehr Polizei.

Die Vertreter eines law and order Staates nutzen die Gunst der Stunde und zockten ihre technische Version von Sicherheit durch. Die Feinde waren schnell ausgemacht: das Nicht-Deutsche im besonderen und im allgemeinen. Der undeutsch aussehende Student aus dem Iran, die Studentin aus Kurdistan und der Türkei. Eben das Undeutsche, wo immer es in Form von anders Aussehen, Disziplinlosigkeit und Unordnung auftritt. Wenn man nur das richtige Welt- und Menschenbild hat, gibt es auch die gewünschte Anzahl von Feinden. Nennenswerten Widerstand gegen die innenpolitische Mobilmachung gab es nicht.

Offiziell gibt es natürlich keinen Rassismus oder Islamfeindschaft – nur in der Praxis sieht das anders aus, wenn Menschen alleine wegen ihres Aussehens immer und immer wieder kontrolliert werden. Wer es nicht glaubt, soll einfach einmal eine türkische Studentin oder einen kurdischen Student, der öfter mit dem Zug von Saarbrücken nach Trier fährt, begleiten. Ständige Kontrollen wegen undeutschen Aussehens sind an der Tagesordnung. Das ist die real praktizierte deutsche Leitkultur.

Diese innenpolitische Aufrüstung ist nur die Kehrseite des außenpolitischen Auftretens Deutschlands. Entweder ist eine Gesellschaft nach außen UND nach innen freiheitlich und für eine gleiche Verteilung materieller Güter oder sie ist es nicht. Es ist schlechterdings unmöglich, dass eine Gesellschaft nach außen millitärisch auftritt, sich militärisch den Zugriff auf Rohstoffe und Bodenschätze sichert, innenpolitisch aber urplötzlich die süße Melodie der Freiheit spielt und die angehäuften Gewaltpotentiale nicht zur Geltung kommen.

Wir treten dafür ein, sich auch über diese Demonstration hinaus politisch und öffentlich zu engagieren:

- für Gerechtigkeit,
- für Solidarität

und für die gleiche Verteilung von Gütern – aber gegen den Terror des Marktes.

Liebe Freunde und Freundinnen,

zu dieser Demonstration rufen 37 Organisationen auf – alle sehr unterschiedlich voneinander mit verschiedenen inhaltlichen Schwerpunkten. All diese Organisationen sind offen für ihr – oder dein – politisches Engagement.

Der Raum für öffentliches Engagement, für ein Engagement, das keine Karriereambitionen verfolgt, sehr wohl aber politischen Einfluß anstrebt, ist durch die moralische Verkommenheit der Berliner Parteieliten so groß geworden wie nie zuvor.

Wer Erpressung als politisches Mittel anwendet, wer Streubomben auf Afghanistan als eigenen Friedenswillen und als Terrorismusbekämpfung ausgibt, dokumentiert damit nur seine moralische Verkommenheit. Ein Vorbild, an dem man sich orientieren könnte, ist er und der Chor der Jasager nicht. Das Reich der Freiheit liegt politisch, moralisch und organisatorisch jenseits des Berliner Klüngels.

Laßt uns gemeinsam dafür sorgen, dass unser heutiger Protest gegen die deutsche Kriegspolitik keine Eintagsfliege bleibt, dass er immer weitere Kreise zieht. Dafür stehen wir mit dieser Demonstration, dafür werben wir.

In diesem Sinne:

- Sofortige Beendigung des Krieges
- Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Gegen den Fundamentalismus des Marktes und der Religionen
- Für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung.«

BÜNDNIS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ – AUFRUF:

Von Genua nach München

Wie in jedem Jahr findet im Februar 2002 die »Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik« (die frühere »Wehrkundetagung«) statt, ein Treffen von Regierungsvertretern der NATO-Staaten und rund 200 hochkarätigen Militärstrategen, Generälen und Rüstungsexperten.

Die versammelten EU- und NATO-Repräsentanten, die Kriegs und Außenminister der USA, Deutschlands und der übrigen EU-Staaten wollen der Öffentlichkeit vorgaukeln, bei dieser Konferenz gehe es um die Wahrung des Friedens auf der Welt und um internationale Sicherheit. Das Gegenteil ist richtig: Sie planen den nächsten Krieg!

Hinter den verschlossenen Türen im Nobelhotel »Bayerischer Hof« – abgeschirmt von der Öffentlichkeit – entwerfen sie neue Feindbilder und schmieden Pläne für zukünftige Militärinterventionen nach dem Muster der NATO-Agression gegen Jugoslawien. Sie reden nicht über Sicherheit, sondern über die Aufstellung schlagkräftiger mobiler Eingreiftruppen, über neue milliardenschwere Rüstungsprogramme und über die Stationierung modernster High-Tech-Waffensysteme im Weltraum. Jahr für Jahr geben die NATO-Staaten dafür rund 1.000 Milliarden Mark aus.

Die wirtschaftlich und politisch Mächtigen der USA, Deutschlands und der EU betrachten sich als die »Herren der Welt«. Sie beanspruchen für sich das Recht »auf ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt«. Die USA, Deutschland und die EU wollen ihre wirtschaftlichen Interessen und ihre globalen Machtansprüche notfalls mit militärischer Gewalt gegen den Rest der Welt durchsetzen – entweder gemeinsam mit der NATO oder in militärischen Alleingängen der USA oder der EU.

Die weltweite kapitalistische Ausbeutung und ihre militärische Absicherung sind zwei Seiten einund derselben Medaille, eines Systems, das sich ausschließlich am Profit orientiert und das sowohl in Friedens- wie in Kriegszeiten über Leichen geht. Dazu gehört die hermetische Abschottung der Außengrenzen der EU und der USA gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen, und in Deutschland rassistische AusländerInnengesetze, die Abschaffung des Asylrechts, Naziterror und Mord.

Kein Frieden mit Kriegsplanern!

Die Münchner Sicherheitskonferenz ist kein lokales Ereignis. Sie ist das Davos der NATO und ihrer Militärstrategen. Deshalb:

Mischt Euch ein: Gegen das Treffen der Welt-Kriegselite in München!

Stoppt die Kriegspolitik der NATO-Staaten!

Wir rufen auf zu massiven Protestaktionen, damit diese NATO-Konferenz nicht so störungsfrei wie bisher über die Bühne geht.

Wir rufen auf zur:

Kundgebung
Freitag 1. Februar 2002, 17 Uhr, Marienplatz
anläßlich des Empfangs der Tagungsteilnehmer durch die Landeshauptstadt München im Alten Rathaus.

Demonstration zum Tagungsort
Samstag, 2. Februar 2002, 12 Uhr, Marienplatz

Abends Gegenkonferenz oder Großveranstaltung gegen die NATO-Kriegspolitik

www.buko24.de/nato.htm

Erstunterzeichner:
Münchner Bündnis gegen Rassismus · AKM – Antifaschistisch Kämpfen. München · AStA der Geschwister-Scholl-Universität München · Arbeitskreis Internationalismus des AStA der Geschwister-Scholl-Universität München · Bayerischer Flüchtlingsrat · Deutscher Freidenkerverband München · DKP Kreisverband München · internationale sozialistische linke (isl) · Libertad! · Linksruck München · Netzwerk Selbsthilfe e.V. · Ökologische Linke München · Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V. · PAULA Memmingen · PDS München · solid München · Sozialistische Jugend

OTTAWA: IWF UND WELTBANKTREFFEN

Demos gegen Krieg und Ausbeutung

Während der Internationale Währungsfonds Pessimismus über das Weltwirtschaftswachstum verbreitete, gingen Tausende Globalisierungskritiker in Kanada auf die Straße.

Brigitte Zarzer (Telepolis) ● Die Finanzminister und Zentralbankchefs der (1) G-20-Staaten diskutierten Mitte November über Maßnahmen gegen den Terror und Möglichkeiten zur Belebung der flauen Weltwirtschaft. Globalisierungskritiker mobilisierten gegen das Treffen und riefen zum Friedensmarsch auf. Sie trafen auf scharf bewaffnete Sicherheitskräfte.

Nur wenige Wochen blieben den Globalisierungskritikern diesmal für die Organisation des Protestes. Denn ursprünglich hätte das Jahrestreffen von (2) IWF und (3) Weltbank in Indien stattfinden sollen, wurde aber nach den Terroranschlägen vom 11. September kurzerhand ins kanadische Ottawa verlegt. Der Kampf gegen den Terror nahm in den Verhandlungen breiten Raum ein. So wurde diskutiert, wie die Finanzströme einschlägig bekannter Organisationen trocken gelegt werden könnten.

In diesem Zusammenhang kam auch die Sprache auf sogenannte Steueroasen, die künftig genauer unter die Lupe genommen werden sollen. Das zumindest dürfte globalisierungskritische Organisationen, wie beispielsweise (4) ATTAC, freuen. Sie beäugen die Paradiese für Geldwäscher und Finanzspekulationen seit jeher kritisch. Insbesondere die USA hatte sich aber bis dato gegen eine Durchleuchtung der Steueroasen gewehrt. Nach den Terroranschlägen lenkten die Vereinigten Staaten nun ein.

Dennoch gab es für Globalisierungskritiker noch ausreichend Gründe, um auf die Straße zu gehen. Nach Polizeiangaben versammelten sich etwa 4.000 Demonstranten. In Sprechchören forderten sie einen Schuldenerlass für arme Staaten und verurteilten die von den USA als Bekämpfung des internationalen Terrorismus bezeichneten Angriffe in Afghanistan. Am Freitag kam es zu Ausschreitungen, nach dem eine kleinere Gruppe eine Straßensperre durchbrochen hatte. Nach Polizeiangaben wurden sieben Personen verhaftet.

Am Samstag fand dann ein (5) Friedensmarsch statt. Zwar trafen die Demonstranten nicht auf meterhohe Zäune wie beim Freihandelsgipfel im kanadischen Quebec (vgl. (6) Wall of Shame), die martialische Ausrüstung der Sicherheitskräfte sorgte aber dennoch für Verärgerung bei den Globalisierungskritikern. Insbesondere die Bewaffnung mit Maschinengewehren wurde kritisiert. Der Krieg war zwar nicht dezidiert Verhandlungsgegenstand der IWF, beeinflusste aber die Gespräche. Der französische Finanzminister, Laurent Fabius, rief die Industriestaaten auf, ärmere Länder – wie etwa Pakistan – finanziell zu unterstützen. Künftig sollen vor allem auch Schwellenländer in den »Kampf gegen den Terror« miteinbezogen werden, hieß es. Pessimistisch sieht der IWF die Aussichten der Weltwirtschaft. Die Lage sei ungewiss. Während der deutsche Finanzstaatssekretär Caio Koch-Weser an den Wachstumsprognosen für Deutschland mit 0,7 Prozent für dieses und 1,25 Prozent für nächstes Jahr festhält, stufte der IWF die Erwartungen für 2002 auf 0,8 Prozent in Deutschland zurück.●

Links:
(1) www.g20.org/
(2) www.imf.org/
(3) www.worldbank.org/
(4) www.attac.org/
(5) http://madison.indymedia.org/front.php3?article_id=1817&group=webcast
(6) www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/7438/1.html
Artikel-URL:
www.telepolis.de/deutsch/inhalt/co/11149/1.html

STRAFBEFEHL ÜBER 3.600 DM

Redaktion Heidelberg ● Einen Strafbefehl über 90 Tagessätze à 40 DM erhielt am 28.11.2001 der Geschäftsführer der »Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen« (GAAA), Roland Blach, vom Amtsgericht Ludwigsburg. Darin wird er angeklagt, »er habe in zwei selbstständigen Handlungen öffentlich durch Verbreiten von Schriften zu einer rechtswidrigen Tat des Hausfriedensbruchs aufgefordert«. Grundlage des Strafbefehls ist die per Flugblatt und Internet angekündigte »Inspektion des Atomwaffenlagers Büchel« am 30.9. diesen Jahres, bei der auch »militärisches Gelände betreten werden sollte«, um das weltweit gültige und von der BRD missachtete Völkerrecht anzumahnen. Am 26. September war das Büro der GAAA von der Polizei durchsucht und der Computer mitsamt Zubehör sichergestellt worden.

Gegen den Strafbefehl hat Blach beim Amtsgericht Einspruch eingelegt. Damit ist ein Verfahren vor dem Amtsgericht angestrengt, das frühestens im Frühjahr 2002 zu erwarten ist.

Der Sprecher des Friedensnetzes Baden-Württemberg und Geschäftsführer der ökumenischen Aktion »Ohne Rüstung Leben«, meinte in einer ersten Stellungnahme dazu: »Während diejenigen die Bomben auf unschuldige Zivilisten in Afghanistan einsetzen, straffrei ausgehen, werden diejenigen, die mit Aktionen zivilen Ungehorsams auf die völkerrechtswidrige Lagerung von Atomwaffen aufmerksam machen, kriminalisiert«. In Büchel in der Eifel sind nach Angaben des »Berliner Informationszentrums für transatlantische Sicherheit« (BITS) mindestens 10 US-Atombomben mit einer Sprengkraft von über 100 Hiroshimabomben gelagert. Die Bundeswehr ist mit der Bereitstellung von Flugzeugen und der Ausbildung von Soldaten im Rahmen der nuklearen Teilhabe direkt dafür verantwortlich.

In einem ähnlichen Fall hatte das Amtsgericht München im November 2000 ein Verfahren wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten gegen einen 51-jährigen mit der Begründung eingestellt, sein Protest sei »ehrenvoll und nachvollziehbar«. Die britische Friedensorganisation »Trident Ploughshares«, die seit fünf Jahren Aktionen zivilen Ungehorsams gegen Atomwaffen mit großem Erfolg in Schottland durchführen, wird am 7. Dezember 2001 in Stockholm den alternativen Friedensnobelpreis überreicht bekommen.●

Hardthöhe gewinnt Prozess

Im Rechtsstreit um die Internet-Adresse www.verteidigungsministerium.de hat das Landgericht Hannover am 12. September 2001 dem Bundesverteidigungsministerium das Namensrecht der Seite zugesprochen. Sie wurde bisher von einem 23-jährigen Auszubildenden betrieben, der darauf Informationen zu Wehrdienstverweigerung und Zivildienst veröffentlicht hatte. Das war der Hardthöhe natürlich ein Dorn im Auge, und sie klagte gegen den Betreiber.

Das Gericht begründete sein Urteil damit, dass durch den Namen der Seite eine »Zugangsverwirrung« entstehe. Anders als bei dem Urteil zum Streit um den Namen »Mitwohnzentrale« reiche ein richtigstellender Verweis auf der Seite nicht aus. Es gehe hier nicht um gewerbliche Interessen, sondern um »grundsätzlich höher zu bewertende Interessen des Gemeinwohls«, die das Verteidigungsministerium als eine Bundesbehörde vertrete.

Der Betreiber will sich von dem Urteil nicht beirren lassen und die Seite unter dem Namen »Verweigerungsministerium.de« weiterführen.●

Aus: Computerbild 20/2001

ATTAC-KONGRESS

Nach drei Tagen mit rund 100 Veranstaltungen und insgesamt 4.000 BesucherInnen ging am 21. Oktober der erste bundesweite Attac-Kongress in Berlin zu Ende. Auf dem Abschlussplenum vor über 2.000 TeilnehmerInnen erklärten Freya Pausewang und Sven Giegold: »Der Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung ist nicht verstummt. Heute wissen wir, dass alle, die sich Krieg und Terrorismus widersetzen wollen, von Verarmung und Demütigung durch die weltweiten wirtschaftlichen und militärischen Herrschaftsverhältnisse nicht schweigen können.« Eine Anti-Kriegs-Bewegung müsse schon im Ansatz globalisierungskritisch sein. Der Kongress habe dem politischen Druck zur bedingungslosen Einstimmigkeit in Zeiten des Krieges die freie Begegnung und das offene Wort entgegengesetzt.

In den kommenden Wochen und Monaten will Attac durch vielfältige Aktionen den öffentlichen Druck gegen eine auf weitere Deregulierung setzende Politik verstärken.●

www.attac-netzwerk.de

Presseerklärung von 16 Menschenrechtsorganisationen

Die überzogenen Reaktionen auf die Terroranschläge vom 11. September in den USA haben die Menschen- und Bürgerrechte sowie das Völkerrecht geschwächt und beschädigt. Zu diesem Ergebnis kommen die unterzeichnenden Menschenrechtsorganisationen.

Nach ihrer Ansicht ist weltweit ein Abbau der Menschen- und Bürgerrechte sowie eine Schwächung des Völkerrechts zu beobachten. Die Reaktionen der weltweiten »Allianz gegen den Terror« haben in vielen Mitgliedsländern dieser Allianz zu einer bedrohlichen Einschränkung von Menschen- und Bürgerrechten geführt. Die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger in diesen Ländern stehen auf dem Spiel. Als Beispiel sind die in Großbritannien geführte Diskussion zum Austritt aus den Verpflichtungen der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) ebenso zu nennen, wie die von der Bundesregierung im Rahmen des Terrorbekämpfungsgesetzes geplanten asyl- und ausländerrechtlichen Verschärfungen sowie die weitreichenden Maßnahmen im Rahmen der Datenerhebung und Speicherung durch Bundeskriminalamt und Verfassungsschutzämter und die Änderungen der Passgesetze.

Die Menschenrechtsorganisationen warnen vor den weitreichenden Folgen dieser Einschränkungen von Menschen- und Bürgerrechten für alle Länder gleichermaßen.

Auch international bedeuten viele Maßnahmen der Allianz gegen den Terror eine Verschlechterung des Menschenrechtsschutzes. Im Rahmen dieser »Allianz gegen den Terror« verbünden sich so heterogene Partnerstaaten, wie Russland, China, die Vereinigten Staaten, aber auch die Bundesrepublik Deutschland und Pakistan. In vielen Ländern dieses Zweckbündnisses werden Menschenrechte mit Füßen getreten. Es ist zu befürchten, dass durch diese »unheilige Allianz« es immer weniger möglich wird, die in diesen Staaten geschehenden schweren Menschenrechtsverletzungen anzuklagen und zwischenstaatlich auf eine Beendigung dieser Menschenrechtsverletzungen zu drängen. Die Aussagen von Bundeskanzler Schröder bezüglich Tschetschenien und sein Schweigen in China geben Anlass zu großer Sorge für die deutschen Menschenrechtsorganisationen.

Durch die kriegerischen Maßnahmen gegen Afghanistan wurden von den USA und ihren Verbündeten schwere Menschenrechtsverletzungen bewusst in Kauf genommen. So wurden durch die Bombardierung der USA, zum Teil mit Streubomben, die Menschenrechte der Zivilbevölkerung des Landes, wie z.B. das Recht auf Leben, Nahrung und Sicherheit schwer verletzt. Die Racheakte der von den USA unterstützten Nordallianz und anderer Gruppierungen bedeuten eine weitere schwere Verletzung von Menschenrechten.

Es ist »äußerst zweifelhaft, ob der Einsatz von Militär durch die USA und ihren Bündnispartnern durch das Völkerrecht gedeckt ist. Statt das brüchige Völkerrecht fortzuentwickeln, das auf der Ächtung des Krieges basiert, stellt die Rückkehr zum Krieg einen schweren Rückschritt für die zukünftige Entwicklung der Vereinten Nationen dar. Bisher ist nicht absehbar, dass sich insbesondere die USA als Hauptträger dieser Militäraktion bereit erklären, in Zukunft ihre Handlungen an den Maßgaben des Völkerstrafrechtes und den Statuten des Internationalen Strafgerichtshofes messen zu lassen.«●

Berlin, 23. November 2001

Unterzeichner:
agisra · Aktion Courage · Aktionsgemeinschaft Dienst für Frieden e.V. · amnesty international · Deutscher Frauenrat · Gemeinschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen · Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde · Gustav Heinemann-Initiative · Humanistische Union · medica mondiale · missio Aachen · Missionszentrale der Franziskaner · Nürnberger Menschenrechtszentrum · PRO ASYL · Solwodi e.V. · World University Service

medico international: Aktuelle Situation in Afghanistan

Der Krieg nachdem Krieg

Minen, Streubomben, Blindgänger/ Warnung vor einer Ethnisierung des afghanischen Konflikts.

Blindgänger werden als Überreste der US-Bombadierungen insbesondere des Einsatz von Streubomben noch jahrzehntelang unschuldige Zivilisten in Afghanistan töten. »Der Krieg ist noch lange nicht vorbei«, so der Geschäftsführer von *medico international*, Thomas Gebauer. Gerade für die Zivilbevölkerung werde er noch so lange anhalten, so lange Blindgänger und Minen eine lebensgefährliche Bedrohung darstellten. Fazel Karim Fazel, Vorsitzender des afghanischen medico-Partners *OMAR* (Organisation for Mine clearance and Afghan Rehabilitation) erklärte bei einem Treffen mit der Frankfurter Hilfsorganisation, dass die Afghanen mit einer neuen Tragödie konfrontiert seien: »Die Art von Blindgängern und militärischer Hardware, die nach diesem Krieg übrigbleiben, unterscheidet sich ganz und gar von dem, was wir bisher kannten. Blindgänger aus Streubomben haben ganze Landstriche unbewohnbargemacht. Wir müssen unsere Teams im Umgang mit den neuen Waffen schulen. Dazu fehlen uns bislang alle nötigen Kenntnisse über die Wirkungsweise der von der NATO eingesetzten Waffen.«

Stärkung der afghanischen Zivilgesellschaft

medico international und *OMAR* warnen vor einem »ethnizistischen« Blick auf die innerafghanische Situation. Gerade die Interventionen von außen, so Fazel Karim Fazel, hätten zur Ethnisierung der Konflikte beigetragen. Es müsse nun aber darum gehen, die Kräfte der afghanischen Zivilgesellschaft zu stärken, die schon lange ein friedliches Zusammenarbeiten praktizieren. Der medico-Projektpartner *OMAR* hat mehrere hundert lokale Mitarbeiter, die verschiedenen Ethnien angehören. In mehreren Provinzen Afghanistans räumen sie Minen, leisten medizinische Opferversorgung und betreiben Minenaufklärung. Außerdem hat *OMAR* mehrere Kliniken aufgebaut, unterstützt Bildungseinrichtungen und unterhält seit mehreren Jahren auch klandestine Mädchenschulen. *medico international* leistet gemeinsam mit *OMAR* medizinische Notversorgung für Flüchtlinge. Nun schickt medico Hilfe, damit *OMAR* seine durch den Krieg und die Taliban zerstörte Logistik und Infrastruktur wiederherstellen kann. medico bittet deshalb dringend um Spenden:

Kontonummer 1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Stichwort: Afghanistan●

MECKLENBURG-VORPOMMERN / HOF ULENKRUG

Gemeinden gegen Krieg

»Erst verlieren beinahe 50 Prozent der Menschen in unserer Gemeinde ihre Arbeit und dann sollen wir einem Krieg zustimmen, so hat das schon einmal funktioniert, in diesem Land, das war furchtbar genug!!« So ungefähr machte der Bürgermeister von Stubbendorf seiner Wut Luft, als wir mit Freunde aus der Umgebung nach dem 11. September überlegten, was auf uns zukommt, und was wir tun können.

In Greifswald hatte bereits eine ganz gemischte Gruppe von Leuten spontan ihre Meinung in der Greifswalder Erklärung »Trauer ja – Krieg nein!« formuliert und sich während einer Woche um ein Friedensfeuer auf dem Marktplatz versammelt. Rund viertausend BürgerInnen unterschrieben ihre Erklärung. Zögerlich begann dann das Friedensfeuer auch in andere Gemeinden zu wandern und am 13. Oktober brannte es auf unserem »Marktplatz« im Ulenkrug zum Kartoffelfest.

Viele Leute kamen zum ersten Mal auf unseren Hof, weil das Feuer und eine Gesprächsrunde über den Krieg in der Zeitung angekündigt waren. »Wir können nicht nur reden. Wer ist bereit etwas zu tun«, fragte schließlich eine Teilnehmerin in die Runde, und so hat sich das Darguner Friedensforum gegründet.

Kurz darauf Beschloss der Gemeinderat von Stubbendorf einstimmig die »Stubbendorfer Erklärung« (s. Kasten). Zwei Tage brannte das Friedensfeuer vor dem »Netto« in Dargun und viele EinkäuferInnen blieben vorsichtig stehen, die meisten hatten schon von der Initiative in der Zeitung gelesen. Rund 600 EinwohnerInnen unterschrieben in den zwei Tagen den Aufruf und erwarten nun eine Stellungnahme der Stadt Dargun. Auch in der weiteren Umgebung sind Initiativen gegen den Krieg entstanden, mehrere in Rostock und Schwerin, aber auch in Kleinstädten wie Malchin und Demmin sowie in kleineren Dörfern.

Sicher ist auch, dass viele Jugendliche aus den ländlichen Gemeinden vorhaben, freiwillig zur Bundeswehr zu gehen, weil sie keine andere Perspektive nach der Ausbildung sehen. Nicht um irgendeinen Krieg zu führen, damit rechnen sie eigentlich nicht, sondern für ihre eigene gesicherte Zukunft, denn schließlich ist die Bundeswehr der größte »Arbeitgeber« in Mecklenburg und wurde immer nur als wirtschaftliche Perspektive für die Region gepriesen.

Armes Land, wo die eigentlichen Arbeiten mit Hungerlöhnen bezahlt werden, die Schulen in Baracken untergebracht werden und der Staat für Kriegseinsätze in anderen Ländern Unsummen bezahlt.

Die »Stubbendorfer Erklärung« hat in der Umgebung für Gesprächsstoff mit den Jugendlichen gesorgt. Wir hoffen, dass anderswo ähnliche Initiativen bestehen, die mit der Gemeinde oder uns Kontakt aufnehmen. Das könnte für neuen Gesprächsstoff hier sorgen, denn wer glaubt schon, dass die Erklärung einer kleinen Gemeinde allein etwas bewirken kann... Aber nichts wird mehr sein, wie es bisher war.

»Kollateralschäden«

In der Gemeinde Varvarin in Jugoslawien konnte sich niemand vorstellen, dass der Krieg sie trifft: eine ländliche Kleinstadt ohne irgendwelche militärische Einrichtungen. Vor zwei Jahren, an Pfingsten, als die ganze Stadt auf den Beinen war, wurde die Brücke, die die Stadt in zwei Teile trennt, von NATO-Flugzeugen bombardiert. Zweimal, in kurzem Abstand hintereinander. Dann waren die Flugzeuge weg – für die Toten und Schwerverletzten ist niemand mehr zuständig.

In diesem Sommer zeigten wir die Fotoausstellung von Gabriele Senft über dieses Kriegsereignis. Eine Delegation der Stadt mit ihrem Bürgermeister besuchte auf ihrer Reise durch die BRD auch unseren Hof. Die Gemeinde hat Klage gegen die Bundesregierung eingereicht und die Delegation wurde im Bundestag empfangen. Was kann sie sich davon erhoffen? Die Ausstellung ist durch weitere Städte in Mecklenburg gewandert und war schließlich auch im Landtag von Schwerin zu sehen. Varvarin sucht freundschaftliche Beziehungen zu Gemeinden in Deutschland – eine Partnerschaft gegen den Hass.

Immer noch wollen viele glauben, dass nur dem etwas passiert, der »Böses« getan hat. Deshalb stellen wir Euch lieber gleich die Frage, was Ihr tun würdet, wenn eines Tages eine Antiterroreinheit den Ulenkrug umstellt, weil irgendein Rasterfahndungscomputer unsere Adresse ausgespuckt hat: »Zahlreiche Kontakte zu Flüchtlingen und ausländischen Organisationen, vermutlich Schläfer auf dem Lande, die militärische Einrichtungen in Mecklenburg gefährden könnten«.

Hirngespinste? Schon einmal ist das so geschehen. Es war 1976 in Rheinland-Pfalz, wo »Longo Mai« eine Kooperative gegründet hatte, die sich mit Waldarbeit und Schafzucht beschäftigte. Kurz davor war die Rasterfahndung in Deutschland eingeführt worden. Unseren Prozess gegen den verantwortlichen Innenminister hatten wir zwei Jahre später gewonnen; mit nichts konnte er seinen Verdacht belegen. Dennoch haben wir damals beschlossen, dieses Land zu verlassen, auf der Suche nach anderen Wegen des sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenlebens.●

Aus: Ulenkrugbrief Nr. 11, November 2001

STUBBENDORFER ERKLÄRUNG

Am 21. September 2001 verabschiedete das Greifswalder Friedensforum die Greifswalder Erklärung »Trauer ja – Krieg nein« und den Aufruf, ein Friedensfeuer durch Mecklenburg-Vorpommern wandern zu lassen. Angeregt dadurch hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Stubbendorf am 17. Oktober 2001 einstimmig folgende Erklärung verabschiedet:

»Viele von uns wissen noch, was Krieg bedeutet und unser oberstes Ziel muss es immer sein, Krieg zu verhindern. So steht es in unserer Verfassung. Die uneingeschränkte Unterstützung unserer Regierung für den von den USA beschlossenen Krieg gegen den Terrorismus können wir so nicht unterstützen.

Diejenigen, die die menschenverachtenden Anschläge in den USA verübt haben, müssen verfolgt und vor Gericht gestellt werden. Dafür braucht es keinen Krieg. Durch ihn wird die Sicherheit unseres Landes gefährdet.

Terror kann nur dann wirksam bekämpft werden, wenn es uns gelingt, ihm den politischen, sozialen und ökonomischen Nährboden zu entziehen.

Für uns geht es darum, dass Arbeitslosigkeit nicht zu sozialer Ausgrenzung und Hass führt, und die Menschen sich nicht von Feindbildern verleiten lassen, denn das hat unser Land in die Kriege des letzten Jahrhunderts geführt. Finanzielle Mittel stehen uns schon heute kaum zur Verfügung. Darunter leidet das soziale Leben und das Vertrauen unserer Kinder in eine gemeinsame Zukunft. Für einen Krieg werden auch den Gemeinden weitere Kürzungen bevorstehen. Innere Sicherheit gibt es nur, wenn wir sie selbst in unseren Gemeinden verwirklichen können. Die Gemeinde ist das Fundament unserer demokratischen Gesellschaftsordnung. Wir rufen die Gemeinden in unserem Land auf, sich öffentlich für die Erhaltung des Friedens einzusetzen«.

In den USA hat die Stadt Berkely sich gegen den Krieg ausgesprochen. Seither ist sie mit einer Kampagne für den wirtschaftlichen Boykott der Stadt konfrontiert.

Auch die Gemeinde Stubbendorf rechnet damit, dass ihr Aufruf für sie negative Folgen haben wird, wie z.B. die Verweigerung von Fördermitteln. Deshalb ist es jetzt auch wichtig, die Gemeinde zumindest moralisch zu unterstützen. Unterschriften als Unterstützung der »Stubbendorfer Erklärung« an:
Europäisches Bürgerforum, Hof Ulenkrug,
D-17159 Stubbendorf bei Dargun Tel. (03 99 59) 2 38 81, Fax 2 03 99, E-Mail: ulenkrug@t-online.de

Buchtipp: »Die verbotene Wahrheit« über Osama bin Laden:

Wie Geheimdienstexperten gefloppte Tauschgeschäfte der Amis mit den Taliban aufdecken

Lange vor den Terroranschlägen auf New York und Washington haben die USA konkrete Pläne für die politische Zukunft Afghanistans geschmiedet. Monatelang haben sie mit den Taliban verhandelt und schon vor dem 11. September mit militärischem Druck gedroht. Das jedenfalls haben die beiden Geheimdienstexperten *Jean-Charles Brisard* und *Guillaume Dasquié* herausgefunden und in ihrem am 14.11.2001 in Frankreich erschienenen Bericht »Ben Laden: La Verité interdite« (»Bin Laden: Verbotene Wahrheit«) publik gemacht. Allein in den ersten beiden Verkaufstagen ging das Buch 30.000 Mal über den Ladentisch.

Die beiden Autoren führen aus, dass bereits die Regierung *Clinton* nach den Anschlägen gegen die US-Botschaften in Kenia und Tansania 1998 von den Taliban die Auslieferung des Hauptverdächtigen *Osama bin Laden* gefordert und im Gegenzug die Anerkennung des Regimes angeboten habe. Hauptziel sei aber nicht die Ausrottung des Terrorismus gewesen, sondern die Stabilisierung der politischen Situation in Afghanistan, um endlich den lange geplanten Bau einer Ölpipeline zwischen Zentralasien und den Weltmeeren realisieren zu können.

Nachdem die Verhandlungen im Sande verlaufen waren, habe *George W. Bush* sie nach seinem Amtsantritt im Februar 2001 unter dem Einfluss der Öllobby erneut aufgenommen. *Jean-Charles Brisard* erklärt die Strategie: »Im Grunde sagen die Amerikaner den Taliban: Wir schätzen und brauchen euch, weil ihr Sunniten seid und Saudi-Arabien euch unterstützt. Aber da ihr international geächtet seid, solltet ihr *bin Laden* ausliefern und etwas von eurer Macht abgeben. Der afghanische König im Exil *Sair Schah* könnte das Land führen.« Tatsächlich seien bereits im Frühjahr 2001 Gespräche mit dem König aufgenommen worden. Der Plan war, unter internationaler Aufsicht ein gemeinsames Regime aller Stämme zu etablieren – ein Szenario, das also nicht erst infolge der Terroranschlägen entworfen wurde.

Laut *Brisard* und *Dasquié* kam es bis zum Sommer 2001 zu einer Reihe von Verhandlungen mit den Taliban, an denen auch Vertreter der Vereinten Nationen und der Nordallianz teilgenommen haben. Höhepunkt sei ein Treffen im August 2001 in Berlin gewesen. Doch je klarer sich abzeichnete, dass die Taliban weder einer Beschränkung ihrer Macht zustimmen noch bin Laden ausliefern würden, desto stärker wurde der Druck, mit dem die Amerikaner sie zum Einlenken bewegen wollten. Schließlich hätten die USA mit militärischem Aktionen gedroht. »Wenn die Taliban *bin Laden* ausliefern und sich mit der Nordallianz einigen, legen wir ihnen einen goldenen Teppich aus. Wenn nicht, ist ein Bombenteppich die Alternative«, zitieren die beiden Autoren einen US-Diplomaten. Diese Taktik habe dazu geführt, dass sich die Taliban in die Enge getrieben fühlten – mit dem Ergebnis, dass sie ihre Position radikal verhärteten. Bis zum letzten Moment hätten die Amerikaner die Machtposition *Osama bin Ladens* und seine Bedeutung für den Talibanführer *Mohammed Omar* unterschätzt.

Besonders brisant ist *Brisards* und *Dasquiés* Vorwurf, dass die amerikanische Regierung die Ermittlungsarbeit des FBI massiv behindert habe. Dabei beruft sich *Jean-Charles Brisard* auf den ehemaligen Chef der Antiterrorabteilung des New Yorker FBI-Büros, *John O'Neill*, der über Jahre die Untersuchungen gegen die Terrororganisation *Al Quaida* geleitet hat. Bei zwei Treffen im Juni und im Juli 2001 habe *John O'Neill* ihm mitgeteilt, dass nach seinen Erkenntnissen das »Zentrum des Übels« in Saudi-Arabien liege. Das saudische Königshaus spiele eine verbrecherische Doppelrolle: als Unterstützer von *Al Quaida* und als Partner der USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Trotz der erdrückenden Beweise für die engen Verbindungen zwischen der königlichen Familie und *Al Quaida* habe Amerika die guten Beziehungen zu Saudi-Arabien nicht gefährden wollen, weil es ihm Dank für seine »Treue« und die Öllieferungen schulde. *O'Neill* habe schließlich den Eindruck gehabt, dass seine Ermittlungen gegen bin Laden von oberster Stelle boykottiert worden seien. *Jean-Charles Brisard*: »O'Neill sagte mir, er sei völlig frustriert. Ihm schien die Führung des FBI zunehmend dem starken politischen Druck nachzugeben. Der Einfluss der Diplomatie untergrabe seine Arbeit. Es wurde für ihn einfach unerträglich. Er war entschlossen, das FBI zu verlassen und in die Privatwirtschaft zu gehen.«

Im August 2001 kündigte John O'Neill und trat einen neuen Job an – als Chef des Sicherheitsdienstes im New Yorker World Trade Center. Dort wurde er bei dem Anschlag vom 11. September getötet.

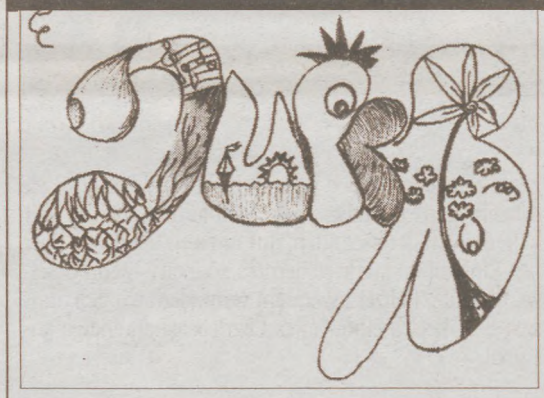
Die Autoren

Der Wirtschaftsexperte *Jean-Charles Brisard* (33) verfasste 1997 im Auftrag des französischen Geheimdienstes DST einen Bericht über die geheimen Finanzquellen von *Al Quaida*, den Präsident *Chirac* bei seinem Besuch in Washington Ende September dem amerikanischen Präsidenten *George W. Bush* übergab. *Guillaume Dasquié* (35) ist Chefredakteur des Fachdienstes »Intelligence Online«, in dem wiederholt unter Berufung auf Geheimdienstkreise über *bin Laden* berichtet wurde – zum ersten Mal 1996.●

Bericht im ARD-Kulturweltspiegel
vom 18.11.2001, 22:45 Uhr
Autorin: Claudia Kuhland

Jean-Charles Brisard et Guillaume Dasquié: »Ben Laden: La Verité interdite.« Editions Denoël, 20 EUR

DER 9. JUGENDUMWELTKONGRESS (JUKß) IN DRESDEN



Es ist wieder soweit: Vom 26.12. bis 02.01.2002 findet der Jukß statt. Es ist der bundesweite Treffpunkt der Jugendumweltbewegung und wird jedes Jahr von ca. 500-700 TeilnehmerInnen besucht.

Inhaltliche Schwerpunkte des bevorstehenden Kongresses sind »Anders Leben«, »Ökologiegrundlagen«, »Armut in Deutschland« und »Rechtsradikalismus«. Aber auch außerhalb dieser Themen wird es ein vielfältiges Arbeitskreisangebot geben, gerade deshalb, weil ein großer Teil des AK-Angebotes von den Teilnehmenden selbst gestaltet wird. Wenn du also Lust hast, z.B. ein Projekt aus deiner Region vorzustellen, bist du herzlich eingeladen. Auf dem Jukß soll es nicht nur um bloße Wissensvermittlung gehen. Wir wollen eine Woche lang ausprobieren, ob auch heute schon ein anderes, d.h. ökologisches und selbstbestimmtes Leben möglich ist. Demokratie wird versucht zu leben: Der Kongress wird von den Teilnehmenden selbst organisiert. Das Team, das den Kongress im Vorfeld vorbereitet, übergibt zu Beginn des Kongresses die Fäden in die Hände der TeilnehmerInnen und bindet diese in alle anfallenden Aufgaben wie z.B. Pressearbeit, Dokumentation, Materialbeschaffung,...usw. mit ein.

Es gibt ein tägliches Plenum, das im Konsens über alle Belange des Kongresses entscheidet. Neben dem Plenum gibt es Bezugs- und Aufgabengruppen, in denen die Vorschläge diskutiert werden. Der SprecherInnenrat, welcher aus VertreterInnen der Bezugsgruppen besteht, gibt seine Vorschläge ans Plenum weiter. Dieses Gestaltungskonzept wird ständig von den TeilnehmerInnen weiterentwickelt und erlaubt einen sehr individuellen Verlauf der Veranstaltung.

Dresden, der Veranstaltungsort, bietet einige Berührungspunkte zum Kongress. Die Elbe bei Dresden, als einer der wenigen noch halbwegs naturbelassenen Flüsse in Deutschland, wird auch hier durch Staustufen und Eingriffe in die Elbauen bedroht. Tschechien befindet sich nur eine Stunde entfernt von Dresden, eine gute Gelegenheit um mit tschechischen Umweltgruppen in Kontakt zu kommen. Der geplante Bau der A17 nach Prag beginnt sich in Realität umzusetzen... Anlässe genug, um zum Beispiel mit Interessierten öffentlich wirksame Aktionen durchzuführen.

Dieses Jahr soll es auch wieder die Möglichkeit zu einem Jukß-Fernsehen und Radio geben. Der Jukß ist ein Treffpunkt für viele kreative und umweltbewegte junge Menschen mit Musik, Tanz, Akrobatik, Film, Kunst,...usw.

Ihr könnt bei uns kostenlos ein ausführliches Mobilisierungsflugblatt und Plakat zum Aushängen bestellen.

Wenn ihr wollt, lasst uns das neue Jahr 2002 mit vielen bunten Leuten in Dresden beginnen!●

Kontakt & Anmeldung:
Jukß-Büro, c/o Grüne Liga e.V., Schützengasse 16,
D-01067 Dresden
Tel.: (03 51) 494 33 74
www.jukss.de

ANTWORT AUF ANNETTE SCHLEMM: »WIR NEHMEN UNS DAS ESSEN UND DIE MITTEL DAZU – WENN'S SEIN KANN, AUCH COMPUTER..« IN NR. 206

Computer ohne Lohnarbeit?

Die Antwort von Annette Schlemm auf meinen Artikel »Man schlägt die Hand nicht, die das Essen bringt«, hat einiges geklärt und ich denke, wir können jetzt in dieser Diskussion ein paar Schritte weiter kommen. Zuerst will ich die Aspekte ansprechen, in denen wir uns (vermutlich) einig sind – Punkte also, über die ich jetzt nicht weiter diskutieren möchte:

Jörg Sommer aus Heidelberg ● Das eine ist die Gesellschaftsutopie, in der es keine Lohnarbeit mehr geben soll. Das ist zwar eine sehr weitgehende Forderung, aber sie ist mir sympathisch, gerade in ihrer Radikalität. Nicht nachvollziehen kann ich, dass Annette Schlemm im gleichen Atemzug auch die Subsistenzwirtschaft ablehnt – sind doch die Konkretisierungen der Utopie in ihrem Text sehr schöne Beispiele für ebendiese Wirtschaftsform. Aber vielleicht hat die Autorin einen anderen Begriff von »Subsistenz« als ich – und über Begriffe möchte ich mich jetzt nicht streiten.

Das andere, was mir an der Position von Annette Schlemm gefällt, ist die Radikalität, mit der sie Kompromisse oder Übergangsformen zu der oben genannten Gesellschaftsutopie ablehnt – denn es besteht immer die Gefahr, dass wir in diesen Zwischenstadien stecken bleiben und das eigentliche Ziel verfehlen. Diese Haltung gefällt mir – was nicht heißt, dass ich sie auch realistisch finde. Denn das Ziel einer Gesellschaft ohne Lohnarbeit ist so weit weg und so schwer zu erreichen, dass ich schon darüber nachdenken würde, ob nicht Tauschen oder Schenken oder ein Geldsystem mit negativem Zins (faulendes Geld) Schritte in die richtige Richtung sein könnten. Aber wie gesagt: Darüber möchte ich jetzt nicht streiten, sondern mit der gleichen Radikalität, die ich an der Position von Annette Schlemm schätze, die Frage angehen, die meiner Meinung nach den Kernpunkt dieser Diskussion bildet: **Ist die Computerkultur – insbesondere die auf der Basis einer »freien Software« – die geeignete Grundlage für den Aufbruch zu einer Gesellschaft ohne Lohnarbeit?**

Annette Schlemm ist auf den zentralen Einwand meines ersten Artikels eingegangen, dass eine »freie Software« nur Sinn macht, wenn man auch an die dazu erforderliche »Hardware« denkt. Sie argumentiert konsequenterweise in der Richtung, dass man sich, um von der Lohnarbeit wegzukommen, dann eben nicht nur die Software, sondern auch die Hardware – also hauptsächlich den Computer – in »Heimwerkerarbeit« »basteln« könnte. Da allerdings kann ich nicht mehr folgen: Die Tastatur ist ja noch das Einfachste – die kann man sich vielleicht wirklich aus Teilen einer Modelleisenbahn zusammenbauen (allerdings: wurde die nicht auch wieder in Lohnarbeit produziert?). Aber wie sieht es denn mit den zentralen Teilen des Rechners aus – den Mikroprozessoren, integrierten Schaltungen, Glasfaserleitungen usw.? Und was ist mit den Bildschirmen? Sicher gibt es Computerfreaks, die sich aus verschiedenen modularen Einheiten – Steckkarten usw. – einen Rechner selbst zusammenlöten. Aber das verschiebt das Problem mit der Lohnarbeit ja nur, denn es stellt sich gleich wieder die Frage, wo denn die Steckkarten herkommen? Selbst wenn wir auf die so hochgelobte Glasfasertechnik verzichten und wieder zum Kupfer zurückkehren: wie soll das ohne Lohnarbeit produziert werden? Und vor allem die weltweite Vernetzung, auf die ja gerade die Linux-Fans so großen Wert legen: Wie sollen denn die Weltraumraketen und Kommunikationssatelliten ohne Lohnarbeit entstehen? Wie die weltumspannenden Sender? (wenn ich nur an die Sendemasten denke, bin ich als Bastler und Selbstversorger schon mehr als ratlos, von der eigentlichen Sendetechnik erst gar nicht zu reden!). Oder sollen wir wieder zum Überseekabel zurück? Aber selbst da kann ich mir nicht vorstellen, wie es ohne Lohnarbeit zustande kommen soll.

Ich muss hier einflechten, dass ich mich, was die Einschätzung der Möglichkeiten der Selbstversorgung angeht, durchaus der optimistischen Fraktion zurechne. Während der Jahre, als sich versuchte (leider erfolglos), ein Ökodorf auf der Grundlage der Selbstversorgung aufzuziehen, musste ich ständig gegen den Kleinmut, den Pessimismus und die Fantasielosigkeit meiner MitstreiterInnen angehen, die sich einfach nicht vorstellen konnten oder wollten, wie man auch über den Ernährungssektor hinaus viele Dinge selbst herstellen kann. Da half oft auch Seymour nicht weiter. Und um noch einmal auf das Kupfer zurückzukommen: Insgeheim malte ich mir aus, stillgelegte Kupferbergwerke in der Region wieder zu reaktivieren. Das bisschen Kupfer, das man im Rahmen einer Selbstversorgung benötigte, würden sie allemal noch hergeben! Aber so etwas getraute ich mich schon gar nicht mehr laut zu sagen aus Angst, mich der Lächerlichkeit preiszugeben.

Aber beim Computer hört es nun wirklich auf. Ich muss hier nochmals auf die Einschätzung in meinem ersten Artikel verweisen, dass mit der Zunahme der High-Tec-Lösungen ein qualitativer Sprung eingetreten ist und insofern kann man eben nicht (wie das Annette Schlemm tut), den Computer in einem Atemzug mit dem Kugelschreiber nennen. Und der allgemeine Trend ist in anderen Bereichen der Technik ähnlich: Einen Automotor herkömmlicher Art kann sich ein Bastler vielleicht noch selbst bauen – einen mit Keramik-Kolben eben nicht mehr; das gleiche gilt für den Elektromotor mit supraleitenden Spulen: So etwas geht nur noch im Rahmen großindustrieller Fertigung und damit auf der Grundlage der Lohnarbeit.

Hier könnte man dagegenhalten: Die »Errungenschaften« der modernen Technik wären beizubehalten, nur die Lohnarbeit müsste abgeschafft werden! Aber geht das? Die Lohnarbeit ist ja eines der Kernstücke einer in Jahrhunderten gewachsenen Kultur der Massenproduktion, des Konsumismus und der Herrschaft des Kapitals, die sich tief in unser Denken, Fühlen, Wahrnehmen und Handeln eingegraben hat – nicht nur bei den bösen Kapitalisten, sondern auch bei den Konsumenten, also bei uns allen. Die Tausende von Produkten und Dienstleistungen, die angeblich oder tatsächlich unser Leben erleichtern und bereichern, haben sich allmählich unter dem ständigen Zwang zur Profitmaximierung und Produktivitätssteigerung herausgebildet, und wenn man ein Kernelement dieser Megamaschine (die Lohnarbeit) herausbricht, läuft das nicht einfach so weiter wie bisher. Annette Schlemm schreibt sehr richtig von »individueller Selbstentfaltung als Motor« (für ihre Gesellschaftsutopie ohne Lohnarbeit). Aber wenn dieser Motor anspringt, entstehen eben auch ganz andere Produktlinien, und ich glaube nicht, dass der Computer noch dazugehört. Würden die chilenischen Indios noch in den Kupferminen schuften, wenn sie keinen Lohn mehr bekommen? Ich glaube, sie hätten was besseres zu tun – vor allem, wenn man ihnen ihr gutes Ackerland wieder zurückgeben würde. Gingen dann vielleicht Westeuropäer in die Kupferminen? Die stellen sich unter »individueller Selbstentfaltung« sicher etwas anderes vor! Und würden die thailändischen Frauen und Mädchen auch ohne Lohn in ihren Reinstluft-Fabrikhallen weiterhin Chips produzieren und sich ihren Chefs ausliefern, die ihre Arbeitskraft – oft auch mehr als nur die Arbeitskraft – schamlos ausbeuten?

Betrachten wir zum Schluss das Ganze auch mal von der makroökonomischen Seite. In der Gesellschaftsutopie ohne Lohnarbeit soll nach den Vorstellungen der »Freien-Software-Bewegung« der Computer das »Rückgrat« bilden. Er muss also weiterhin ein Massenprodukt bleiben – ebenso alles, was noch dranhängt, insbesondere die Kommunikationstechnik für die weltweite Vernetzung bis hin zu den erforderlichen Rohstoffen. Selbst wenn das »Basteln« in »Heimwerkerarbeit« technisch möglich sein sollte: Hat sich Annette Schlemm mal überlegt, dass diese Produktionsform äußerst ineffizient ist, also ein riesiges Heer von Arbeitskräften binden würde? Wir müssen dabei auch bedenken, dass auch alle anderen Arbeiten für den Lebensunterhalt (Nahrung, Kleidung, Wohnung, Energie usw.), wenn sie nach dem Kriterium der individuellen Selbstentfaltung organisiert werden, weniger effizient ablaufen. Die Effizienz würde sicher nicht ganz bedeutungslos werden, aber eben doch zweitrangig. Das heißt aber, dass für die genannten gesellschaftlich notwendigen Arbeiten schon ein größerer Anteil der verfügbaren Arbeitskraft gebunden würde als in der gegenwärtigen Gesellschaftsverfassung. Einen 20-Stunden-Arbeitstag will aber auch Annette Schlemm sicher nicht haben – wo also soll denn dieses Heer von Computerbastlern herkommen?

Wie man es auch dreht und wendet: Der Weg in eine Gesellschaft ohne Lohnarbeit ist verlockend, aber auch lang und beschwerlich. Da ist der Computer ein schwerer Klotz am Bein. Wir sollten es lieber mit leichtem Gepäck versuchen.●

PRO STAAT ? EIN IRRWEG ...

Betreff: CONTRASTE Nr. 205

In der Oktober-Ausgabe der CONTRASTE ging es um das GATS, das globale Übereinkommen über einen »freien« Markt der Dienstleistungen. Als Gegenkonzepte wurde die »Wiedergewinnung der Handlungsfähigkeit der Rechtsgemeinschaften« vorgeschlagen. Mit Rechtsgemeinschaft war gemeint der »demokratische Staat«. Dieser Vorschlag ist sinnlos. Er basiert auf einem weitverbreiteten und – durchaus gezielt gestreuten – Irrglauben: Nämlich dem (augenblicklich gestörten) Gleichgewicht zwischen Staat und Markt, von Regierung und Konzernen, Regulierung und freien Finanzmärkten. Etliche politische Debatten und Vorschläge zu Verhinderung oder Abmilderung der brutalen Folgen von Verwertung und Profit basieren auf dieser Trennung von Staat und Markt.

Die neokeynsianischen Ideen einiger selbsternannt linker SPDlerInnen, die Konzepte der Reregulierung von staatsidealistischen Gruppen wie Attac, WEED oder viele andere NGOs fordern den Staat auf, den Kapitalismus zu zähmen. Doch sie alle irren – ob mangels ökonomischen Know-Hows oder aus bewusstem Kalkül im Hinblick auf die Fördergelder von Papi Staat, sei dahingestellt. Denn: Staat und Markt stehen sich einander nicht gegenüber, sondern sind immer eine Einheit. Ohne Staat gäbe es gar keinen Markt. Daher ist nicht die Stärkung des Staates und der Institutionen diktatorischer oder sogenannter demokratischer Prägung die richtige Antwort auf die wachsende Verelendung, die Ausbeutung von Mensch und Natur, sondern die Abschaffung des Staates bzw. der Herrschaft überhaupt.

Ökonomische Analyse: Der Markt basiert auf der Durchsetzung von Eigentum und festgelegten Formen der Inwertsetzung (Geld, Lizenzen, Copyrightschutz, Eigentumsschutz, Polizei, Gerichte, Handelsgesetze, Banken usw.). Ohne die Herrschaftsstruktur des Eigentums an Boden, Gegenständen, Wissen, Ideen, Technologien usw. würde es einen Markt nicht geben. In diese Richtung gehen auch viele, lustmachende Utopien einer herrschafts- und verwertungsfreien Gesellschaft (z.B. »Freie Gesellschaft«, www.oekonux.de, »Freie Menschen in Freien Vereinbarungen« der Gruppe Gegenbilder – alle in der CONTRASTE schon zur Sprache gekommen).

In der realen, kapitalistischen Gesellschaft aber ist der Staat der Garant des Marktes. Er schafft die Grundlage für Profit und Recht auf Ausbeutung – nicht nur durch Kriege im Namen des freien Warenverkehrs und Profitflusses, sondern ganz alltäglich, jede Minute und überall! Wer würde sich halt totschuften, nur um sein Überleben über den Einkauf im Markt sichern zu können – wenn Gesetze, Gerichte, Polizei usw. nicht verhindern würden, dass sich der Mensch einfach das Überlebensnotwendige aneignet.

Insofern irrt, wer »Mehr Staat« als Lösung gegen zuviel Markt fordert. Mehr Staat bedeutet auch mehr Markt, denn die Marktökonomie ist das Gegenstück zur direkten sozialen Interaktion von Menschen, also der direkten Ökonomie, der freien Kooperation, der freien Vereinbarung usw. Die Reregulierer sind die Sympathiebeschaffer von Ausbeutung von Verwertung – ob sie nun, wie in der letzten Ausgabe, in der CONTRASTE schreiben oder von Regierungskreisen als handzahme Lobbyvereine der Marken Attac, WEED, BUND & Co. herangefüttert werden. Die großen Finanzinstitutionen wie die Weltbank, der IWF oder auch die »normalen« Banken stellen die gleichen Forderungen – sie wollen eine Regulierung der Märkte, denn über Gesetze setzen sie ihr Recht auf Ausbeutung durch!

Zusätzlich unverständlich ist im Text zu Alternativen zum GATS noch die Reduzierung auf »demokratische Staaten« als Rechtsgemeinschaften. Also nicht mal mehr alle, sondern nur die »guten Staaten«. Das ist zwar zur Zeit schwer »in«, aber basiert doch auf einer faschistoiden Denke – nämlich dass es einen objektiven Maßstab gibt, welche Staatsform gut, schlecht oder wenigstens besser ist. Das aber ist erheblich zu bezweifeln. Mensch kann sich auf einen einigen – ich schlage den der Emanzipation vor, also der Befähigung der Menschen, sich aus Zwängen und Herrschaftsstrukturen zu befreien. Unter diesem Maßstab sind alle Staaten dieser Erde einfach grottenschlecht – und lieber heute als morgen abzuschaffen. Gleiches gilt für alle großen Konzerne, Institutionen, Religionen und leider auch die akzeptanzbeschaffenden NGOs. Selbstbestimmung der Menschen wäre das Gegenprogramm – zum GATS und überhaupt. Der Rest lohnt sich gar nicht erst.●

Jörg Bergstedt, Redaktion »Umweltschutz von unten«

SIGRIST-INTERVIEW IN CONTRASTE NR. 205

Vielen Dank für Eure Antwort in der November-Ausgabe! Ich hatte mir schon gedacht, dass Sigrist mit seiner Aussage irgendwie die amerikanische Nahostpolitik kritisieren wollte. Trotzdem noch mal danke für den Hinweis. Das Problem dabei ist, dass er zu diesem Zweck eine offen antisemitische Aussage macht, in der vom paranoiden Realitätsverlust (»die amerikanische Politik werde wesentlich von Juden gemacht«) über die Verschwörungstheorie bis hin zum eliminatorischen Impuls, die Juden aus den Bereichen, in denen sie einem nicht genehm sind, verdrängen zu wollen, nichts fehlt, was deutsche Antisemiten schon immer beschäftigt hat. Der Gipfel ist die gönnerhafte Benennung von Bereichen, in denen man notfalls bereit ist, Juden zu tolerieren (»Ich halte es für legitim, dass sie in der Wissenschaft überrepräsentiert sind«). Und am Ende kommt dabei heraus, dass am islamitischen Terror die Juden schuld sind, und zwar nur die Juden, denn deren angebliche Vorherrschaft in der amerikanischen Politik hält Sigrist (»Das muss einfach mal klar gesagt werden«) ja offenkundig für die Wurzel des Problems, während er für die Geisteskranken, die die Anschläge durchführen, ausgesprochen warme Worte findet. Was auch immer man von der amerikanischen Nahostpolitik halten mag: die Kritik in die Formulierung zu kleiden, es gebe irgendwo »zu viele Juden«, ist schlicht indiskutabel, und wenn Ihr an diesem Satz nichts anderes als den Punkt am Ende problematisch findet, dann macht mich das sprachlos. Anstelle Eures seltsamen Versuchs, das Ganze als ein Problem der Zeichensetzung hinzustellen, wäre wohl eher eine klare Distanzierung von diesem unsäglichen Text angebracht.

Mit freundlichen Grüßen
Christian Biermann, Bielefeld

Lieber Christian,

die Heidelberger End-Redaktion ist nicht gerade sorgsam mit dem Text (zusammengestellt von Herrmann Cropp, Osnabrück) umgegangen. Auch nicht nach Deinem ersten Leserbrief. Mittlerweile haben wir den Text nochmals aufmerksam gelesen und sind zu dem Schluss gekommen, das wir als Endredaktion diesen Text nicht hätten durchgehen lassen dürfen, da die Aussagen Christian Sigrists unserer Ansicht nach **offener Antisemitismus** sind. Das der Beitrag dennoch abgedruckt wurde, ist ein ziemlicher Klops und hat etwas mit der Hektik in einer ehrenamtlichen Redaktion zu tun (Wie wir jetzt erst erfahren haben, wurde der Beitrag vom Interviewer Stefan Niehoff zusammen geschnitten und ohne die umstrittene Passage gesendet). Wir haben daraufhin Herrmann Cropp um eine Stellungnahme gebeten, die wir nachfolgend abdrucken. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, dass wir nicht hinter Herrmanns Stellungnahme stehen und uns auch ausdrücklich davon distanzieren! Antisemitische Aussagen gehören nicht in unsere Zeitung!!!

Auch die Arroganz, mit der Herrmann (Stichwort »Fernsehanalphabetismus«) seine Stellungnahme auf Deinen Leserbrief einleitet, ruft bei uns nur noch ein Kopfschütteln hervor!

Dieter Poschen

Pseudodebatte

Bevor wir in Contraste eine Pseudodebatte über Sprachregelungen oder auf solche Sprachregelungen reduzierte Gesinnungen führen, schlage ich vor, sich auf die Sachaussage in Christian Sigrists Interview, daß jüdische Politiker die amerikanische Nahost-Politik bestimmten, zu konzentrieren. Zumal die Kritiken sich auf »paranoider Realitätsverlust«, »eindeutig und kraß antisemitisch« oder schlicht und einfach »Scheiß« beschränken. Es ist symptomatisch, daß in dieser Zeit der Bilder und des Fernsehanalphabetismus das Lesen und Schreiben (zum Beispiel solcher Leserbriefe) zur Verschlagwortung verkommt, das heißt, es werden hauptsächlich Überschriften, Kurzsätze, Signalwörter und Redensarten wahrgenommen bzw. wie in diesem Fall geäußert.

Die Sachaussage von Christian Sigrist ist: »aber es ist nicht gut, wenn jüdische Politiker die Nahost-Politik bestimmen«, weil sie überrepräsentiert (»zu viele«) sind, was keine Verschwörungstheorie, sondern eine Feststellung ist, die er auch belegen kann. Die zweite Frage ist, ob eine Überrepräsentanz bestimmter nationaler Lobbys in der amerikanischen Regierung zu einem Mißbrauch nationaler Interessen führen kann. Um diese Frage näher zu untersuchen, empfehle ich den von mir übersetzten Aufsatz von Steven Schalom, eine Chronologie des Hasses zwischen Arabern und USA / Israel, er steht auf meiner Homepage www.packpapier-verlag.de. Im übrigen klingt Lobby noch immer nach etwas Erlaubtem, vielleicht wäre es nicht verkehrt von Seilschaften zu sprechen. Uri Avnery erwartet, daß die Trennung der amerikanischen und israelischen Interessen zu einem politischen Kollisionskurs führen werde, den gerade die amerikanischen Juden so nicht akzeptieren könnten.

Man kann sich bessere Freunde wünschen als jene Philosemiten, die damit noch ein eigenes, z.B. ein linkes Geschäft machen wollen, oder die sich durch Schaustellung ihrer großen Gesinnung beliebt machen wollen. Wer sich das mit dem Antisemitismus so schön vorstellt, dem wäre ein Besuch in der örtlichen jüdischen Gemeinde zu empfehlen, wo ihm schnell klargemacht würde, wie unerwünscht die politisch motivierte Fürsprache ist. Die Gefahr des falschen Philosemitismus liegt vor allem darin, daß mit dauerndem vordergründigen Politisieren und vorgeblicher Empfindlichkeit, obwohl vom Antisemitismus gar nicht persönlich betroffen, die Öffentlichkeit abgestumpft und die reale Gefahr als Interessenkalkül mißbraucht wird.

Aber bitte, wenn das Publikum es wünscht, ihr könnt ja die »Bahamas« lesen, Bahamas heißt abgesehen von der Insel für flüchtiges Kapital eine rechts-kommunistische proisraelische Zeitschrift, die den Rassismus umdreht gegen Palästinenser und Araber.●

Herrmann Cropp

KÖLN:

Neue Arbeit

Die Sozialistische Selbsthilfe Mülheim (SSM)

und die Projekte an denen sie mitarbeitet

Die SSM ist eine Gruppe von ca. 20 Menschen, die sich gemeinsam und gleichberechtigt ihren Lebensunterhalt erwirtschaften. In unserer Gemeinschaft haben sich Menschen zusammengeschlossen, die auf dem Arbeitsmarkt auch schon früher schlechte Chancen hatten, als noch »Vollbeschäftigung« vorherrschte: Obdachlose, Behinderte, psychisch Kranke, Strafentlassene, ehemals Drogenabhängige und Querköpfe.

Für die Stadt Köln macht sich die Arbeit der SSM bezahlt. Trotzdem sieht es derzeit danach aus, dass die erfolgreiche Arbeit der Selbsthilfegruppe vor dem Ende steht. Aus aktuellem Anlass haben wir noch einen weiteren Beitrag in diese Ausgabe genommen (»Vom Regen in die Traufe« s. Seite 11).

SSM: Gruppenfoto vom November 2001 Foto: Dorothea Weigel

Die SSM ist ein eingetragener Verein und damit nach dem Vereinsrecht organisiert. Tatsächlich treffen sich die Mitglieder in der allmorgendlichen Sitzung. Sie beraten und beschließen gemeinsam, im Konsens, was für den Verein, die Arbeit und den Einzelnen wichtig ist. Auf dieser Sitzung wird jeden Morgen die für diesen Tag anstehende Arbeit neu verteilt. Der selbstverwaltete Betrieb SSM ist ein nicht-profitorientiertes Dienstleistungsunternehmen für Umzüge, Wohnungsauflösungen, Transporte und Gebrauchtwarenverkauf, das die Existenz der Gruppe seit über 20 Jahren sichert. Die SSM erhält keine öffentlichen Finanzmittel, ihre Mitglieder erhalten weder Arbeitslosengeld noch Sozialhilfe. Alle benötigten Gelder werden durch die eigene Arbeit erwirtschaftet.

Die Mitglieder der SSM Wohnen und Arbeiten auf dem Gelände einer alten Schnapsbrennerei. 1979 wurde der Platz, der vier Häuser umfasst, durch Mitglieder der heutigen SSM besetzt. 1997 wurde durch lange Verhandlungen erreicht, das der Verein einen Mietvertrag für dieses Gelände bekam. Dabei spielte eine große Rolle, dass der Verein seine Tätigkeit nicht auf den eigenen Gelderwerb und sein Gelände beschränkte. Die SSM trug mit dazu bei, die im Stadtteil ansässigen Initiativen, Vereine und städtischen Bürgerdienste zu vernetzen. So kann auf die Gestaltung des Viertels Einfluss genommen werden. Durch Stammtische in den Siedlungen lernen die Menschen in Mülheim, dass es sich lohnen kann sich zu wehren und Ergebnisse zu erzielen, die in ihrem Sinne sind. Sie lernen aber auch, dass man nie nachlassen darf in dem Bemühen, der Politik etwas entgegen zu setzen.

SSM ein Modell ?

Wir sind kein Modell zum Kopieren und wir haben auch keine Patentlösung anzubieten. Aber aus unseren Erfahrungen kann man einige Grundsätze ableiten für eine Wirtschaft der Zukunft: Solidarität, weitgehende Selbstversorgung, Aufhebung der Trennung von Wohnung und Arbeitsplatz, gesellschaftliches Engagement im Viertel, Nachhaltigkeit, Vernetzung und Ergänzung mit anderen Initiativen und mit Einzelnen. Die Projekte, an denen wir mit anderen arbeiten, folgen alle diesen Grundsätzen, sie sind aber alle von der SSM verschieden, nicht Einfalt ist gefragt sondern Vielfalt:

- Kulturbunker (selbstverwaltetes Kulturzentrum)
- Bürger helfen Bürgern (Notschlafstelle für Obdachlose)
- Bauen, Wohnen, Arbeiten (Stufenmodell zur Wiedereingliederung Wohnungsloser)
- Neue Arbeit Mülheim (Vorschlag für die Nutzung einer Industriebrache).

Kontakt:
SSM, Düsseldorfer Str. 74, 51063 Köln, Tel. : (02 21) 640 31 52

NEUE WEGE:

Stadtplanung von Unten

»Soviel Ende war nie«. Mit diesem fulminanten Satz beginnt Robert Kurz sein Buch »Der Kollaps der Modernisierung«. Ja, es stimmt, wenn man sich mit offenen Augen durch diese Republik bewegt, so erfährt man es leibhaftig; Soviel Ende war nie!

Michael Birkenbeul ● Niedergehende Industriestandorte sorgen für leerstehende Produktionsräume und führen uns plastisch vor Augen, dass Arbeitslosigkeit immer weiter um sich greift. Aber nicht nur aufgegebene Standorte prägen das Bild, sondern immer deutlicher tritt zu Tage, dass Managementfehler zu Lasten der arbeitenden Menschen gehen (s. Opel, Bayer etc.). Gewinne werden gesichert durch das Streichen von Arbeitsplätzen. Die Wirtschaft bemüht sich erfolgreich, die Kosten die ihr zu hoch sind auf die Allgemeinheit abzuwälzen. Politiker behaupten, sie wären in der Lage, Arbeitsplätze für die

SSM 2001 Dorothea Weigel

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Neben dem ohnehin noch recht starken Marktbezug unserer Arbeit, den einige von uns etwas kürzen können, sollten wir systematisch und gruppenübergreifend einen Bereich direkter gegenseitiger Hilfe zu einem demokratischen Wirtschaften ohne Waren und Geld weiterentwikkeln. Das würde dauerhaft ermöglichen, den Marktzwängen besser zu widerstehen.

Wie so ein neues Wirtschaften aussehen kann, möchten wir auch auf Grundlage der Schwierigkeiten, auf die unsere Praxis stößt, miteinander und auch in der CONTRASTE diskutieren. Um in die Richtung der verabredeten, basisbestimmten Solidarität weiter zu gehen, haben wir als *Neue-Arbeit-Gruppen* und Projektgemeinschaften einen losen Zusammenschluss gebildet. Wir wollen über die Möglichkeiten, Erfahrungen, Schwierigkeiten eines Wirtschaftens jenseits der Märkte miteinander reden, um vielleicht auch bald zu praktischem Zusammenwirken zu kommen. Noch bezeichnen wir das, was wir meinen, oft nur abgrenzend und mit unterschiedlichen Begriffen: Neue Arbeit, Lokale Ökonomie (darunter Stadtplanung von unten), Solidarwirtschaft, demokratisches, selbstbestimmtes Wirtschaften usw..

Ausgehend von einer gemeinsamen Tagung unserer Gruppen in Dresden im September 2001 stellen wir uns hier in der CONTRASTE erstmals gemeinsam öffentlich vor. Für nächstes Jahr ist ein weiteres Treffen geplant von Gruppen und Einzelnen, die Theorie und Praxis eines direkten, selbstbestimmten Wirtschaftens weiterentwickeln wollen.●

Bürger dieses Landes zu schaffen. Im angebrochenen Computerzeitalter kann beim besten Willen niemand mehr das Massenphänomen Arbeitslosigkeit wegzaubern. Andere Länder, wie Italien, Niederlande, Belgien, Frankreich und Venezuela, haben das erkannt und sind bereit neue Wege zu gehen. Wir stehen mit dieser Entwicklung erst am Anfang.

Neue Arbeit

Wir denken »Neue Arbeit« braucht das Land ! Dieses Konzept steht für den Aufbau vernetzter Eigenarbeit und Eigenversorgung in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen. Das Ziel ist nicht die Anhäufung von Geld sondern von Lebensqualität. Zur Umsetzung dieses Konzepts brauchen die Menschen Ressourcen, sprich Gebäude und Grund und Boden. Damit wären wir bei unserem Thema: Stadtplanung von Unten.

Der Handlungsrahmen

Deutschland hat sich in der Rio-Deklaration und der Agenda 21 der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung dazu verpflichtet, das Ziel der nachhaltigen Entwicklung, auch im Bereich der Siedlungspolitik zu verfolgen. Hieraus ist der »Nationale Aktionsplan zur nachhaltigen Siedlungsentwicklung« durch das Deutsche Nationalkomitee HABITAT II entstanden. Dieser Aktionsplan führt aus, dass die Landes- und Regionalplanung darauf hinwirken muss, die bisherige Trennung von Wohnen und Arbeiten zurückgeführt werden muss. Insgesamt gilt es, offene und gleichzeitig komplexe städtische Strukturen zu installieren, in denen verschiedene kulturelle Identitäten koexistieren und soziale Ausgrenzungsprozesse verhindert werden können. Gemischte, kleinteilig gegliederte und komplex vernetzte Strukturen sind für die Integration verschiedener Alters- und Lebensformgruppen viel besser geeignet als monofunktionale Großstrukturen. Um den Schutz und die Entwicklung von Freiräumen in Einklang zu bringen mit der Siedlungsnachfrage, sind ein umfassendes Flächenmanagement, eine konsequente Innenentwicklung und Planungen kompakter Neubauprojekte erforderlich. In der Regel hat wiedernutzung ehemals genutzter, jetzt brachliegender Flächen sowie ungenutzter Bauwerke Vorrang vor einer Neuinanspruchnahme von Freiflächen. Dies alles und mehr schreibt der Nationale Aktionsplan vor. Dieser Handlungsrahmen muss nun mit Inhalt gefüllt werden.●

GALA – Ganzheitliche Arbeits- und Lebensakademie

Gala ist ein **freier Zusammenschluss** von Menschen »in Arbeit«, Erwerbslosen und Leuten in irgendwelchen »Zwischenexistenzen« zur persönlichen, regionalen und gesellschaftlichen Neubestimmung unserer »Arbeitskultur«.

Aus der Kritik am Bestehenden wollen wir **Räume zur Suche** nach Alternativen und Erprobung eigener Ideen und Fähigkeiten schaffen. Gala startet in Dresden in zwei Komponenten **Bildungs-Gala** und **Gemeinwesen-Gala**.

Bildungs-Gala
Als **Begegnungs- und Bildungsstätte** will Gala Nichterwerbstätige anregen und bestärken, sinnstiftende Tätigkeiten zu finden und die eigenen Fähigkeiten und Wünsche »frei zu schaufeln«.

Das gilt natürlich auch für Erwerbstätige, die wir zudem ermuntern, anders, etwas weniger (kürzer) zu arbeiten oder mal auf Arbeit zu verzichten, um Erfüllung und Bestätigung außerhalb von Erwerbsarbeit zu erfahren. Mit Begegnung und Bildung wollen wir Impulse für eigenes Handeln und Starthilfen für selbstbestimmtes Arbeiten und Leben geben.

Gemeinwesen-Gala
Gala baut auf Ermutigung und Selbstorganisation und ist auf Systeme der lokalen und solidarischen Ökonomie orientiert. Gala versucht auf neue Weise Wirtschafts- und Kulturentwicklung, Wettbewerbsfähigkeit und Solidarität, globale und regionale Ökonomie, die Pflege natürlicher und sozialer Ressourcen als gleichwertige Zielstellungen unter Einbeziehung möglichst vieler Akteure zu verbinden.

Gala möchte **Impulse für selbstorganisierte Kommunikation und Kooperation** in den Stadtteilen, Orten und Nachbarschaften geben.

Ziel ist die Festigung des sozialen Zusammenhalts, die Anregung bürgerschaftlichen Engagements, die Erschließung neuer Tätigkeitsfelder in und jenseits von Erwerbsarbeit und die Solidarisierung zwischen Erwerbslosen und Erwerbstätigen.

Gala-Treff ist an jedem zweiten Mittwoch im Monat im Interpool, Görlitzer Str. 30, D-01099 Dresden.
Kontakt über:
SIGNUS e.V., c/o KISS, Ehrlichstr. 3, D-01067 Dresden
Tel. (03 51) 802 76 56 oder 310 11 71 ; Fax: 804 88 35
oder (0 51) 310 11 71; eMail: kontakt@gala-dresden.de
www.gala-dresden.de●

DRESDEN:

Neue Arbeit

Wir sind keine »Modellprojekte«

– Ein Tag im September mit »gemeinschaftsfähigen Individualisten«

»Wie die spezifische technische Schöpfung des Menschen die Verleihung von Selbständigkeit an Dinge bedeutet, so bedeutet seine spezifische soziale Schöpfung die Verleihung von Selbstständigkeit an Wesen seiner Gattung.« schrieb Martin Buber und Robert Jungk sah in Gemeinschaftsprojekten »kleine Kunstwerke«. Dabei sind sie viel mehr und auch ganz anders: wie viele unserer praktischen Unternehmungen vor allem bestimmt sind von oft banaler Alltäglichkeit. Dass hier manchmal eher beiläufig Neue Arbeit oder andere Wirtschaftsformen erprobt werden und »funktionieren« gehört ebenso zum Alltag in gemeinschaftlichen Wohn- und Lebensprojekten wie das Erleben eben jener »Mühen der Ebene«.

Peter Müller, GALA Dresden ● Insofern ging es uns auch in der Themengruppe D bei der Dresdener Tagung nicht vordergründig um Hohelieder auf Gemeinschaftswohn- und Lebensformen, sondern um einen Austausch von Erfahrungen und Konzepten zwischen Menschen, die ein Stück mehr als das Gros der Zeitgenossen gemeinschaftlich leben.

Die »Verleihung von Selbständigkeit« durch Gemeinschaftlichkeit hat zumindest bei den DiskussionsteilnehmerInnen ergiebig Früchte getragen: Hier sprachen nicht der »corporate identity ihrer Gruppe« ergebene Abziehbilder miteinander, sondern ausgeprägte Persönlichkeiten. Ob das daran lag, dass sie aus Projekten kamen, die alle nachbarschaftlich-kommunal engagiert sind, kann hier nur vermutet werden. Buber jedenfalls hätte recht behalten. Und vielleicht ist der Zusammenschluss einiger derart nach Selbstbestimmung strebender Personen in selbstverwaltet-demokratischen Gemeinschaften eine unentbehrliche Vorbedingung für solidarische Lebens-, Wirtschafts- und Arbeitsformen. Genau darum ging es ja in der Gruppendiskussion zum Thema: **Solidarische Ökonomie – Trugbild oder Ausstieg aus der profitorientierten Konkurrenzökonomie?**

Die in der 2000er Ausgabe von EUROTOPIA formulierte Erkenntnis »Eine funktionierende, intelligente und alltagstaugliche Ökonomie unter demokratischer Kontrolle ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine funktionierende Gemeinschaft« wurde auch in unseren Gesprächen immer wieder deutlich. Gerade in Gemeinschaftsprojekten gibt es inzwischen als Resultat z. T. schmerzhafter Lernprozesse tragfähige Ansätze einer sich von der Konkurrenzwirtschaft abhebenden solidarischen Ökonomie. Neben dem Umgang mit Hierarchien, dem Erreichen von Verbindlichkeit, der Suche nach angemessenen Rechtsformen waren uns vor allem die folgenden Themen wichtig:

● NEUE ARBEIT als existenzsichernde materielle (manchmal auch spirituelle?) Grundlage gemeinschaftlichen Wirtschaftens – hier wird in der Regel eine Mischform aus Erwerbstätigkeit (innerhalb, aber außerhalb des Projekts), Gemeinschafts- und Subsistenzarbeit praktiziert. Dabei wird der »gemeinsame Topf«, in den die Früchte unseres Tuns fließen, stets projektindividuell aussehen – von ersparten Miet- und Lebenshaltungskosten bis hin zu einer partiellen »Grundsicherung« wie das »Taschengeld« bei der Sozialistischen Selbsthilfe Mühlheim. Indem dort die Beteiligten gemeinsam über ihre Produktionsmittel und den Einsatz des eigenen Arbeitsvermögens entscheiden, gewinnen sie Zeit und Raum für sich selbst und für politisch-solidarische Selbsthilfe im Stadtteil. Sie machen sich damit schon ein Stück mehr unabhängig von der Erpressbarkeit mittels Lohnarbeit. (Sieht so der »rheinische Sozialismus« aus?)

● Für und wieder die »Staatsknete« – werden wir dadurch entsprechend der Antragslogiken fügsam gemacht oder gelingt deren Instrumentalisierung für tatsächlich gemeinwohlgerichtete Ziele? In der Diskussion wurden widersprüchliche Erfahrungen benannt, einig waren wir uns aber: Der Einsatz von »ABM-Brigaden« verträgt sich nicht mit solidarwirtschaftlichen Intentionen von Gemeinschaftsunternehmen, wenn sie als Lohnarbeiter nicht in das Gemeinschaftsprojekt einbezogen sind.

Ob wir tatsächlich Solidarwirtschaften aufbauen können, hängt letztlich davon ab, daß eine andere Logik von Arbeit – »freie Kooperation« */Christoph Spehr* – angestrebt wird, nicht aber »selbstorganisierte Verfügbarkeit« und vergemeinschaftete Selbstausbeutung.

Neben der schon an anderer Stelle portraitierten Sozialistischen Selbsthilfe Mühlheim stellte sich der *Liebethaler e.V.* aus Pirna bei Dresden vor. Auf den Felsen oberhalb der Wesenitz erwarb und sanierte der Verein 1997 ein Grundstück. Dort lebt eine Wohngemeinschaft mit 7 sog. Erwachsenen und 3 Kindern. Es ist ein Bildungs- und Gästehaus entstanden und ab 2002 soll gemeinsam mit SIGUS e.V. Dresden ein Nachbarschaftstreff betrieben werden. Wichtig ist den Aktiven die gemeinnützige Ausgestaltung des Eigentums sowie eine über das unmittelbare Objekt hinausgehende personale Basis von Mitgestaltern und Unterstützern, die ihre Kompetenzen und Beziehungen in die Programmgestaltung einbringen.

Neben Aktiven aus »Einzelprojekten« beteiligten sich auch Leute von Projektverbünden und Netzwerken an der Diskussion. So vom *Mietshäuser Syndikat GmbH* Freiburg i. Br., wo vor allem Erfahrungen beim Aufbau von Infrastrukturen für Alternativansätze für Wohnen und Arbeiten und mit Versuchen vorliegen, Immobilien aus der Marktlogik zu »befreien«. Die Synthese aus politischem Engagement und Professionalität ist beeindruckend. Noch nicht soweit sind die Leute von *WohnRaum-Leben* aus Dresden, wo Projekterfahrene Interessierte zusammen bringen und beim Aufbau alternativer Lebensformen begleiten möchten. Für diese Infrastrukturen gilt es nun wiederum selbst stabile Wirtschaftsgrundlagen und Arbeitsstrukturen aufzubauen. Zudem reiben sich viele Aktive schon in »ihren« Projekten auf.

Wer bis zum Ende der Runde dabei war, wird sicher vorbehaltlos einen ermutigenden Eindruck mit nach Hause genommen haben: Die Vielfalt des Möglichen wird schon an diesen Beispielen sichtbar und erinnert an den zapatistischen Leitspruch: »Es ist nicht nötig, die Welt zu erobern; es genügt, dass wir sie neu erfinden.«●

Umsonstladen Hamburg

Wohngemeinschaft, Jugendgästehaus, Nachbarschaftstreff und Bildungsprojekte wie dieser Bildhauer-Workshop – alles unter einem Dach beim Liebethaler e.V. in der Sächsischen Schweiz

Arbeitskreis Lokale Ökonomie e.V., Hamburg

»Herausfinden, was wir wirklich, wirklich wollen !«

Der Umsonstladen vom »Arbeitskreis Lokale Ökonomie«, Hamburg

Seit 5 Jahren gibt es den Arbeitskreis. Er ist inzwischen kein bloßer Gesprächskreis mehr, sondern eine Projektgemeinschaft in der Gründungsphase:

Wir fragen uns:

Was können Menschen machen, die volle Erwerbsarbeit haben und damit unzufrieden sind?

Wie können sie diese Erwerbsarbeit kürzen und trotzdem ihren Lebensunterhalt sichern?

Wie sollen Menschen für sich eine gesicherte Lebensperspektive entwickeln, die dauerhaft auf ungesicherte Jobs angewiesen sind?

Was sollen Menschen machen, die nicht mehr dauerhaft in die Erwerbsarbeit hineinkommen?

Wie sollen sie für ihre materiellen Grundlagen sorgen?

Wie sollen sie leben, wenn sie sich nicht allein auf die staatlichen Almosen der Arbeitslosen- oder Sozialhilfe verlassen wollen?

Gibt es Möglichkeiten, jenseits der allseits geforderten Konkurrenz auf dem Erwerbsarbeitsmarkt unser Zusammenleben nach unseren Fähigkeiten und Bedürfnissen zu gestalten?

Um den Antworten auf diese Fragen näher zu kommen, entwickeln wir unsere Projektgemeinschaft, die **so viel Erwerbsarbeit wie nötig** verbindet mit **so viel gegenseitige Hilfe und selbstbestimmter Gemeinschaftsarbeit wie möglich.** (Siehe Artikel dazu !)

Wir arbeiten auf drei Ebenen:

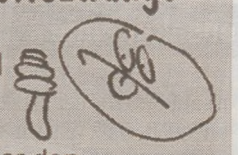
1. ERFAHRUNG: Wir besuchen andere Neue-Arbeit-Gruppen, berichten darüber und versuchen, möglichst viel von ihren Erfahrungen zu lernen. Wir sprechen über unsere Erfahrung bei der Bildung unserer Projektgemeinschaft in Hamburg und versuchen einen überregionalen Zusammenhang zwischen den Gruppen mit selbstbestimmter Gemeinschaftsarbeit jenseits von Markt und Staat zu fördern.
2. THEORIE: Zur Überwindung der Dauerkrise der marktbezogenen Erwerbsarbeit und zu einer »Wirtschaft von unten«, die zunehmend von den Beteiligten selbst bestimmt wird, diskutieren wir verschiedene Ansätze und Vorschläge und versuchen ein eigenes, offenes Konzept zu entwickeln.
3. PRAXIS: Schließlich sind wir dabei, eine eigene Projektgemeinschaft Neue Arbeit in Hamburg zu entwikkeln. Wir streben einen pluralistischen, basisbestimmten Projektverbund an, der teils für den herkömmlichen Warenmarkt arbeitet, aber auch neue Arbeitsarten (Eigenarbeit, Arbeit zur Selbstversorgung in kleinen Gruppen, direkte Hilfe, selbstbestimmte Gemeinschaftsarbeit) als zweites Standbein entwickelt. Dazu haben wir den Stadtteilladen »Neue Arbeit Ottensen« im Nernstweg 10 (Souterrain) eröffnet mit dem UMSONST-Laden und den Projekten Frauen-Café, Fahrrad-Selbsthilfewerkstatt, Kleinmöbellager, Körpererfahrung, Contraste-Redaktion Hamburg, Arbeitskreis freies Sprechen, Beratung »Neue Arbeit«, Kritik der Warenwelt (Theoriegruppe) und der Zeitungslesegruppe. Ein Teil der Projekte sind offene, kurzfristige Mitmach-Projekte für alle aus dem Stadtteil. Andere Projekte wollen dauerhaft Teil der sich entwickelnden Projektgemeinschaft sein. Beides ist uns sehr wichtig.

Arbeitskreis Lokale Ökonomie e.V.
Kontakt: Anna Tel.: (0 40) 39 90 41 80

Lieber weniger arbeiten als mehr kaufen!

Nein zum Arbeitszwang!

"Arbeit auf Teufel komm raus"



eine Ausstellung über den Sinn und Unsinn von Erwerbsarbeit
ausleihbar, acht Tafeln (800 x 1900)
Katalog für 4 DM + Porto bei uns

Abfälle vermeiden durch:

Konsumvermeidung
Leihen statt kaufen
Gebraucht- statt Neukauf
Reparieren statt wegwerfen

Mehr unter **www.abfallgut.de**

abfallGUT Dresden e.V.
Heidestraße 34 + 01127 Dresden
Tel 0351/ 858 410-4 Fax -5

Bildung jenseits des Marktes?

Neue Arbeit

Bildung und Neue Arbeit

– was hat das miteinander zu tun?

Nicht für die Schule lernen wir, sondern für... ? Lange Zeit war der zweite Teil des bekannten Sinnspruchs reichlich unbestimmt. Für das Leben? Das versuchten uns engagierte Pädagogen zu verkaufen. Die, die Latein lernten, wussten es besser: »Non scolae sed feli discimus« kalauerten sie und meinten: ... für die Katz, respektive für den Kater. Denn sie wussten, dass im Leben ganz andere Dinge gefragt sind, als die, die sie in Geometrie, in Geschichte, ja selbst in Deutsch lernten.

Carsten Ungewitter, Nils Adam, Red. Hamburg ● Wer die aktuelle Debatte nicht nur um die schulische Bildung verfolgt, weiß wofür heutzutage wirklich gelernt wird: Für das Leben, insofern es mit Existenz gleichgesetzt wird, die ja bekanntlich gegründet wird. Sofern sie nicht durch einen lebenslangen Arbeitsplatz ohnehin abgesichert scheint. Gerade letzteren gibt es aber immer seltener – und aus der Schule kommen Jugendliche von denen ein großer Teil nur dank dem Sofortprogramm der Bundesregierung einen Ausbildungsplatz erhält (ca. 4% finden bis zum 30. September keine Lehrstelle, im Osten sind es 6%; 10% aller Ausbildungsplatzbewerber gehen hier außerdem ohnehin in die westlichen Bundesländer).

Die Reaktionen unserer Gesellschaft auf eine prekäre Ausbildungs- und Arbeitsplatzsituation könnten paradoxer nicht sein. Oder vielmehr: Politik und Gesellschaft reagieren in altbekannter Weise: mit der Individualisierung des Problems. Statistisch lässt sich ja gut belegen: Wer besser qualifiziert ist, wer bessere Schulnoten hat, bekommt leichter einen Arbeits- respektive einen Ausbildungsplatz. Und dahin geht auch die Diskussion: Überall entstehen Programme, die eine bessere »Kooperation« von Schule und Wirtschaft zum Ziel haben. Wenn die Wirtschaft ihre Anforderungen an Absolventen besser artikuliert, so die Überzeugung, und sich die Schule stärker an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientiert, gelingt der Übergang von Schule zu Berufswelt leichter.

Durch bessere Noten oder eine besser an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientierten Schule, entstehen aber noch keine Ausbildungsplätze. Was mit einer solchen Debatte vor allem erreicht wird, ist eine Verschärfung des Konkurrenzdrucks schon innerhalb von Schule und Ausbildung.

SchülerInnen stehen sich heute also bereits in der Schule direkt als Konkurrenten gegenüber – fast ist man gewillt hinzuzufügen: ob sie es merken oder nicht. Konkurrenz gab es natürlich schon immer innerhalb von Schule. Aber, so meine These, die ich hier an einem Beispiel belegen möchte: sie war weniger umfassend, und hat weniger Themen- und Lebensbereiche betroffen. Sehen wir uns die neuen Lehrpläne in Thüringen an, die als Beispiel für einen allgemeinen Trend gesehen werden können. In einem neuen Lehrplankonzept, das von vielen Pädagogen als zukunftsweisend gesehen wird, wurde vor ca. drei Jahren ein Kompetenzmodell eingeführt, das neben der Sachkompetenz vier andere Kompetenzbereiche für die Ausbildung der SchülerInnen betont. Methodenkompetenz, Lernkompetenz, Selbstkompetenz und Sozialkompetenz werden hier als persönliche Fähigkeiten angesehen, die auch in die Leistungsbewertung mit einfließen sollen. »Alle Lehrpläne stellen Kontrolle und Bewertung in den Kontext des Kompetenzmodells und signalisieren, dass ein mehrdimensionaler Lernprozess mehrdimensionale Formen von Kontrolle und Bewertung erfordert.« (Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien, 1998) Was bedeutet dies? Überspitzt formuliert: Nicht nur die Mathematikkenntnisse werden Gegenstand der Leistungsbewertung und somit der Konkurrenz untereinander, sondern auch die soziale Kompetenz. Was hier geschieht ist mehr als bedenklich. Auch vormals als humanistisch und emanzipatorisch eingestufte pädagogische Ziele wie Sozial- und Selbstkompetenz werden nun Teil der Leistungsbewertung. Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass es gerade diese »Schlüsselkompetenzen« sind, auf die Unternehmen besonderen Wert legen.

Das Problematische ist, dass wir kaum Bildungsinhalte finden werden, die unter unseren ökonomischen Bedingungen nicht in irgendeiner Form Bestandteil eines subtilen Systems von Leistungsbewertung und Wettbewerbssituation sind, oder dazu gemacht werden können. Weder Kreativität, noch soziale Kompetenz, ja nicht einmal Widerspruchsgeist und Widerständigkeit – es sei denn, sie artikuliert sich deviant – sind davor gefeit, als Bestandteil eines auf Effizienz und Profit ausgerichteten Systems vernutzt zu werden. Soziale Kompetenz wird dort pervertiert, wo sie in erster Linie als Schlüsselkompetenz beim Ausstechen der Konkurrenten angesehen wird.

Das Beispiel der »Kaos-Pilots« in Dänemark, ursprünglich im Kontext hoher Arbeitslosigkeit aus einem Steetworkingprojekt für Jugendliche entstanden, die bis dahin chancenlos schienen, suchtgefährdet waren und für gemeinhin als asozial gegolten hätten, ist in analytischer Hinsicht ein interessantes Beispiel: Die »besondere Fähigkeit« der Jugendlichen mit unvorhergesehenen, chaotischen Situationen umzugehen scheint ideal für den modernen Manager. Und in der Tat: mit diesem »humanen Kapital«, das sich die Jugendlichen in ihrer vermutlich meist keineswegs glücklichen Kindheit angeeignet hatten, können sie punkten – und Karriere machen. Natürlich nicht alle, aber darauf kommt es nicht an. Individuell natürlich ein Glücksfall. Gesellschaftlich möglicherweise katastrophal. (1) So ist aus den Kaos-Pilots auch längst eine international bekannte und begehrte Bildungsstätte für die Macher von Morgen entstanden.

Umsonstladen Hamburg

Klar ist, dass es für eine Gesellschaft insgesamt fatal wäre, wenn wünschenswerte persönliche Eigenschaften, die altmodisch mit »humanistisch« oder einfach »gut« bezeichnet werden könnten, nur insofern entwickelt werden, wie es für den unternehmerischen Erfolg von Interesse ist. Kreativität ist gerade das, was sich nicht kanalisiert entwickeln lässt, sondern das, was auch grundsätzliche Bedingungen infrage stellt.

Kein Ausweg in Sicht? Wenn selbst die ehemals revolutionären Umtriebe eines Frankfurter Strassenkämpfers sich als hochgradig kompatibel mit einem System der maximalen Profiterwirtschaftung erweisen?

Arbeit und Arbeitslosigkeit sind die Themen, an denen sich die Probleme der oben beschriebenen Widersprüche von Konkurrenz und Solidarität (im schulischen Kontext: »soziale Kompetenz«) kristallisieren. Sie selbst müssen zum Inhalt (nicht nur) der schulischen Bildung werden. SchülerInnen müssen die Möglichkeit bekommen, sich die Debatten um Arbeit und Arbeitslosigkeit, um die Zukunft der Arbeit und das oft prophezeite Ende der Arbeitsgesellschaft selbst anzueignen. In diesen Debatten steckt das Potential, neu über Begriffe wie Solidarität und soziales Handeln nachzudenken. In der Schule muss also ein Kommunikationsraum entstehen, der die Befürchtungen Jugendlicher vor Arbeitslosigkeit nicht in Richtung Konkurrenzdruck lenkt, sondern versucht, diese Ängste in gesellschaftliche Handlungsfähigkeit zu verwandeln.●

(Die Autoren sind Mitarbeiter des Diskurs e.V., der mit seinen Seminaren »Arbeits- und Berufsorientierung in einer sich verändernden Arbeitsgesellschaft« versucht, mit SchülerInnen über die Zukunft unserer Arbeitsgesellschaft ins Gespräch zu kommen.)

(1) www.kaospilot.dk

workstation – Ideenwerkstatt Berlin e.V.

workstation Ideen werkstatt Berlin e.V.

workstation bietet Freiraum und Grundlagen zur **Entwicklung eines zeitgemäßen, gesellschaftlichen Lebens- und Arbeitsverständnisses**.

workstation berät und informiert einzelne Menschen oder Gruppen, macht Mut und gibt Anregungen zur individuellen Lebenswegplanung. **Jedes Individuum ist ein Teil der Gesellschaft und trägt somit zur Gemeinschaft maßgeblich bei!**

Darüber hinaus nimmt workstation an Veranstaltungen teil und organisiert diese selbst, um an der Entwicklung eines gesellschaftsrelevanten Arbeitsverständnisses mitzuwirken.

Um beide Bereiche bestmöglich zu realisieren, steht bei workstation Austausch und Kooperation mit Dritten im Vordergrund. Dies ermöglicht, mit einem geringen Ressourcenaufwand auszukommen. Die Projektstruktur ist damit sehr reaktionsfähig Die netzwerkorientierte Funktionsweise erlaubt, auf eine Vielfalt von Informationen, Fachwissen und Angeboten zurückzugreifen.

workstation beabsichtigt, Impulse zu vermitteln!

Neben der Erwerbsarbeit müssen weitere Tätigkeiten (z.B. Bildung) gleichwertig wahrgenommen werden, da sich Identität und Existenzsicherung immer weniger ausschließlich über die tradierte Erwerbsarbeit gewährleisten lassen. Gleichzeitig gilt es, ein Arbeitsverständnis zu entwickeln, welches ganzheitlich und nachhaltig ist und die Welt in ihrer Ganzheit begreift. Aspekte wie Gesundheit, menschengerechte Mach- und Leistbarkeit stehen im Vordergrund und bilden den Grundstock jeden gesellschaftlichen Kapitals.

Produzierende und reproduzierende Tätigkeit ist gleichwertig und ermöglicht in der Summe die seelische und physische Existenzsicherung.

Vor dem »anders Arbeiten« steht ein verändertes Verständnis von Arbeit!

Diese Bereitschaft muß entwickelt werden, um Veränderung zu ermöglichen. Neues Verständnis erfordert neue Denkansätze!

Workstation pflegt den Kontakt zu verschiedensten Menschen, Institutionen, Meinungen und Bezügen auch, um so Anliegen mit unterstützen zu können, die

nicht durch workstation selbst geleistet werden können. Diese werden an Initiativen, die sich mit spezifischen Zielgruppen befassen, die spezifische Aufgaben ausführen oder die geographische Wirkungskreise haben, die außerhalb jenen der workstation liegen, weitergeleitet.

So ergeben sich Schnittstellen, an denen zwei oder mehrere Partner kooperieren. Solche Kooperationen sind langfristig, temporär oder projektorientiert angelegt. Sie werden jeweils situationsgerecht angepaßt. **Entscheidend zur guten Kooperation sind ein guter Informationsfluß sowie intensive und offene Zusammenarbeit aller Beteiligten.**

Räume in Berlin-Friedrichshain und Kreuzberg (in Funktion als Treffpunkt, Büro, Denk- und Aktionsräume) oder Kommunikations- und Informationsmittel (e-mail, Telefon, FAX, Post, website, schriftliche Darstellungen) geben Interessierten die Möglichkeit, der workstation zu begegnen und Kontakt aufzunehmen. Hier können Bedürfnisse und Belange artikuliert werden. Daraus entwickelt sich dann weiteres Vorgehen.

Mittelpunkte der Aktivitäten ist jedeR Mensch selbst, dies wird aber begleitend unterstützt. JedeR ist mit seinem Wesen gleichzeitig jemand die/der etwas einbringt und jemand die/der etwas sucht.

Zur workstation kommen vor allem Menschen, deren Lebensgefühl von Orientierungslosigkeit oder Unzufriedenheit beeinträchtigt wird. Die Unzufriedenheit steht häufig eng mit der Erwerbssituation in Verbindung. Im tradierten Sinne zu arbeiten, ist immer weniger angemessen und dadurch oft auch nicht förderlich. Dennoch stekken diese Menschen voller Fähigkeiten und Potentiale und haben ein großes Interesse, sich sinnvoll in die Gesellschaft einzubringen. Es geht also jeweils darum, geeignete Wege und Mittel zu finden, diese Anliegen zu unterstützen.

Workstation unterstützt außer der Aussage, daß die gegenwärtige psychosoziale Allgemeinbildung der Gesellschaft unzureichend ist, kein ausschließliches Leitbild von dem, was gut und schlecht, richtig oder wichtig ist, sondern versucht Menschen mit ihren Anliegen optimal zu unterstützen. Entscheidende Voraussetzung ist, daß diese Anliegen die Menschenwürde respektieren und mindestens in zweiter Konsequenz gemeinschaftsbildend sind.

workstation verfolgt (und aktualisiert, wo für sinnvoll befunden) die formulierten Ziele mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen. Es wird getan, was damit möglich ist. Nebenher werden jeweils weitere, für notwendig erachtete Ressourcen ergänzt. Die Vorgehensweise der workstation ist komlex und doch sehr einfach - der Handlungsbedarf ist groß!●

workstation – Ideenwerkstatt Berlin e.V., Naunynstraße 27, D-10997 Berlin + Revaler Staße 99, D-10245 Berlin ;
Tel. (0 30) 616 599 07, fax: 616 599 06
mail: workstation@snafu.de
Internet: http//home.snafu.de/workstation

Anzeige

WIDERSPRUCH 41
Beiträge zur sozialistischen Politik

Nationalismus, Rassismus, Krieg

US-Hegemonie und Terrorismus; Nation und Gewalt; Kollektive und Nationale Identität; Ziviler Internationalismus statt NATO; Arbeitswelt, Standortnationalismus, Rechtsextremismus, Anti-Rassismus; Europa und Föderalismus, Einwanderung und Integration

A. Roy, F. Schandl, R. Kühnl, H.U. Jost, J. Lang, Ch. Butterwegge, F. Hulsken, H. Stutz, Y. Kramer, K. Dörre, V. Alleva, Ch.P. Scherrer, H. Kleger, G. D'Amato

Diskussion
G. Trepp : Geldwäscherei und Terrorgelder
W. Eberle / H. Schäppi: Linke und Neue Mitte
S. Lettow : Neoliberaler Anti-Egalitarismus

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

21. Jg./2. Halbjahr 2001 Fr. 25.–

208 Seiten, Fr./DM 25.– (Abonnement Fr./DM 40.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich
Tel./Fax 0041 (0)1 - 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

LOKALE ÖKONOMIE

Neue Arbeit

Der ungesunde tägliche Wettlauf...

»So viel Erwerbsarbeit wie nötig, so viel Gemeinschaftsarbeit, und freie Zeit wie möglich.«

Wir gehen davon aus, dass Erwerbsarbeit – mit Waren- und Geldsucht – häufig mit einem ungesundem täglichen Wettlauf verbunden ist. Auch verfestigt sich global die Armut für eine Mehrheit der Menschen. So erhebt sich für uns die Frage: WIE aus dieser grundlegend unbefriedigenden Lage herauskommen ?

Es gibt kein Land außerhalb des Weltmarktes, in das einfach »ausgewandert« werden könnte. Da ist nur die Möglichkeit, sich hier »zu Hause« kritisch davon abzustoßen im Sinne einer merklich menschlicheren Gemeinschaft und Gesellschaft in dieser Gesellschaft. Um einen merklich anderen Anfang zu finden, haben wir eine praktische Kritik der Erwerbsarbeit begonnen, die ausgeht von einer zunächst 100% Abhängigkeit vom Warenmarkt und vom Erwerbszwang über Geld. Als auch selbst Betroffene waren und sind unsere Ausgangsfragen:

»Was sollen Menschen tun, die trotz eigenem Bemühen dauerhaft erwerbslos bleiben?« und, damit verbunden: **»Was sollen Menschen tun, die sehr viel Erwerbsarbeit haben, darin fast vollständig aufgehen und damit unzufrieden werden?«** Die Erwerbsarbeit in leicht reformierter Form gab uns keine befriedigende praktische Antwort auf diese Fragen. Also haben wir begonnen, verschiedene Mitmachprojekte zu entwickeln, die unter anderem die Zwänge der Erwerbsarbeit mildern sollen. Der Umsonstladen ist inzwischen das bekannteste davon.

Der Erwerbsarbeit setzen wir jedoch nicht einfach nur einen Versuch von Gemeinschaftsarbeit **entgegen**. Denn unmittelbar füreinander können wir zunächst nur verhältnismäßig wenig tun. So wichtig die Erfahrung des Unterschiedes ist: Leben können wir von der Gemeinschaftsarbeit nur zu einem sehr geringen Anteil. Wir brauchen also ein kritisches Wechselspiel von marktbezogener Arbeit und Gemeinschaftsarbeit: *Einerseits* versuchen wir uns schrittweise vom Vollerwerbsjob etwas »freizuschaufeln« (weniger Überstunden, Kürzung der marktbezogenen Arbeitszeit, wo möglich ...). Wer zunächst keine Erwerbsarbeit hat, versucht mit Unterstützung der Gruppe wieder welche zu bekommen, aber nach Möglichkeit keine 40 Wochenstunden oder mehr ... *Andererseits* nutzen wir die gewonnene freie Zeit, zu Muße (Selbstbesinnung) selbstbestimmter Weiterbildung, zu gegenseitiger Hilfe und Entwicklung von Gemeinschaftsarbeit, die teilweise auch zu unserem Erwerb beitragen kann.

Es gibt bei uns offene Mitmach-Projekte, wie den Umsonstladen, Frauencafe und längerfristige Projekte, die sich direkt als Teil der Projektgemeinschaft begreifen. Beides ist uns wichtig.

Die Idee des Umsonstladens geht aus von dem ungeheuren Warenreichtum in dieser Gesellschaft. Es gibt inzwischen einen Berg nützlicher Dinge, die irgendwo herumliegen: Sie sind »zu schade zum Wegwerfen!« Viele Menschen sind froh, Dinge, die sie über haben, anderen geben zu können, anstatt sie in den Müll werfen zu müssen. Anderen Menschen fehlen vielleicht gerade diese Dinge, die sie sich kaum leisten können. Darüber hinaus sehen viele UmsonstladenBesucherInnen, die Erwerbsarbeit haben, nicht mehr ein, ständig alles neu zu kaufen. Über 12.000 Menschen haben das bisher (durch Bringen, Holen, Kontakt aufnehmen) für sich nutzen können.

Ein Teil unserer Projekte gehen sehr wohl in geringem Umfang auf den Markt, bieten z.B. Dienstleistungen, Möbel, Fahrrad(selbst)hilfe und Fahrräder zu günstigen Preisen an. Alle Projekte, die sich als Teil der Projektgemeinschaft begreifen, arbeiten aber auch ohne Geld direkt für die anderen Aktiven.

Was ist Neue Arbeit für uns ?

Neue Arbeit ist nicht die alte, marktbezogene Erwerbsarbeit, auch nicht der Warenhandel, ob klein oder groß. Sie bedeutet für uns ein Aufbruch zu selbstbestimmteren Arbeitsarten: von gegenseitiger Hilfe, Eigenarbeit und Gemeinschaftsarbeit. Das Neue der *Neuen Arbeit* besteht für uns darin, dass sie ohne Waren und Geld direkt füreinander geleistet und in ihrem Umfang und ihrer Verteilung von der Gemeinschaft selbst beschlossen wird. Wir nehmen bewusst als Grundlage, was eigentlich selbstverständlich sein sollte, aber nicht mehr ist: Wir helfen uns gegenseitig. Gegenseitige Hilfe ist noch keine Gemeinschaftsarbeit, aber sie kann sich daraus entwickeln. So versuchen wir uns zu fragen: Wer kann etwas für die anderen Aktiven in der Projektgemeinschaft tun? Da sind wir erst ganz in den Anfängen. Ziel ist es, durch die Zusammenarbeit von einzelnen Projekten eine gemeinschaftliche, verabredete Arbeitsteilung zu entwickeln, die die Zwänge der Erwerbsarbeit abmildert und unsere Abhängigkeit davon allmählich senkt.

Wir entwickeln die **Gemeinschaftsarbeit**, um das Neue der nicht so waren- und geldgeprägten Tätigkeiten zu erleben, also ihren Unterschied zur bisheriger Erwerbsarbeit. Diese Gemeinschaftsarbeit soll merklich ruhiger, angenehmer, verantwortlich und mit gegenseitiger direkter Anerkennung laufen. Sie ist verbunden mit einer Entwicklung von Gemeinschaftsbesitz (Gemeinsame Räume, Computer, größere Anschaffungsgegenstände). Sie ist direkte Arbeit eines Einzelnen oder einer Gruppe für die anderen Aktiven. Nur als »binnenbezogene« kann sie anfangs überhaupt Gemeinschaftsarbeit sein, weil rundherum ja alles (noch) nach dem Verwertungsprinzip funktioniert. Um diese Beschränktheit zu überwinden, ist für uns auch eine stadtübergreifende, praktische Zusammenarbeit sehr wichtig.

Soweit Gelder für diese Arbeiten nötig sind, werden sie aus der gemeinsamen Kasse bezahlt. Die Schwerpunkte der Gemeinschaftsarbeit werden auf den Arbeitskreis-Treffen (Projektetreff...) besprochen. Ziel der Gruppe ist die langfristige, freiwillige **Aktivierung** für die Gemeinschaft, die gleichzeitig die kreativen Kräfte der Einzelnen freisetzt.

Aus unserer bisherigen Tätigkeit haben wir ein paar einfache Grundsätze entwickelt:

1. Hier können die einzelnen Menschen **sich Zeit lassen**, herauszufinden, was sie wirklich tun wollen. **Jede (r) ist wichtig !**
2. **Wir fördern und helfen** uns gegenseitig.
3. Für die selbst gewählten Aufgaben entwickeln wir eine **freiwillige Verantwortung**. Die einzelnen Menschen sollen zunächst für sich etwas tun. Dann kommt auch der Antrieb, von den eigenen starken Seiten her etwas in eine Gemeinschaft einzubringen.
4. Die einzelnen Gruppen und Projekte entscheiden selbst über ihre Angelegenheiten **(Projektautonomie)**. Dafür versuchen die Gruppen füreinander Nützliches zu tun und haben eine **Verpflichtung zu Kontakt und zur Absprache** mit den anderen Teilgruppen.
5. Wir bleiben **weltanschaulich vielfältig, demokratisch, ungebunden und offen**. Wir verabreden nur **»Minimalspielregeln«**, die nicht zu komplex werden dürfen und versuchen nicht, uns gegenseitig auf bestimmte Weltbilder zu »vereinheitlichen« **(Pluralismusgebot)**.

Aus einigen Gründen bleibt auch die bisherige **Erwerbsarbeit** noch sehr bedeutsam zum Gelderwerb – wenn auch, je nach den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Einzelnen, zeitlich zurückgedrängt:

a) zur Einkommenssicherung derer, die in der Projektgemeinschaft mitmachen,
b) für die einzelne Rente; vielleicht auch darüber hinaus für einen gemeinsamen Rentenanteil,
c) zum Ausgleich für gemeinsame Unkosten (Laden- und Werkstattmiete, Verbrauchsmaterial).
d) für gemeinsame Anschaffungen (Computer, Auto, Maschinen...).

Wenn wir schon die Erwerbsarbeit und die marktbezogene Seite der Projektarbeit nur langsam und schrittweise zurückdrängen können, so kann sie uns auch dazu dienen, um uns davon allmählich gründlich von ihr abzustoßen: Wir sind fast alle mehr oder weniger verfangen und verstrickt in das Werthandeln und Wertdenken (z.B. werden wir immer wieder vor allen Inhalten gefragt: »Wie finanziert ihr euch?«, oder nach erster Erklärung des Umsonstladens wird von vielen Leuten erst einmal missverstanden: »Aha, ein Tauschladen!«; siehe auch die Intensität unserer eigenen ständigen Debatten um »die Ladenmiete«, wirkliche Zwänge tragen dazu bei, unsere Gedanken ständig um den Wert und die Verwertung kreisen zu lassen.) Um uns überhaupt etwas davon lösen zu können, brauchen wir nicht nur die Gemeinschaftsarbeit, weil sie uns guttut, sondern wir können die Erwerbsarbeit bzw. den Marktbezug auch dazu einsetzen, um diesen uns allen allzu selbstverständlichen Bereich uns noch einmal neu ansehen zu können und genauer zu spüren, was uns selbst davon nicht guttut.

In unserer Gruppe sind zur Zeit ca. zwei Drittel erwerbslos. Vor einem Jahr waren es noch mehr. Trotzdem begreifen wir uns bewusst nicht als Erwerbslosengruppe, sondern helfen uns gegenseitig dabei, wieder Erwerbsarbeit zu bekommen, allerdings möglichst nur so viel davon, dass noch Platz ist für ein angenehmeres Leben und für unsere selbstbestimmtere Gemeinschaftsarbeit! Es ist für uns allerdings auch legitim, wenn Leute, nach bestimmten Erfahrungen, überhaupt nicht mehr in die marktbezogene Erwerbsarbeit hineinwollen. Im Bereich der Gemeinschaftsarbeit sind sie willkommen. Gemeinschaftsarbeit soll für uns jedoch kein »Ventil« sein, um Dampf abzulassen für ein weiteres Funktionieren in der Marktwirtschaft.

Wenn wir beide Arbeitsarten ständig erleben, auch die Schwierigkeiten des Gemeinschaftslebens, können wir einen kritischen Sinn dafür entwickeln, wie wir unsere Arbeit, unsere Tätigkeiten dauerhaft gestalten wollen. Marktbezug und Erwerbsarbeit dürfen nicht mehr allein dazu dienen, unsere Abhängigkeit von den entfremdeten und verselbständigten Kräften des Marktes immer wieder neu zu stärken. Lasst uns eine flexible Taktik des Umgangs mit der Warenwelt entwickeln, mit der es Spaß macht, in Richtung tätiger Mitmenschlichkeit auszuwandern!●

Ein Diskussionspapier im Arbeitskreis Lokale Ökonomie e.V. Hamburg; November 2001
Kontakt: (0 40) 39 90 41 96

Die Bremer Commune

Gemeinsame Aktion von Attac und Bremer Commune anlässlich der WTO-Konferenz am 10.11.2001

Die gesellschaftliche Stimmung ist angesichts der drängenden gesellschaftlichen Probleme von aufgeklärter Ratlosigkeit und dumpfem Unbehagen gekennzeichnet. Es ist Zeit für einen Perspektivenwechsel: Wie sieht eine zukunftsfähige Gesellschaft aus? Die Bremer Commune will mit ihrer Theorie und Praxis dazu beitragen, diese Frage einer Klärung näher zu bringen. Historisches Vorbild ist die Pariser Commune, die von März bis Mai 1871 die Hauptstadt eines Landes für menschliche Selbstbestimmung umgestalten konnte.

Knapp 4 Millionen Arbeitslose werden offiziell zugegeben, 6 Millionen sind es mit denen, die aus der offiziellen Statistik herausgerechnet werden. Die neoliberale Antwort darauf ist, den Sozialstaat massiv abzubauen und gleichzeitig schlecht bezahlte Dienstleistungsarbeit (»bad jobs«, Zeitarbeitsfirmen) zu fördern. Die Elite hat dagegen ein ständig wachsendes Einkommen, als Schmerzensgeld für die irrsinnigen Leistungsanforderungen des globalisierten Weltmarkts – ständig die Gefahr des Absturzes vor Augen. Bleibt also nur, sich durchzuwurschteln in der Hoffnung, dass es so schlimm schon nicht kommen wird?

Nein. Die Automation der Produktion ist so weit fortgeschritten, dass eine solidarische Wirtschaftsweise materiell möglich ist. Die Bremer Commune versucht dies auch gesellschaftlich zu konkretisieren. Über eine Lebens- und Arbeitsberatung helfen wir uns gegenseitig, bei Ausbildung, Studium und Finden von Teilzeit-Reform-Erwerbsarbeitsplätzen. Über einen Umsonst-Laden, Werkstätten und Lebensmittel-Laden sichern wir zudem eine Grundversorgung mit minimalem Aufwand. Dadurch bleibt Zeit, parallel Konzepte für ein **demokratisches Wirtschaften** zu erarbeiten und kooperative Arbeitsformen praktisch zu erproben. Zentral sind dabei zwei Fragen: einerseits die Frage, welche der bestehenden **Technologien** produktiv für eine zukünftige Gesellschaft (um)genutzt werden können und welche destruktiv sind, und andererseits die Frage, wie ein **neuer (minimaler) Rahmen von Vergesellschaftung** aussehen kann, der eine ernsthafte Alternative zum aktuellen Gleitflug in den anglo-amerikanischen Neoliberalismus aufzeigt.

Den Gegenpol zur Technologie bilden **Naturkreisläufe** und Naturerfahrung (konkret gibt es einen Solidargemeinschaftshof sowie ein Naturheilkundeprojekt). Da Menschen neben materiellen auch emotionale und geistige Bedürfnisse haben, versucht die Bremer Commune, eine kooperative **Kultur** und einen emanzipierten Umgang mit **Sinn-und Glaubensfragen** zu entwickeln. Die Bremer Commune kooperiert außerdem mit **Unitopia**, einer selbstorganisierten Uni, die ein **selbstorganisiertes Studium** anbietet, das teilweise gleichzeitig offiziell anerkannt werden kann. Last but not least werden die Erfahrungen mit **Basisdemokratie** ständig ausgewertet und weiterentwickelt.●

Kontakt: Bremer Commune, Bauernstr. 2, Tel. (04 21) 70 66 16, Email: info@bremer-commune.de
www.bremer-commune.de

Gärtnern durch die Krise

Urbane Selbstversorgung als Perspektive von Widerstand ?!

Ein Seminar zu Urban Gardening, Garten-Guerilla & sozialer Aneignung von unten.

Seitdem die Phänomene der Krise, in der sich das globale Wirtschafts- und Sozialsystem befindet, nicht mehr auf die Länder des Südens beschränkt bleiben, haben Konzepte von Selbsthilfe und Mischökonomie auch in unseren Breitengraden Konjunktur. Das »Gärtnern in der Stadt« ist ein weltweit bekanntes Begleitphänomen allgemeiner ökonomischer Unsicherheit, Armut und unzureichender Versorgung mit nahrhaften, gesunden Lebensmitteln.

Dabei vermischen sich in der aktuellen Diskussion klassische Ansätze von moralischer Ökonomie, die das Recht jedes einzelnen auf Selbstversorgung als Basis einer sozial- und umweltverträglichen Wirtschaftsweise fordern, Wünsche nach wertvolleren Lebensmitteln als dem industriellen »Einheitsbrei« sowie neuere Protestformen gegen die Machenschaften der Agro-Industrie, wie sie im Umfeld des Anti-WTO-Widerstands seit Seattle praktiziert werden. Die Städte sollen – und können – nach diesen Theorien mit den eigenen Händen angeeignet (»with our own hands to use, not the hands of others to command«), als lebenswerte Umwelt erfahrbar und von den Menschen, die in ihnen leben, in Besitz genommen werden.

Schon gibt es von anderer Seite Berechnungen, wonach bei verstärktem Anbau von Obst und Gemüse in den Metropolen die angespannte Welternährungssituation nicht unerheblich verbessert werden könnte. Städtisches Gärtnern im Interessen-Gemenge neoliberaler Umstrukturierungsprozesse?

Das Seminar möchte Hintergründe und gemeinsame Anliegen von illegaler Gemüsezucht auf New Yorker Brachen, wildem Reisanbau zwischen Wolkenkratzern in Tokio und organisierter Sprossenzucht auf den Dächern Londons aufzeigen und diesen faszinierenden Facetten produktiv und widerständig gelebter Prekarität auf den Grund gehen. Theoretisch wird hierbei Bezug genommen auf den ökofeministischen Ansatz der Bielefelder Subsistenztheoretikerinnen, den New-Work-Ansatz Frithjof Bergmanns sowie das Konzept des »Guerilla Gardening«. Gleichzeitig werden jeweils mit diesen Ansätzen verbundene praktische Modellprojekte vorgestellt und analysiert. Die Diskussion erfolgt vor dem Hintergrund aktueller Auseinandersetzungen um städtische Brachflächen in Berlin (insbesondere das RAW-Gelände in Berlin-Friedrichshain) und verfolgt die Frage, in welcher Form Urban Gardening vor Ort im Rahmen einer Aneignungsbewegung von unten entwickelt werden kann.

Termin: 19. Dezember 2001, 10-18 Uhr, Helle Panke, Kopenhagener Str. 76, D-10437 Berlin-Prenzlauer Berg
Referentinnen:
Dr. Christa Müller, Anstiftung München e.V., Irmi Hochrein, Janun e.V. Hannover
Teilnahmebeitrag: 10 DM
Veranstalter: Baobab Infoladen Eine Welt e.V.; Ideenaufruf im RAW-Tempel e.V.
Weitere Informationen und Anmeldung:
Baobab Infoladen Eine Welt e.V., Christburger Str. 38, D-10405 Berlin, Tel. (030) 442 61 74
E-Mail: info@baobab-infoladen.de

STADT KÖLN TREIBT ERFOLGREICHE SELBSTHILFEGRUPPE INS AUS

Vom Regen in die Traufe

Für die Stadt Köln macht sich unsere »Sozialistische Selbsthilfe Mülheim« bezahlt. Ex-Fixer, Ex-Alkoholiker, Ex-Obdachlose, Ex-Arbeitslose, Behinderte, kurz Menschen, die ansonsten in unserer Gesellschaft kaum eine Arbeit bekommen, verdienen sich hier durch Wohnungsauflösungen und einen Second Hand-Laden ihren Lebensunterhalt selbst. Sie beziehen keinerlei Sozialhilfe oder Arbeitslosengelder. Bei der SSM sitzen alle im selben Boot und alle rudern mit, so gut sie können.

»Keiner ist überflüssig«, so lautet das Geheimnis unseres Erfolges. Schon seit 1979 besteht die SSM. Inzwischen haben hier 20 Menschen ihr Zuhause und ihr Auskommen gefunden. So erspart unsere Selbsthilfe der Stadt Köln jährlich mindestens 250.000 DM im Sozialbudget. Eine Unterstützung für uns seitens der Stadt Köln hielt sich andererseits in bescheidenem Rahmen. Ihr Beitrag für die SSM bestand darin, daß sie uns nach langer Auseinandersetzung eine alte Fabrik zur Miete überlassen haben, welche eigentlich weggebaggert werden sollte. Instandgesetzt und ausgebaut wurden die Gebäude mit der Muskelkraft der SSMler und ihrer Unterstützer.

In Gebäuden, deren Wert die Stadt Köln auf Null abgeschrieben hatte, wohnen wir von der SSM nun zu einer um 50% herabgesetzten ortsüblichen Miete, während andere förderungswürdige Vereinigungen wie z.B. Sportvereine nur 20% Miete aufbringen müssen. Wie jeder andere zahlen wir dazu noch Müllgebühren, Wasserkosten etc., und auch die Grundsteuer. **Und diese Grundsteuer ist der Stein des Anstoßes.** Als 1987 der künftige Mietvertrag ausgehandelt wurde, stellte die Stadt eine Grundsteuer in Höhe von 1.000 DM in Aussicht. Darauf basierend wurde der Vertrag abgeschlossen. Diese Grundsteuer hat die Stadt Köln aber in den letzten 6 Jahren zweimal **nachträglich** erhöht mit der Begründung, sie habe jeweils eine Neubewertung gemacht. Die erste Erhöhung auf 2.573,46 konnten wir noch bezahlen. Aber dann wurden wir aufgefordert, rückwirkend bis 1994 und zukünftig 8.729,00 DM jährlich zu bezahlen, eine **Gesamtsteigerung um mehr als 800%.** Die Nachforderung macht insgesamt ca. 41.000 DM aus. Nun ist es aber mit der Grundsteuer etwas Besonderes. Sie ist keine »normale Steuer« wie die Tabak- oder Mehrwertsteuer. Sie wird von der Kommune selbst festgelegt und kommt der Stadt direkt zugute. So ist diese Steuererhöhung in Wirklichkeit nichts anderes als eine **indirekte Mieterhöhung.**

Wir wissen nicht, ob es bei dieser Neubewertung bleiben wird. Wir haben auch keine Möglichkeit, dies zu überprüfen, weil die Stadt die Grundsteuer selbst festsetzen darf und von unseren Investitionsguthaben abgezogen.

Zum Ändern eines gültigen Mietvertrages gehören allerdings immer zwei Parteien. Der Rat kann uns diese Änderung nicht juristisch diktieren. **Falls wir den Beschluss aber nicht akzeptieren, droht unser finanzielles Aus.** Dann sollen wir die drastisch erhöhte Grundsteuer in Zukunft und Vergangenheit sofort auf den Tisch legen bzw. in Raten zahlen.

Wir sind sprachlos. Warum sollen wir ins Aus gedrängt werden, wo doch andererseits unsere Eigeninitiative und unser Engagement als positiv und beispielhaft bewertet wird? Im Sommer 2000 wurden wir vom »Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport« im Rahmen des »Robert Jungk Preises NRW« als »Zukunftsprojekt« ausgezeichnet. Auch Dezernent Fruhner (CDU) bestätigt, daß er *»die Arbeit der SSM e.V. aufgrund langjähriger Kooperation grundsätzlich positiv beurteilt.«* (Brief vom 9.5.01). Bürgermeisterin Renate Canisius drückt ihre Wertschätzung am 4.4.01 in ihrer Rede auf der Tagung »Initiaitive ergreifen« aus: *»Schon im Mittelalter war Köln für sein bürgerschaftliches Engagement bekannt. ... Aus der Initiativenbewegung sind ja einige geblieben, die eine wertvolle Arbeit leisten – wie die BISA, der SSK in Ehrenfeld und der SSM in Mülheim – und weit über unsere Stadtgrenzen bekannt sind.«*

Wir wollen uns beruhigen, indem wir die Worte der Haushaltsrede am 7.4.01 vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Prof. Dr. Bietmann nachlesen. »Wir wollen weg von der Bevormundung des Bürgers und hin zu mehr Eigeninitiative, hin ... zu einer Stadt, in der die Menschen ein Klima für persönliches Engagement vorfinden ..., wir wollen weg von einer Stadt, in der Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit angesichts politischer Untätigkeit wachsen.«

Schon schrecken wir wieder auf. Für den Fall, daß wir nicht willig sind, hat Amtsleiterin Frau Kröger uns am 18.10. die fristlose Kündigung angesagt. In welch missliche Lage drängt man uns? Wir können nur noch »frei« wählen zwischen Bankrott oder dem Ende durch Auslaufen des Mietvertrages in zwei Jahren.

CDU-Fraktionschef Bietmann stellt dies allerdings gänzlich anders dar. Er schreibt am 26.4.01 an Frau Prof. Dr. Heide Berndt: *»Ich freue mich Ihnen mitteilen zu können, dass der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung vom 05.04.01 eine Regelung getroffen hat, die es der Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim e.V. ermöglicht, ihre Projekte wie bisher fortzuführen.«* So wird in der Öffentlichkeit der Eindruck verbreitet, unserer Selbsthilfe sei vom Rat unter die Arme gegriffen worden.

Es stimmt, es wurde uns »geholfen«, aber auf ganz andere Weise. Tatsächlich ist diese »Hilfe« für uns noch schlimmer als das Übel, das sie kurieren sollte. Wenn so die Unterstützung der Stadt Köln für Selbsthilfe und bürgerliches Engagement aussieht, dann können die Selbsthilfegruppen nur noch beten, daß sie doch bitte von den rührigen staatlichen Helfern verschont werden mögen.

Vielleicht können ja Sie, liebe Leserin und lieber Leser, herausfinden, warum die verantwortlichen Politiker der Stadt Köln uns so übel wollen, sprich uns in die Kündigung treiben und auf die Straße setzen wollen.●

Helfen Sie uns bitte und fragen Sie nach bei

Herrn Dr. Schramma, Oberbürgermeister, Rathaus, D-50667 Köln, Fax 22126571
ob-buergerbuero@stadt-koeln.de
Herrn Prof. Dr. Bietmann, Fraktionsvorsitzender der CDU, Rathaus, D-50667 Köln, Tel. 0221/221-25970, Fax 221-26574, ratsfraktion@cdu-koeln.de
Frau Moritz, Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, Bürgerstr. 2, D-50667 Köln, Tel. 0221/25918, Fax 221-24555, gruenefraktion@stadt-koeln.de
Herrn Ralph Sterck, Fraktionsvorsitzender der FDP, Gülichplatz 3, D-50667 Köln, Tel. 0221/221-23830, Fax 221-23833, fdp-fraktion@stadt-koeln.de
Sie können auch bei den Ratsmitgliedern aus ihrem Wahlbezirk nachfragen.

Wir freuen uns, wenn Sie uns von den Antworten in Kenntnis setzen: SSM, Düsseldorfer Str. 74, D-51063 Köln, Tel.: 0221-640 31 52, Fax 640 31 98, e-mail: h-weinhausen@foni.net Unser Infoblatt mit Auszügen aus dem Briefwechsel mit der Stadt Köln senden wir gerne zu. Oder siehe www.thur.de/philo/ina/ina.htm

SSM 2001: Hahn Abdullah – Kampfeslustig — Foto: Dorothea Weigel

G8 WANDERAUSSTELLUNG

Die »globalaction-initiative« aus Bremen-Vegesack, hat in Zusammenarbeit mit der »Internationalen Friedensschule Bremen« und dem »Bürgerhaus Vegesack« eine Wanderausstellung zu den Ereignissen rund um den G8-Gipfel in Genua zusammengestellt.

Gezeigt werden mehr als 200 Farbbilder auf A4, AugenzeugInnenberichte, Informationen von verschiedenen Organisationen, die teilweise dem »Genua Sozial Forum« angehören, Zeitungsberichte und Texte von Bundestagsangehörigen.

Die Ausstellung geht vor allen auf die Berichterstattung in staatlichen und privaten Medien ein, die von »globalaction« als größtenteils irreführend und auf Gerüchten basierend bezeichnet wird.

»globalaction« ist eine Initiative, die sich zusammengefunden hat, um die Geschehnisse in Genua zu dokumentieren und einer breiten Öffentlichkeit zu ermöglichen, sich ein »anderes Bild« von den Protesten in Genua zu machen.

Kontakt für Interessierte per E-Mail an:
globalaction@vege.net●

NEUER ARCHIVVERBUND

Die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung mit der 3.Welt Bewegung hat eine lange und wechselvolle Geschichte, ebenso die verschiedenen Versuche, ihre Themen und Aktionen zu dokumentieren. Die darüber gewonnenen Kompetenzen im internationalistischen und entwicklungspolitischen Bereich haben die politische Kultur der Öffentlichkeit mitgeprägt. Daraus sind bis heute in verschiedenen Städten Dokumentationszentren entstanden, deren Materialien für eine solidaritätsbezogene und entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit unverzichtbar sind.

Im Herbst 1998 haben sich elf dieser Archive zu einem Verbund zusammengeschlossen, um ihre Arbeit effizienter zu gestalten und besser zu koordinieren:

Archiv^3 – Kooperation Dritte Welt Archive:
Aktionszentrum Dritte Welt, Osnabrück · Archiv für Umwelt und Entwicklung, Göttingen · BUKO-Archiv, Hamburg · Dritte Welt Forum, Hannover · Dritte Welt Laden, Erlangen · FDCL, Berlin · Infobüro Nicaragua, Wuppertal · Iz3w, Freiburg · Kemnik-Archiv, Konstanz · Vamos, Münster · VNB, Barnstorf

Über die Kooperation ist es gelungen, dass alle Archive ihre Bestände in einer Datenbank zusammengeführt haben und erstmals nach inhaltlich und formal einheitlichen Kriterien erfassen und archivieren. Damit wird den NutzerInnen ein besserer Zugang zu den vorhandenen Informationen ermöglicht.

In den Archiven werden regelmäßig Artikel aus internationalen Zeitschriften, Publikationen verschiedener sozialer Bewegungen, Bücher, Unterrichtsmaterialien, Graue Literatur und audiovisuelle Medien erfasst. Sie enthalten wertvolle Informationen über die soziopolitischen und ökonomischen Realitäten in der sogenannten Dritten Welt und hierzulande. Diese Informationen sind an anderen Orten, Dokumentationszentren und Bibliotheken kaum zu finden.

Die überwiegend auf ehrenamtlicher Basis arbeitenden Archive haben mehr als 100.000 Datensätze in den Verbund eingebracht. Regelmäßig verschlagworten die Archive 240 Zeitschriften aus dem entwicklungspolitischen und internationalistischen Spektrum.●

dp

Gigi – Zeitschrift für sexuelle Emanzipation

»Gigi« – nach dem Lesen einiger Ausgaben dieser Zeitung von Begeisterungsstürmen überwältigt, greift die Schreiberin nun zum Computer, um den ihrer Meinung nach herausragendsten Ereignis im Blätterwald neue AbonnentInnen zu werben. Wer oder was ist »Gigi«?

»Gigi« wurde als »Zeitschrift für Sexualpolitik und -kultur« Anfang 1999 von zwei »alten Schwulenaktivisten« (so die Selbstdarstellung) sowie drei schwulen Studenten gegründet und erschien erstmals im April jenen Jahres. Zwei Namen seien hier erwähnt: Jürgen Nehm, ehemals Vorstand im Bundesverband Homosexualität/BVH und Eike Stedefeld, Journalist und Buchautor. »Gigi« entstand in der emanzipatorischen Schwulenszene (»oder dem, was davon übrig geblieben war«, so die Gründer), verstand sich aber nie als schwules Medium. Vielmehr ging es um einen weiter gespannten emanzipatorischen Kontext. Dies spiegelt sich in der Kritik an der schwulen Bürgerrechtsbewegung und ihrer konservativen Identitätspolitik, die im Zentrum vieler Auseinandersetzungen steht, wider: »Es ist halt ein emanzipatorischer Prozess, sich von deren politischen Enge zu befreien – auch als Redaktion.«

Im Mittelpunkt bei »Gigi« stehen Themen wie Trans- und Intersexualität, Rechtsruck der Lesben- und Schwulenbewegung, Lebensformen- und Identitätspolitik, Prostitution und sexuelle Gewalt. Anliegen der AutorInnen ist es, diese Themen in einen gesamtgesellschaftlichen Rahmen zu stellen. Ob es sich dabei um Rassismus, patriarchale Geschlechterrollen oder den übergeordneten Zusammenhang einer »Vergesellschaftlichung durch den Wert« handelt, auf alle Fälle gilt: »Eine Vernachlässigung dieses Rahmens führt in die identitätspolitische Verdummung und auf das Niveau von schwullesbischen Heimatblättchen.« Titel der alten Ausgaben – Antisemitismus, Identität, Bevölkerungspolitik, Homo-Ehe, Intersexualität, Geschlecht und Gewalt, um ein paar zu nennen – belegen dieses breite Themenspektrum und machen die politische Perspektive deutlich.

Kurz vorstellen möchte ich Heft 9 »Geschlecht und Gewalt – Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung«: Unter dem Titel »Genosse Vergewaltiger – Feministinnen im Visier der Linken« beschäftigt sich Georg Klauda mit dem allgemein gesellschaftlichen Rollback gegen den Feminismus und mit dem Umgang eines nicht unerheblichen Teils der autonomen Szene mit sexualisierter Gewalt. »Die von der autonomen Linken beim Thema Vergewaltigung gegen den radikalen Feminismus in Anschlag gebrachten Argumente geben sich liberal und minoritär. Dass sie gerade das Gegenteil sind, erweist ein Blick auf Meinung von »gesundem Volksempfinden«, Kriminologie und Publizistik.« Der Autor kritisiert Camille Paglia, eine prominente Antifeministin aus den USA, bezieht sich auf einen Artikel in der Zeitschrift »Bahamas« von Krug und Wertmüller und analysiert kriminologische Untersuchungen. Er benennt sehr klar, dass z.B. Krug und Wertmüller herrschende antifeministische Klischees über Vergewaltigung in ihrem Artikel reproduzieren (offenbar zur Entlastung der Täter) und kritisiert den Täterschutz. Einige Aussagen, die er dagegen setzt: »Es ist die bei Vergewaltigung ausbleibende Hilfeleistung des persönlichen Umfeldes, aber auch des Strafrechts, die für ein Opfer vermutlich am vernichtendsten ist. Der Täterschutz (...) ist um so widerwärtiger, wenn er zur Reaktionsweise einer ganzen Szene gerinnt, die sich mit ihm (...) aufgrund von bloßem Gruppenkonformismus aktiv identifiziert.« Weitere Aussagen beziehen sich auf die Definitionsmacht der Frau und er kritisiert die sich in diesem Zusammenhang meist sofort entwickelnde Glaubwürdigkeitsdiskussion. Kriminologische Analysen und die Darstellung des Zusammenhangs der Festigung patriarchaler Herrschaft durch sexualisierte Gewalt / Ehe / Geschlechterhierarchie und Zwangsheterosexualität schließen sich an.

Die Artikel bestechen durch gute Recherchearbeit, enorm viel Hintergrundinformation und sind in einer Sprache verpackt, die gut lesbar und verständlich ist. Auch beißende Ironie fehlt in den Artikeln selten.

Für den Nachhilfeunterricht zu Themen wie Feminismus, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus usw. für alle GenossInnen wärmstens zu empfehlen.●

Trude

Adresse: Redaktion »Gigi«, Postfach 08 02 08, D-10002 Berlin 6 Ausgaben kosten 30 DM

Aus: raumzeit, Nr. 7/2001

BIOFACH 2002:

Spanien ist das Land des Jahres

Über die Hälfte der 110 spanischen Aussteller auf der BioFach 2001 meldeten den totalen Ausverkauf ihrer Produkte. Das macht Lust auf mehr – bei Anbietern wie Käufern von Naturkost und Naturwaren von der Iberischen Halbinsel. Auf der BioFach 2002 – 14. bis 17. Februar im Messezentrum Nürnberg – steht Spanien als Land des Jahres im Fokus.

Redaktion Heidelberg ● Mit Kräutern delikat eingelegte Oliven oder goldgelbes, natives Olivenöl aus der Extremadura, sonnengereiftes Obst aus Asturien, Kantabrien oder von den Balearen, knackiges Gemüse aus Andalusien, Heilkräuter oder Bananen von den Kanarischen Inseln, köstlicher Bienenhonig aus Galizien oder Marmeladen aus Andalusien, edle Weine aus Valencia, alles garantiert ökologisch erzeugt – wem läuft da nicht das Wasser im Mund zusammen? Getreide aus dem Baskenland, Fleisch aus Katalonien und Milchprodukte aus der La Mancha ergänzen das breite Spektrum von Naturkost »hechos en Espana« (made in Spain).

Aussteller und Fachbesucher der BioFach dürfen auf die vielfältigen Messeaktivitäten des Fokuslandes 2002 mehr als gespannt sein. Mit der rasanten Entwicklung des biologischen Landbaus in Spanien hält die Messebeteiligung in Nürnberg durchaus Schritt: Zur BioFach 2002 verdreifacht Spanien seine Ausstellungsfläche. Und wie es spanischem Temperament entspricht, ist rund um die Ausstellung und auf der Plaza in Halle 9 jede Menge los.

Am ersten Messetag klingt hier die feierliche Eröffnung der BioFach, zu der auch der Landwirtschaftsminister Spaniens eingeladen ist, mit einem Empfang aus. Ansonsten beginnt der Messetag mit einem spanischen Frühstück. So gestärkt kann der Rundgang durch die erstmals sieben (plus zwei) BioFach-Hallen beginnen. Rund 2.000 Aussteller werden erwartet – das kostet Zeit und Kraft. Also am besten gleich eine Mittagspause auf der Plaza einplanen. Jeden Tag verwöhnt eine andere spanische Region die Messegäste mit typischen kulinarischen und kulturellen Spezialitäten. Am Nachmittag dann vielleicht den einen oder anderen Vortrag im Rahmen des BioFach-Kongresses besuchen – auch hier ist Spanien als Land des Jahres mit eigenen Kongressthemen präsent. Und wem am Abend das Eine oder Andere spanisch vorkommt, der hat – zumindest am Samstagabend – vollkommen recht. Die Get-Together-Party steht – wie sollte es anders sein – ganz im Zeichen des Fokuslandes Spanien.

Ökologischer Landbau gewinnt an Boden

Was haben Stierkampf (*Kotz, Anm. der Setzerin*) und ökologischer Landbau gemeinsam? In der Extremadura eine ganze Menge. Der karge, heiße Landstrich im Südwesten der Iberischen Halbinsel ist die Heimat der wilden Stiere, die zum Nationalstolz der Spanier beitragen. Zum anderen liegt etwa jeder zweite in Spanien bewirtschaftete Bio-Hektar in der Extremadura. Mit 44.000 Hektar Olivenkulturen ist die Extremadura die Region, die am meisten zum Hauptexportgut Olivenöl beiträgt. Die extensive Weidewirtschaft der »Dehesas« (Weiden), auf denen Rinder gehalten werden, macht in der Bio-Statistik Spaniens mit rund 100.000 Hektar ein Viertel aller ökologisch bewirtschafteten Flächen aus.

Auch in anderen Teilen Spaniens hat sich der ökologische Landbau in den letzten Jahren ausgesprochen gut entwickelt. Die günstigen klimatischen Bedingungen und die bei einer Vielzahl von Anbaukulturen bevorzugten extensiven Methoden sind ideale Voraussetzungen für den ökologischen Landbau. Spanien, Anfang der 90er Jahre eines der europäischen Schlusslichter in Sachen Bio, ist nun ins Mittelfeld aufgerückt. 1991 wurden gerade einmal 4.200 Hektar nach den Richtlinien des staatlichen CRAE Bio-Logos bewirtschaftet. Keine zehn Jahre später, im Jahr 2000, ist es bereits die hundertfache Fläche: 381.000 Hektar. Das entspricht 1,5% der landwirtschaftlichen Fläche.

Damit liegt Spanien zum Beispiel vor den Niederlanden (1,4%) oder Frankreich (1,3%), aber hinter Deutschland (3,2%) oder Großbritannien (2,6%).

13.394 landwirtschaftliche Betriebe auf der Iberischen Halbinsel haben inzwischen umgestellt bzw. mit der Umstellung auf biologischen Landbau begonnen. Dabei gelten 39% der Betriebe als anerkannte Öko-Bauern, 41% sind in der mehrere Jahre dauernden Umstellungsphase und 20% im sogenannten Nulljahr, das direkt auf den konventionellen Landbau folgt.

Spanische Bio-Klassiker sind Olivenöl, Mandeln und Wein – der 2000er Vinia Peraza vom Weingut Cumbes de Abona auf Teneriffa erhielt beispielsweise einen der begehrten internationalen Weinpreise der BioFach 2001. Daneben bereichern im ausgehenden Winter vor allem Frühgemüse wie Auberginen, Zucchini, Kirsch-Tomaten, Artischocken und Früchte wie Avocados, Orangen, Mandarinen und Zitronen aus Spanien das Vitamin-Angebot.●

SCHARFE KRITIK AN POLIZEISTRATEGIE

Resümee nach dem Castor

Nachdem der Castor-Transport auch aufgrund der gewaltfreien Sitzblockade »WiderSetzen« mit erheblicher Verspätung im Zwischenlager Gorleben eingetroffen ist, haben Atomkraftgegner eine positive Bilanz ihrer Proteste gezogen und dabei massive Kritik an Behörden und Polizei geübt.

Dannenberg, 14.11.01 ● »Von einem reibungslosen Transport kann keine Rede sein. Es gab viele Menschen, die bereit waren zum gewaltfreien Protest gegen den Castor,« so Jochen Stay, Pressesprecher der Kampagne X-tausendmal quer, die an der Aktion beteiligt war. Allerdings seien im Vorfeld massiv Grundrechte eingeschränkt und Atomkraftgegner kriminalisiert worden. »Die Polizei hat mit unzulässigen Mitteln verhindert, dass die Menschen ihren Protest artikulieren konnten,« erläuterte Swaantje Fock von Xtausendmal quer. Deshalb zeige der wahrnehmbare Protest nicht, wie groß die wirkliche Bereitschaft zu Widerstand sei.

Seit dem 11.11. ist es *WiderSetzen* immer wieder gelungen, in die Demonstrationsverbotszone vorzudringen und mehrfach mit zeitweise mehr als 1.000 Leuten an verschiedenen Stellen, östlich und westlich von Splietau und in Laase, die Transportstrecke zu blockieren. 500 Menschen war es am Dienstag Nachmittag gelungen, die Transportstrekke bei Laase für mehr als 12 Stunden zu blockieren und damit den Castor an der Weiterfahrt zu hindern.

»Wir waren entschlossen und gewaltfrei, auch wenn es kälter war, als die Polizei erlaubt!« so Jochen Stay. Diese Aktion habe gezeigt, dass auch eine massive Polizeipräsenz nicht verhindern kann, dass sich entschlossene Menschen gewaltfrei dem Castor entgegensetzen. »Alle Gewaltprognosen waren falsch, einzig gewalttätig war die Polizei,« betonte Stay. Der Polizei warfen die Atomkraftgegner Unverhältnismäßigkeit und teilweise brutales Vorgehen vor. »Auf gewaltfreie DemonstrantInnen wurden beißende Hunde losgelassen; eine Pferdestaffel ritt ohne Ankündigung in eine gewaltfreie Sitzblockade; in den Wäldern rings um Laase waren Greiftrupps im Einsatz, die mit Kriegsgeschrei hinter Menschen herjagten und sie brutal misshandelten.« Es hat viele Verletzte durch Schlagstockeinsätze und Hundebisse gegeben und eine nie zuvor erreichte Zahl von Ingewahrsamnahmen. Die Atomkraftgegner kündigten ein juristisches Nachspiel an.

»Das politische Signal des Protests ist angekommen – die Menschen hier im Wendland werden nicht aufhören Widerstand zu leisten, bis die Politik endlich die einzig mögliche Konsequenz zieht: die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen!« so Fock. Das gerade bekannt gewordene Ausmaß der Schlampereien in mehreren deutschen AKWs sind nur ein weiterer Beleg dafür, dass diese Forderung aktueller ist als je zuvor. Der sogenannte Atomkonsens »sei kein gesellschaftlicher Konsens«. 15.000 PolizistInnen waren notwendig, um diesen Transport durchzusetzen. »Über mehrere Wochen wurde wieder einmal über eine ganze Region der Ausnahmezustand verhängt, es wurden Grundrechte massiv eingeschränkt und Protest kriminalisiert,« erklärte Fock. »Die vergangenen Tage haben gezeigt, dass der Widerstand gegen den Castor lebt und gerade hier im Wendland so entschlossen und lebendig ist wie nie zu vor. Von einem reibungslosen Transport kann keine Rede sein!« so Fock weiter.

Für den nächsten Castor-Transport kündigte Stay eine starke Mobilisierung an. »Wir werden nicht aufgeben, sondern uns erneut querstellen, wenn wieder ein Castor rollt.« Die Auseinandersetzung um die Atomenergie und die Atommülllager in Gorleben sind längst nicht ausgestanden! »Und wie immer im Wendland heißt es jetzt: nach dem Castor ist vor dem Castor!«●

Anzeige

VERÖFFENTLICHUNG

Stiftungspotenzial für Projekte nutzen

Wer hat nicht schon gute Ideen für Projekte im Umweltschutz und der lokalen Agenda 21 gehabt? Aber woher das Geld nehmen, um sie umzusetzen? Der Informationsleitfaden »Projektförderung durch Stiftungen – Umweltschutz und Agenda 21« vom Wissenschaftsladen Bonn kommt hier zur Hilfe. Die 150 Seiten starke Veröffentlichung gibt einen einführenden Überblick über das Stiftungswesen im Umwelt- und Agenda 21-Bereich, stellt über 250 Stiftungen samt ihrer Arbeitsweise und Fördertätigkeit vor und gibt zahlreiche Tipps zur Antragstellung.

Kerstin Löwenstein, Red. Genossenschaften ● Eine Neuerscheinung im Verlag des Bonner Wissenschaftsladens bietet Unterstützung für Initiativen im Bereich Umweltschutz und Lokale Agenda 21. Der Stiftungsleitfaden richtet sich sowohl an engagierte Einsteiger, die sich einen Einblick in die Stiftungslandschaft verschaffen wollen als auch an alle, die Projektideen im Umweltschutz und in der lokalen Agenda haben und umsetzen möchten aber noch eine Finanzierungsquelle suchen. Der einleitende Teil erläutert kurz, was Stiftungen sind – Rechtsform, Merkmale, Arbeitsweisen – und erklärt die Rolle und den Wert von Stiftungen für unsere heutige Gesellschaft.

Konkrete Beispiele

Im Weiteren zeigen 15 Merksätze zur Stiftungsförderung die Unterschiede, Gemeinsamkeiten und Synergieeffekte von Fundraising, Stiftungsförderung und Sponsoring auf. Der Hauptteil von Anke Valentin und Theo Bühler stellt – als wichtigstes Anliegen des Leitfaden – mehr als 250 Förderstiftungen im Umweltschutz und in der lokalen Agenda 21 vor: Angefangen von bundesweit tätigen über landesweit und regional orientierten Stiftungen, Sparkassen- und Volksbankenstiftungen bis hin zu Bürger- und Stadtstiftungen. In Form von Kurzportraits zu Stiftungszweck, aktuellen Förderschwerpunkten, Art der Aktivitäten, Fördervolumen und Antragsmodalitäten wird den LesernInnen ein klar gegliedertes und informatives Nachschlagewerk an die Hand gegeben. Einzelne Inhaltsverzeichnisse in den Unterkapiteln geben eine gute Übersicht und ermöglichen auch die Suche nach schon bekannten Stiftungen.

Zwei Interviews mit der Bürgerstiftung Zukunftsfähiges München und der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung bieten eine praxisorientierte Ergänzung. Ebenso entsteht durch die von Stefanie Jarenz durchgeführte Befragung von ausgewählten Stiftungen im Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz ein realistischer Überblick, was Stiftungen mit Bezug zur Umwelt leisten. Im letzten Teil des Leitfadens werden Anregungen und Leitlinien für die Entwicklung von Projekten und Anträgen gegeben sowie Wege einer erfolgreichen Förderanbahnung aufgezeigt. Abschließend lädt ein Verzeichnis mit weiterführender Literatur, Kontaktadressen sowie Internet- und Datenbankquellen zur weiteren Reise durch die Stiftungslandschaft ein.

Aus dem Inhalt:

- Struktur und Arbeitsweisen von Stiftungen
- 15 Merksätze zur Stiftungsförderung jenseits von Fundraising und Sponsoring
- Förderkriterien von Stiftungen
- Stiftungsportraits von über 250 Förderstiftungen auf lokaler, regionaler und bundesweiter Ebene
- Interviews mit der Bürgerstiftung Zukunftsfähiges München und der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung
- Orientierungshilfen zur Projektentwicklung
- Anregungen zur Förderanbahnung bei Stiftungen
- Tipps zur Antragsgestaltung
- kommentierte Literaturhinweise.

Theo Bühler, mit Beiträgen von Anke Valentin, Stefanie Janenz: Projektförderung durch Stiftungen – Umweltschutz und lokale Agenda 21. 152 S. DIN A4, ISBN 3-935907-00-1, Preis: 14,- DM (zzgl. Porto/Versand).

Ergänzende Werkstatt

Der Informationsleitfaden über Stiftungen ist Teil des Projektes »Stiftungen für Umweltschutz und lokale Agenda«, das der Wissenschaftsladen Bonn e.V. seit Herbst letzten Jahres mit Mitteln des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes durchführt. Ein weiterer Baustein dieses Projektes stellt die Unterstützung von Stiftungsgründungsinitiativen, um das Potenzial von Stiftungen als »Projektagenturen der Zukunftsfähigkeit« zu verdeutlichen. Dazu werden Werkstätten veranstaltet, Expertengespräche vermittelt und ein Netzwerk zum Erfahrungsaustausch aufgebaut.●

GENOSSENSCHAFTSPREIS 2001

Ohne persönlichen Einsatz läuft nichts

– durch genossenschaftliches Engagement lässt sich viel bewegen

Im internationalen Jahr des Ehrenamtes 2001 hat der »Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V.« einen Wettbewerb ins Leben gerufen, der ehrenamtliches Engagement in Genossenschaften auszeichnet. Bis zum Einsendeschluss Mitte September gingen 33 Bewerbungen ein. Nach eingehender Diskussion kamen schließlich neun Beiträge in die engere Wahl für die Vergabe der Preise mit den Schwerpunkten Wohnungsgenossenschaften, Verbrauchergenossenschaften und Genossenschaften mit eher gewerblichem Charakter. Wegen der Unterschiedlichkeit der eingesandten Beiträge wird die Vergabe der Preise dieser Vielfalt gerecht. Für jeden der drei Bereiche gibt es einen Preis.

Arno Mersmann, Red. Genossenschaften ● Die Bandbreite der eingesandten Wettbewerbsbeiträge ist überraschend vielfältig und reicht vom selbstorganisierten Bildungsprogramm für Mitglieder, über Dorfgemeinschaften, die zur Sicherung der Nahversorgung eine Konsumgenossenschaft gegründet hatten, bis zur Unterstützung von Entwicklungshilfe-Projekten. Wichtigstes Kriterium bei der Beurteilung der Beiträge stellt dieses Jahr das ehrenamtliche Engagement dar. Weiter soll aus den Bewerbungsunterlagen deutlich werden, dass die vorgestellten Einrichtungen eine Zukunftsperspektive haben und ihre Erfahrungen auch für andere Genossenschaften oder Mitgliedergruppen nützlich sein können. Kleine Initiativen mit außergewöhnlichen Ideen sind ebenso willkommen, wie Beiträge etablierter Unternehmen.

Große Bandbreite

Die Jury entschied am 5. Oktober über die Vergabe der drei ausgeschriebenen Preise in Höhe von 3.000, 2.000 bzw. 1.000 DM. Neben zwei Vorstandsmitgliedern des Vereins, Jan Kuhnert und Wolfram Püschel, zählten zur Jury Prof. Marlo Riege von der Fachhochschule Niederrhein, Angelika Simbriger vom Klaus Novy Institut aus Köln sowie Ulrike Werthmanns-Reppekus vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband Nordrhein-Westfalen. Nach eingehender Diskussion kamen schließlich neun Beiträge in die engere Wahl für die Vergabe der Preise.

Drei dieser Beiträge stammen von Wohnungsgenossenschaften aus Freiburg, Oberhausen und Dessau. Drei weitere Beiträge sind von Verbrauchergenossenschaften aus Lübeck, Bechtoldsweiler und Sigmarswangen. Die drei anderen Beiträge kommen von Genossenschaften mit eher gewerblichem Charakter. Sie sind in Konstanz, Fulda und Berlin ansässig. Wegen der Unterschiedlichkeit der eingesandten Beiträge wird die Vergabe der Preise dieser Vielfalt gerecht. Ein Projekt aus jedem der drei Bereiche erhält einen Preis. Da alle neun Beiträge als preiswürdig angesehen werden, führte die Jury eine zusätzliche Bewertungs-Kategorie ein: Fünf Projekte erhalten eine »lobende Erwähnung«.

Erzeuger-Verbraucher-Kooperation

Seit 1999 ist die ehemalige Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft »Landwege« eine eingetragene Genossenschaft. Ihre Ursprünge gehen zurück auf das Jahr 1986, in dem der Kernkraftwerk-Unfall in Tschernobyl in der Ukraine geschah. Aus den damals entstandenen Bürgerinitiativen heraus wurde die Idee geboren, landwirtschaftliche Betriebe zu finden, die bereit sind, ihre Produktion auf ökologische Erzeugnisse umzustellen. Diese Überzeugungsarbeit ging Hand in Hand mit der Organisierung der Verbraucher, die bereit waren, die Absatzseite für die Betriebe sicherzustellen.

»Landwege eG« ist heute der größte Anbieter von Naturkost in der Region mit zahlreichen Zukunftsideen. Noch im November diesen Jahres wird ein eigener Supermarkt eröffnet. Der ursprüngliche Grundgedanke, durch die Kooperation von Erzeugern und Verbrauchern die Versorgung mit gesunden Lebensmitteln zu sichern, trägt sich bis heute und ist für viele Mitglieder Grund für ihr vielfältiges ehrenamtliches Engagement.

Nachbarschaftliches Verhalten

Zwei zweite Preise gingen an die Bewohnerinitiative »Idinger Hof« in Freiburg und die Siedlungsinitiative »Weierheide« in Oberhausen. Der zweite Preis wurde geteilt, da beide ausgezeichneten Projekte in ihrer Weise als preiswürdig angesehen werden. Die Bewohnerinitiative »Idinger Hof« in einer Siedlung des Bauvereins Breisgau eG in Freiburg stürzte weit verbreitete Denkmuster. In einem benachbarten Übergangswohnheim wurden Aussiedlerfamilien untergebracht. Die schlechten Wohnbedingungen führten zu vielfältigen Belästigungen und Belastungen für die Bewohner der Genossenschaft. Anstatt die ungebetenen neuen Nachbarn nun schlecht zu machen, setzte man sich dafür ein, ihre Wohnbedingungen zu verbessern. Heute sind alle Beteiligten gute Nachbarn. Bemerkenswert ist zudem: Dieses Engagement für andere förderte auch das Zusammenleben der Genossenschaftsmitglieder untereinander.

Die Siedlungsinitiative in der ehemaligen Werkssiedlung »Weierheide« in Oberhausen kämpft seit 1996 um den Erhalt ihrer Wohnungen als Mietwohnungen. Sie hat sich zu diesem Zweck nun als »Genossenschaft in Gründung« etabliert. Trotz teilweise entmutigender Umstände – seit 1996 wurde die Siedlung dreimal an neue Besitzer weiter verkauft, jedes Mal mit dem Ziel, die Wohnungen als Einzeleigentum mit entsprechendem Gewinn zu veräußern – hält die Gemeinschaft an ihrem Ziel der Selbstbestimmung fest. Sie wird mittlerweile auch vom Land NRW darin unterstützt.

Gewerbe trägt Kultur

Der dritte Preis geht an die Neuwerk eG in Konstanz: Ein ehemaliger Industriekomplex stand seit Ende der 70er Jahre leer. Er wurde Übergangsweise vom Besitzer, dem Bundesvermögensamt, an unterschiedliche Nutzer vermietet. Als es 1997 zur Kündigung von Mietverträgen kam, um den Abriss der Gebäude vorzubereiten, gründeten die Mieter einen Verein. Dieser erarbeitete ein Konzept für den Erhalt der Anlage und gründete für die erhoffte Übernahme 2000 eine Genossenschaft. Mit Unterstützung der Stadtverwaltung, die einen Verkauf an die Genossenschaft befürwortete, steht man heute kurz vor der Selbstverwaltung der ehemaligen Fabrik. Die bisherige Mischung aus Gewerbe und Kultureinrichtungen soll erhalten bleiben. Unter dem Motto »Gewerbe trägt Kultur« werden Kulturprojekten Räume zu günstigeren Mieten angeboten.

Als ebenso erwähnenswert wie die Preisträger werden von der Jury die folgenden Projekte angesehen:

- Eine Initiative aus allen Bevölkerungskreisen gründete nach Schließung des letzten Lebensmittelladens im Ort den »Laden Bechtoldsweiler Verbrauchergenossenschaft eG« und erreichte damit die Sicherstellung der Nahversorgung.
- Eine ähnliche Entwicklungsgeschichte liegt dem Projekt »Unser Laden eG« in Sigmarswangen zugrunde.
- Im Stadtteil Wedding in Berlin, der über eine relativ hohe Arbeitslosenquote verfügt, gründeten Bewohner, Arbeitslose und Organisationen aus dem Stadtteil eine Genossenschaft, die wohnortnahe Dienstleistungen anbietet. Mittlerweile bestehen fünf Arbeitsplätze.
- Um einerseits historische Bausubstanz zu erhalten und andererseits Wohn- und Arbeitsraum zu bekommen, gründete zunächst eine kleine Gruppe die Genossenschaft DAKSBAU eG in Dessau. Sie kaufte einen denkmalgeschützten alten Gewerbebau und baut ihn um. Das Genossenschaftsmodell ermöglicht die Aufnahme weiterer Mitglieder zur Absicherung der Finanzierung des Projektes.
- Mitgliederfirmen der osthessischen »Deutschen Gesellschaft für Handwerk und Kooperation eG« geben 1% der Bausumme eines speziell entwickelten »Agenda-21-Hauses« an der Verein »Häuser für Menschen e.V.«, der davon Entwicklungshilfe-Projekte finanziert.

Der Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens wird demnächst alle eingesandten Wettbewerbsbeiträge dokumentieren und den Preis in Zukunft erneut ausschreiben. Information zur Vereinsarbeit, Anfragen zur Dokumentation und die Aufnahme als Mitglied in dem Verein sind zu richten an:

Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Wernerstraße 24, 42653 Solingen,
E-Mail: pro-geno@t-online.de
www.genossenschaftsgedanke.de●

Anzeige

Kinder im Flüchtlingslager in Smara, Algerien. Kadir von Lohuizen.

Unsere solidarische Unterstützung und Projekthilfe gilt Menschen, die sich zusammentun und ihre wirtschaftliche und soziale Situation in die eigene Hand nehmen.
In Afrika, im Nahen Osten und Lateinamerika.

Was tun wir da?
Wo und wie?

Infos bei
m)
medico international
Obermainanlage 7
D-60314 Frankfurt/Main
Tel: 069 94438-0
Fax: 069 436002
eMail: info@medico.de
www.medico.de

Spendenkonto
1800 Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01

WOHNUNGSBAUGENOSSENSCHAFTEN

Mitmachen: zweiter Klaus-Novy-Preis zum Thema »Vom Nebeneinander zum Miteinander«

Ende 1997, zu ihrem hundertjährigen Bestehen, vergab der Solinger Spar- und Bauverein eG erstmals den Klaus-Novy-Preis. Ziel war es, dem genossenschaftlichen Bauen und Wohnen neue Impulse zu geben. Genossenschaftliche Projekte mit innovativem Charakter sollten ausgezeichnet und der Öffentlichkeit präsentiert werden. Der Preis ist Klaus Novy gewidmet, der zuletzt als Professor an der TU Berlin arbeitete. Mit dem ersten Preis sowie einem Preisgeld von 15.000 DM zeichnete die Jury damals die 1993 gegründete »Wogeno« München eG aus, eine Dachgenossenschaft für Hausgemeinschaften, die sich selbst verwalten.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Ein aktuell von der Wohnungsbaugenossenschaft Solinger Spar-und Bauverein eG ausgeschriebener Preis ist erneut Klaus Novy gewidmet. Klaus Novy arbeitete zuletzt als Professor an der TU Berlin. Er war aber auch in Nordrhein-Westfalen und in Wien tätig. Mit wissenschaftlichen Arbeiten, populären Veröffentlichungen, Ausstellungen und Vorträgen setzte er sich vor allem in den 80er Jahren für eine Erneuerung der genossenschaftlichen Wohn- und Lebenskultur ein. Die bestehenden Genossenschaften erinnerte er an ihre Traditionen als demokratisch verfasste und sozial verantwortlich handelnde Wohnungsunternehmen. Für neue Wohnungsgenossenschaften, die vielfach schwierige Gründungsprozesse zu bewältigen hatten, war er Ideengeber, Ratgeber und Unterstützer.

Klaus Novy war für neue Genossenschaften Ideengeber, Ratgeber und Unterstützer

Preisträger 1997

Erstmals wurde der Preis vor fünf Jahren zum hundertjährigen Bestehen des Solinger Spar- und Bauverein eG vergeben. Damals zeichnete die Jury die 1993 gegründete »WOGENO« München eG aus, eine Dachgenossenschaft für Hausgemeinschaften, die sich selbst verwalten. Sie erhielt ein Preisgeld von 15.000 DM. Durch intelligente Finanzierungsmodelle schaffte es die Genossenschaft, sich auf dem schwierigen Münchner Wohnungsmarkt zu behaupten sowie den Mitgliedern relativ preisgünstige und sichere Wohnungen anzubieten.

Zwei zweite Preise im Wert von jeweils 7.500 DM erhielten die »Berliner Bau- und Wohnungsgenossenschaft von 1892 eG« sowie die ebenfalls in Berlin ansässige »Wohnungsgenossenschaft Prinzenallee 58 eG«. Die »1892« hatte zu ihrem hundertjährigen Bestehen drei »Hallenhäuser« gebaut. Jeweils 60 Wohnungen wurden um einen überdachten Innenhof herum gruppiert und sollten das traditionelle gemeinschaftliche Wohnen bei Genossenschaften zeitgemäß erneuern. Die »Prinzenallee eG« baute ein ehemaliges Fabrikgebäude in Wohnraum für 90 Personen sowie Werkstätten und kulturelle Einrichtungen um. Die genossenschaftliche Rechtsform wurde von den Bewohnern und Nutzern als sicherste für einen langfristigen Erhalt des Projektes angesehen.

Unterschiedliche Lebenswelten

Laut Beschluss von Aufsichtsrat und Vorstand des Spar- und Bauvereins wird der Preis alle fünf Jahre erneut ausgeschrieben, jeweils mit einem aktuellen Schwerpunktthema. Für den II. Klaus-Novy-Preis können Interessenten ab sofort die Ausschreibungsunterlagen anfordern. Die aktuelle Ausschreibung im Rahmen des II. Klaus Novy Preises steht unter dem Motto »Vom Nebeneinander zum Miteinander«. Gesucht werden Wohnungsgenossenschaften oder Initiativen in genossenschaftlichen Wohnsiedlungen, die Menschen zusammenbringen, die sonst zwar als Nachbarn nebeneinander wohnen, aber aufgrund ihrer unterschiedlichen Lebensbedingungen eher dazu neigen, sich voneinander abzugrenzen.

Gefragt sind Beispiele wie: Bewohnerinnen und Bewohner einer Genossenschaftssiedlung ergreifen die Initiative, um älteren Mitbewohnerinnen und Mitbewohnern zur Hand zu gehen. Oder: Eine neu gegründete Genossenschaft organisiert das Zusammenwohnen unterschiedlicher sozialer oder ethnischer Gruppen bereits vor dem Bezug der Wohnungen. Eine andere Genossenschaft praktiziert vielleicht Lösungen dafür: Wie wird in einem Bestandsobjekt bereits aufgetretenen sozialen Spannungen begegnet?

Ausschreibungsbedingungen

Die hier kurz skizzierten Beispiele dienen der Veranschaulichung des Themas und als Denkanstöße. Sie schließen keine Beiträge aus, die andere Inhalte haben. Wichtig für eine Beteiligung am Wettbewerb ist lediglich die Verknüpfung von nachbarschaftlichem Zusammenleben und genossenschaftlichen Prinzipien. Vergeben werden Ende 2002 wieder drei Preise in der Gesamthöhe von 15.338 Euro (30.000 DM). In der Jury, die Ende 2002 über die Vergabe der Preisgelder entscheidet, sind neben Vertretern des Solinger Spar- und Bauvereins die Journalistin Beatrix Novy, Dr. Bernd Hunger vom Bundesverband der Wohnungswirtschaft, Peter Schmidt vom letztmaligen Preisträger »WOGENO« München eG sowie Angelika Simbriger vom Klaus Novy Institut aus Köln vertreten.

Den kompletten Ausschreibungstext, aus dem nähere Erläuterungen, die einzureichenden Unterlagen und die Termine hervorgehen, erhalten Sie beim: Spar- und Bauverein Solingen eG, Kölner Straße 47, 42651 Solingen
Telefon: (02 12) 206 62 01, Fax: 20 66 82 01
E-Mail: bimberg@sbv-solingen.de●

Abschied vom Agrarland?

Die Disziplin der Agrargeschichte ist sowohl innerhalb der Geschichte als auch der Agrarwissenschaften völlig marginalisiert. Dies hat sie sich nicht zuletzt selbst zuzuschreiben, da sie sich immer noch lieber mit dem Mittelalter oder Frühen Neuzeit beschäftigt als mit den tiefgreifenden Umwälzungen die Landwirtschaft und ländlicher Raum seit 1918 erfahren haben. Interessante Beiträge sind heute eher aus der Raumplanung, der Europäischen Ethnologie oder der Agrarsoziologie zu erwarten als aus der Agrargeschichte. Mit zwanzigjähriger Verspätung scheint nun seit einiger Zeit eine Modernisierung stattzufinden: Ein bis zweimal pro Jahr erscheint ein Beitrag der die traditionelle Agrargeschichte hin zu einer Sozial- und Kulturgeschichte der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes erweitert. Meist ist in den Sammelbänden der kleine Kreis der »üblichen Verdächtigen« versammelt. So ist es auch in dem hier anzuzeigenden Band, der aus einer Tagung im November 1999 in Göttingen resultiert.

In insgesamt 12 Beiträgen und drei Kommentaren wird die These des Abschieds vom Agrarland, also des tiefgreifenden Bedeutungsverlustes der Landwirtschaft zwischen 1920 und 1980 diskutiert. Räumlicher Fokus sind in den einzelnen Beiträgen vor allem Bayern, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Als entscheidende Zäsur in der Entwicklung des ländlichen Raumes wird allgemein der Zeitraum der 60er Jahre angesetzt, die Modernisierungswirkung des Nationalsozialismus wird dagegen eher als gering angesehen.

Gleich in den ersten beiden Aufsätzen scheinen die grundsätzlichen Differenzen auf. Der Baseler Historiker Josef Mooser plädiert dafür, die Abschieds-These unter der Leitstellung eines Paradigmawechsels der staatlichen Agrarpolitik zu untersuchen. Diese habe sich, so Mooser mit seiner These der »Entagrarisierung«, von einer produzentenorientierten hin zu einer verändert, in der der Konsument im Mittelpunkt steht. Ulrich Kluge hingegen fordert eine Untersuchung unter betriebs- und volkswirtschaftlichen Aspekten und geht von der planmässigen vertikalen Integration von Urproduktion und Agribusiness aus. Er steht damit einerseits ganz nahe an der herkömmlichen Agrarökonomie, rückt aber andererseits die Nahrungsmittelindustrie, die auch heute noch den größten Teil der Agrarsubventionen erhält und vermutlich auch bei der »Agrarwende« der unbeweglichste Akteur ist, ins Blickfeld.

Im ersten Kapitel geht es dann um die Transformation der dörflichen Gesellschaft. Schneider zieht aus einer Untersuchung von 65 ländlichen Gemeinden den Schluss, dass es das »typische« Dorf heutzutage nicht mehr gebe. Helene Albers schildert den Wandel von Frauenarbeit und damit auch des weiblichen Selbstverständnisses zwischen 1920 und 1960. In diesem Zeitraum verwandelte sich auch die Bäuerin in eine Hausfrau. Albers untersucht auch die Rolle, die dabei die Landfrauenverbände spielten.

Das zweite Kapitel thematisiert in zwei Beiträgen die Rolle der Massenmedien, vor allen des Radios, im Dorf (Daniela Münkel) und die Bauernhochschulbewegung in der Weimarer Republik (von Reeken). Im dritten Teil wird. u.a. die kommunale Infrastrukturpolitik der Nachkriegszeit bis zur Verwaltungsreform der beginnenden 70er Jahre und die politische Entwicklung in den ländlichen Lebenswelten, u.a. der Wandel der lokalen Honoratioren- zu Volksparteien analysiert.

Zusammengefasst ist dieser Band ein kleiner Beitrag zur Weiterentwicklung von Agrar- und ländlicher Zeitgeschichte. Wie weit andere Länder da sind, zeigt ein Blick in die britischen *rural studies* einer Jo Little oder eines Paul Cloke (die beide GeographInnen sind). Dass Kluge am Ende seines Schlussbeitrags die Öffnung hin zur Agrarökonomie fordert (was meiner Meinung nach eh nicht weiterführend ist), zeigt nur, wie heterogen das Bündnis der ErneuererInnen ist. Hier spannt sich der Bogen sehr weit. Von WissenschaftlerInnen, die Geschlechter- oder Mediengeschichte betreiben, geht es bis hin zu relativ traditionellen Historikern. Selbst die Betrachtung von Frauen verbleibt additiv. Dass zwischen den Geschlechterrollen immer ein Wechselverhältnis besteht und dass jene konstruiert sind, davon ist im »Frauenbeitrag« wenig, in den anderen Beiträgen nichts zu spüren. In England dagegen wird z.B. neben vielem anderen die Transformation von ländlicher Maskulinität anhand der Werbung für Traktoren in der agrarischen Fachpresse untersucht! Wenn das Agrarland-Buch bildhaft gesprochen trotzdem als Oase anzusehen ist, dann weniger deswegen, weil in ihm Wasser zu finden ist, sondern wegen der Wüste die in der bundesrepublikanischen ländlichen Sozial-, Kultur und Geschlechtergeschichte rundherum herrscht.●

Bernd Hüttner

Daniela Münkel (Hrsg.): Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn, Wallstein Verlag, Göttingen 2000, 318 S., 60 DM

Osama bin Laden u. der internationale Terrorismus

Am 11. September 2001 flogen um 8 Uhr 45 und 9 Uhr 03 New York Ortszeit zwei entführte Passagierflugzeuge in die Türme des Worldtradecenters und töteten dadurch etwa 5.000 Menschen. Von vielen Menschen wird dieser kriminelle Terroranschlag mit dem japanischen Überfall auf den US-Flottenstützpunkt Pearl Harbour in der damaligen US-Kolonie Hawai verglichen. Als das faschistische Japan damals mitten im Frieden ohne vorherige Kriegserklärung Pearl Harbour überfiel, begann damals für die Bevölkerung der USA plötzlich und unerwartet der Krieg. Aber Pearl Harbour hatte natürlich eine auch heute noch kontrovers disktutierte Vorgeschichte...

Michael Pohly und Khalid Duran klären auf über die jahrzehntelange Vorgeschichte des Terroranschlages auf das Worldtradecenter.

Die Vorgeschichte des neuen Krieges beginnt mit dem Kalten Krieg zwischen dem Westen und der Sowjetunion. Lange vor dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und dem offiziellen Beginn des Krieges in Afghanistan begannen die Westmächte USA, Grossbritannien und Frankreich mit einem antikommunistischen Pakt mit den Islamisten. Dieser antikommunistische Pakt bestand zunächst insbesondere aus dem ultrakonservativen Königshaus in Saudiarabien, dem iranischen Schah Reza Pahlevi und Pakistan. Wegen der guten Quellenlage durch Strafprozesse in Tunesien weist er besonders auf die ursprünglich kolonialindische Tablighi Jamaat hin. Die Tablighi zog ihr Netz über den indischen Subkontinent bis nach Nordafrika, wo die meisten Muslimbrüder mit ihr verbunden waren. Aufgrund von Zeugenaussagen kann heute genau rekonstruiert werden, wie die Tablighi dem CIA und dem pakistanischen ISI (Geheimdienst) halfen, nordafrikanische Muslime für den Krieg in Afghanistan zu rekrutieren. Ein jahrelang gut gehütetes Geheimnis. Islamistische Aktivisten aus Ägypten, Algerien und den Golfstaaten blieben in Afghanistan und Pakistan, wo sie spezielle Trainingsprogramme für terroristische Maßnahmen absolvierten, die zumeist durch private saudiarabische und andere arabische Stiftungen finanziert wurden.

Unter Präsident Reagan wurden die »Heiligen Krieger« auch direkt in den USA ausgebildet und zwar bei Fort A. P. Hill, Camp Pickett, Virginia Green Berets und US Navy SEALS. Die USA und Europa, die heute den Bündnisfall erklären, stehen vor dem Dilemma, dass sie jetzt das mit Stumpf und Stiel ausmerzen wollen, was sie gestern noch unterstützt haben. Welchen Krieg wollen sie gegen die Dunkelmänner des Terrorismus führen? Es ist kein Kulturkampf...

Die Autoren beschreiben auch wie den Afghanen mit den Taliban bzw. gar den landesfremden arabischen islamistischen Fremdenlegionären ein verhasstes Terrorregime von außen z.B. von USA und Pakistan aufgezwungen wurde. Vor einigen Monaten erregte die Zerstörung der Buddhastatuen von Bamyan weltweit Abscheu. Die islamistischen Gäste der Taliban wollten aber gemäß der saudischen wahhabitischen Sektenideologie bin Ladens auch alle muslimischen Grabsteine zerstören. Was immer in Afghanistan an Zerstörung von Kulturgütern geschieht, wird von den Afghanen pauschal Osama bin Laden in die Schuhe geschoben, dessen arabische Schergen sich im Lande wie ausländische Besatzer aufführen.●

Achim Scheve

Aus: Friedensbrief 2001/01

Michael Pohly / Khalid Duran: Osama bin Laden und der internationale Terrorismus. Ullstein Taschenbuchverlag München 2001, ISBN 3-548-36346-6, 6.95 Euro (In Deutschland) – 13.59 DM

Sozialismus oder Barbarei

Eine Analyse über die Aktualität der von Wladimir Iljitsch Lenin im Jahre 1916 veröffentlichten Theorie über den Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitlismus. *Harparl Brar* weist anhand vieler Quellen aus der internationalen Wirtschaftspublizistik nach, dass diese Theorie an Gültigkeit keineswegs verloren hat. Vielmehr spiegeln sich die von Lenin herausgearbeiteten Wesensmerkmale des Imperialismus auf allen Erscheinungsebenen von Politik und Wirtschaft unverkennbar wieder. Der Imperialismus Leninscher Definition ist somit »zu sich selbst« gekommen.

Die scharfsichtige Analyse des Autors sowie seine umfassenden Recherchen räumen zugleich mit jeglichen Verschleierungsversuchen auf, die von bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftlern mit dem Schlagwort der »Globalisierung« und linksbürgerlichen wie pseudomarxistischen Kräften mit dem Begriff des »Neoliberalismus« unternommen werden.●

Quelle: Covertext

Harpal Brar: Imperialismus im 21. Jahrhundert. Imperialismus oder Barbarei. 208 S., broschiert, Bonn (Pahl-Rugenstein Nachfolger) 2001, 29,90 DM, 15,30 Euro (D), ISBN 3-89144-239-9

Eine kritische Geschichte der KPD

Was lange braucht, gibt manchmal ein nützliches Buch. Mehr als vier Jahre sind vergangen, seit fünf junge Linke aus dem Rheinischen daran gingen, die Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) kritisch aufzuarbeiten. Seit Juni liegt das Ergebnis ihrer Forschung und teils kontroversen Diskussion vor, das Buch »,...Denn Angriff ist die beste Verteidigung«. Die KPD zwischen Revolution und Faschismus.« Es sei nicht nur all denen zum Lesen empfohlen, die grundlegende Kenntnisse über die Geschichte des 20. Jahrhunderts erwerben oder auffrischen wollen. Neben einer Fülle von Fakten bietet es eine Menge Diskussionsstoff, der keineswegs nur für die »traditionsbewusste« Linke von Interesse ist. Insbesondere die katastrophale Niederlage der Arbeiterbewegung von 1933 – eines der zentralen in dem Buch diskutierten Themen – ist nach wie vor nicht hinreichend erklärt.

Die Autoren arbeiten zunächst heraus, dass selbst eine funktionierende »antifaschistische Einheitsfront«, bestehend aus SPD und KPD, den Siegeszug der Nazis wahrscheinlich kaum aufgehalten hätten – eben weil die Herrschenden und mit ihnen die Mehrheit der Bevölkerung Hitler an der Macht sehen wollten. Mit dieser Feststellung wollen die Autoren die Fehler der KPD keineswegs relativieren. Zwar lasten sie zu Recht der SPD eine entscheidende Mitverantwortung für die »Machtergreifung« an. Sie kritisieren aber auch den nationalistischen Kurs der KPD, die das im Ersten Weltkrieg besiegte Deutsche Reich zur ausgebeuteten Kolonie erklärte. Ebenso geißeln sie das Unverständnis, mit dem die Partei dem Antisemitismus der Nazis gegenübertrat, und ihre auch nach 1945 aufrecht erhaltene Neigung, aus Millionen deutscher MittäterInnen Opfer des Faschismus zu machen. »In ihrer unheilbaren Massenverliebtheit«, schreiben die Autoren in ihrem »Fazit in fünf Thesen«, »blieb der KPD gar nichts anderes übrig, als einerseits den antifaschistischen Widerstand zu überhöhen und andererseits den Mythos vom verführten und geknechteten Volk fortzuführen«.●

Gruppe MAGMA: »...Denn Angriff ist die beste Verteidigung«. Die KPD zwischen Revolution und Faschismus. Bonn (Pahl-Rugenstein Nachfolger) 2001, 296 Seiten, 36 DM

Nachdruck aus ak (analyse & kritik), Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 454. ak erscheint alle vier Wochen und kostet pro Exemplar 7,50 DM. Kostenloses Probeexemplar anfordern!
Adresse: ak – analyse und kritik, Rombergstr. 10, D-20255 Hamburg.
Email: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de
www.akweb.de

Kritik der romantischen Zweierbeziehung

Die Broschüre »Aber Dich gibt's nur einmal für mich« stellt das Modell der romantischen Zweierbeziehung in Frage. Die drei Autoren (1 Frau, 2 Männer) kritisieren nicht nur Ehe und trauscheinfreie Partnerschaft, sondern auch das aktuell gleichberechtigt existierende Modell »serieller Monogamie«: hintereinanderliegende Partnerschaften auf Zeit mit sexuellem Treueversprechen (Stichwort: Lebensabschnittgefährten). Auf 24 Seiten in A 4-Format heben die drei ihre individuellen Gedanken auf ein theoretisches Niveau und beschreiben in fünf Kapiteln: die guten und schlechten Seiten der Zweierbeziehung, hier stets RZB (Romantische Zweier-Beziehung) genannt, den Ursprung des Modells, zwei Alternativen dazu und Schwierigkeiten bei deren Umsetzung. Bei der Kritik werden positive Aspekte nett aneinandergereiht und bei den Nachteilen interessante Fragen aufgeworfen wie: Warum wirkt sich der gesellschaftlich definierte Vertrag der Zweierbeziehung in der unbewussten Anwendung auf die eigene Zweisamkeit oft so problematisch aus? Daneben stehen die Kritik an Heterosexualität und Homosexualität als Monosexualitäten anstelle von offener Bisexualität. Auch die Frage danach, wer die Geschlechterzugehörigkeit definiert und welche Rollen vom Aufreißen bis zum Trösten wem zugeschrieben werden. Natürlich auch das Thema Sicherheit und Monotonie. Erläuterungen, warum ein polygamer Mann als »Deckhengst« Beachtung findet, während eine polygam lebende Frau zur »Schlampe« degradiert wird. Und Aspekte wie die Differenzierung von Kuscheln, Schmusen und Sex, die hier nicht als notwendiges Paket verstanden werden. Bei den zwei ähnlichen Alternativen zur Zweierbeziehung wird das »Beziehungsnetzwerk« propagiert, tabufreie engere Kontakte zu mehreren Menschen, jeweils individuell definiert. Und bei den Problemen damit geht es natürlich auch um Eifersucht.

Das Thema ist nicht neu. Wer die 60er Jahre mit netzwerkartigen Ausschweifungen und passenden Diskussionen erlebt hat, kann es sich sparen: Die Autoren selbst sind zwischen 20 und 30 Jahren alt. Es geht vom Stil her durchgängig etwas universitär trocken holprig vorwärts. Lebensnahe blumige Beispiele fehlen gänzlich, die stärkste Schwäche der Texte. Man/frau/mensch stolpert auch permanent über den Gleichberechtigungsschreibstil. Beim Layout lenkt wenig vom Lesen ab. Literaturhinweise zum Weiterlesen gibt es keine. Insgesamt eine thematisch anregende Lektüre mit Längen, die einige Selbstverständlichkeiten vom Sockel stürzen will. Ein passendes und preisgünstiges Weihnachtsgeschenk für den/die Liebste/n.●

Götz Paschen

AutorInnenkollektiv GegenBez »Aber Dich gibt's nur einmal für mich – Eine Kritik an romantischen Liebesbeziehungen«, Infoladen Sabotnik, Moritzstr. 26, D-99084 Erfurt, gegen 2 DM + 3 DM Porto vorab als Schein/in Briefmarken, oder 10 Broschüren für 10 DM + 5 DM Porto. Versanddauer: bis zu 35 Tage.

Datensicherheit kostenlos

Die kostenlose CD-ROM »Meine Daten gehören mir! – Tips, Tools & Technix zum sicheren Umgang mit PC und Internet« wurde von der DGB-Jugend Hannover zusammengestellt. Im auf der CD-ROM mitgelieferten Handbuch mit 40 Seiten Text und vielen Screenshots wird auch für wenig erfahrene Computernutzer anschaulich erklärt, wie ein sicherer Umgang mit dem PC möglich ist und Fragen nach einer Verschlüsselung der Daten auf der Festplatte, sicherem Surfen im Internet, dem verschicken von anonymen E-Mails, Virenschutz und dem Funktionieren von Verschlüsselungsprogrammen, wie z.B. PGP beantwortet. Dazu gibt es 15 ausgesuchte Programme:

- Internet-Grundausstattung ab Windows 95 (Eudora, Opera, Mozilla)
- Sicherheit auf der Festplatte daheim (F-Prot, Adaware, Zero-Emmission-Pad, Scramdisk)
- Sicherheit für den E-Mail-Verkehr (PGPi, JPHSWin, Quicksilver)
- Sicherheit für World Wide Web (Tiny Personal Firewall, WebWasher, MultiProxy)

Eine wirklich empfehlenswerte Produktion, für kostnix! Die CD-ROM »Meine Daten gehören mir!« ist zum Versandkostenpreis von 3 DM in Briefmarken erhältlich bei DGB-Jugend Hannover, Stichwort »Meine Daten«-CD, Otto-Brenner-Str. 1, D-30165 Hannover, Tel. (05 11) 316 31 87, E-Mail: jugenddgb@aol.com. Eine Online-Version der CD mit aktuellen Korrekturen und Ergänzungen befindet sich unter
www.dgb-hannover.de/jugend/cd/●

dp

Vom Patron zum Spekulanten

Es beginnt mit zwei Toten inden dreißiger Jahren. Der junge Dreher Emil Baumann erschießt sich, weil ihn sein Meister schikaniert und weil er das neue Akkordsystem nicht erträgt. Sofort treten die Kollegen in den Streik. Dann stirbt auch der Unternehmer und Erfinder Hippolyt Saurer, ein eleganter Konzernherr mit Filialen in Paris, Madrid und Wien. Nach einer Mandeloperation erstickt er am eigenen Blut ...

Ausgehend vom Ende dieser beiden Männer erzählt Stefan Keller die Geschichte einer Kleinstadt im Osten der Schweiz, ihrer großen Fabrik, ihrer Arbeiterschaft, ihrer Konflikte, Triumphe und Niederlagen.

Die Stadt heißt Arbon, sie wird von den Roten regiert. Die Fabrik heißt Saurer, ihre Lastwagen sind legendär. Und das Lokale ist hier exemplarisch: Die Zeit der Fabriken ist auch eine Geschichte der Schweizer Industrie und der Arbeiterbewegung. Von den Motorkutschen der Gründerzeit bis zu den Saurer-Vergasungslastwagen der Nazis. Von den großen Streiks nach 1918 bis zum Abbau fast aller Arbeitsplätze in den neunziger Jahren. Vom Widerstand eines Redakteurs gegen Zensoren im Zweiten Weltkrieg bis zum »Abwehrkampf« der Gewerkschaft gegen ausländische Kollegen.●

dp

Stefan Keller: Die Zeit der Fabriken. Geschichten von Arbeitern und einer roten Stadt. WoZ im Rotpunktverlag. Mit Abbildungen, 240 Seiten, Broschur, ISBN 3-85869-228-x, 38 DM (ab 2002 19 EUR), 34 Fr., 277 öS

Finanzverwaltung: Quicken 2002

Private Finanzverwaltung auf dem PC wird immer beliebter. Quicken 2002 bietet dem Nutzer ein breites Spektrum an Anwendungsmöglichkeiten für seine privaten Finanzen, um so mehr aus seinem Geld zu machen und auch der professionelle Anwender in einem kleinen Unternehmen oder in der Finanzverwaltung eines Vereins behält die Finanzverwaltung fest im Griff.

Das Programm deckt die wichtigsten Finanzbedürfnisse ab: Finanzüberblick und Finanzplanung, bequeme Abwicklung von Bankgeschäften via Online-Banking sowie die Analyse und Verwaltung von Aktien und Investmentfonds.

Mit der neuen Version hat der Nutzer die Möglichkeit Daueraufträge, Überweisungen und Lastschriften (via HBCI 2.1) vom PC aus zu verwalten. Mit der neuen automatischen Kategorienzuordnung weist Quicken 2002 nach dem Online-Abholen der Kontoauszüge selbstständig die entsprechende Kategorie zu. Und natürlich arbeitet das Programm immer mit den aktuellsten und modernsten Sicherheitsstandards im Online Banking: T-Online 3.0 und HBCI 2.1.

Natürlich ist Quicken 2002 auch fit für den Euro im Jahr 2002. Alle Transaktionen können sowohl in DM als auch in EURO abgewickelt werden. Wer seine Konten in EURO konvertieren möchte, kann dies einzeln oder für alle Konten auf einmal per Knopfdruck durchführen.

Aufpassen muss der Nutzer bei der Installation. Wenn nicht im richtigen Moment die Installation beendet wird, wird auch noch die Zugangs-Software für T-Online 3.0 auf den Rechner gespielt. Die ist für den Betrieb von Quicken jedoch nur nötig, wenn Bankgeschäfte über T-Online abgewickelt werden sollen. Bei den meisten Banken können jedoch inzwischen Buchungen über jeden beliebigen Internet-Anbieter abgewickelt werden. Die unnötige Installation der T-Online-Software belegt Speicherplatz und führt Änderungen an den Einstellungen des Computers durch. Besser wäre, das Installationsprogramm würde die T-Online-Installation als Menüpunkt zur Auswahl anbieten.●

dp

Quicken 2002 läuft unter Windows 95c / 98 / ME und Windows 2000
Quicken 2002: 99 DM, Quicken 2002 DELUXE 149 DM

JOBS

Das Informationsbüro Nicaragua e.V. sucht ab sofort eine/n Referent/in für Nicaragua/Mittelamerika. Möglichst Spanisch-Kentnisse, unbedingt: Sozialhilfe berechtigt!
☎(02 02) 30 00 30
E-Mail: nica@wtal.de

JOBSUCHE

Wo wird **Bilanzbuchhalter** für Buchführung/Bilanzierung etc. gebraucht? 48 J. möglichst Raum Norddt.
Günther Schlamann, Reinekestr. 9, D-49393 Lohne

PROJEKTE

Sozialökologisches Landprojekt im Aufbau (Umland Berlin) sucht InteressentInnen. Infotreffen am 15.12.2001, um 15 Uhr im »Kotti e.V.«, Adalbertstr. 95a (Berlin-Kreuzberg).
Kennenlernentreff: jeden 1. Donnerstag im Monat.
Kontakt: Barbara, Klaus
☎(0 30) 612 34 30
E-Mail: info@landprojekt.de
www.landprojekt.de

Wir sind eine Gruppe mit Kindern, die eine Lebensgemeinschaft im Umland von München gründen will. Wir suchen naturverbundene Menschen mit sozialem Engagement.
☎/Fax (0 89) 864 23 55

SONSTIGES

Viel sagen wollen, aber sich nicht ausdrücken können? oder Wenig sagen können, dies aber möglichst elegant tun wollen? Professionelle und schnelle Hilfe bei der Formulierung von Doktor- und Diplomarbeiten und jeglichem anderen Text bietet erfahrene Autorin und Lektorin.
☎(0 62 23) 80 55 75 oder
e-mail: gudrunmangold@t-online.de

INTERNETADRESSEN

Auf unserer Website könnt Ihr zu ca. 1.200 Projekten und Betrieben surfen und mit Hilfe unserer Medienlinks andere Medienprojekte und ca. 100 Zeitschriften besuchen. Unsere Link-Liste wird parallel zur Herstellung der BUNTEN SEITEN 2002 laufend erweitert und aktualisiert. Die komplette Ausgabe 1 und demnächst die Nr. 2 aus dem Jahr 1984 sowie wichtige Beiträge und Inhaltsangaben aus den Jahren 1999 bis 2001 sind auf unserer Archiv-Seite zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Website mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen

Archiv der sozialen Bewegungen Bremen online.
Unter www.archivbremen.de finden sich die Selbstdarstellung des Archivs, Links und Hinweise zu Bewegungsarchiven, Links zu kritisch-historischem Arbeiten und einige Texte zur Auseinandersetzung mit der Geschichte sozialer Bewegungen.

DER RABE RALF
Die unabhängige Umweltzeitung aus Berlin
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin
☎ 030 / 44 33 91-0
Abo 20 DM/Hj., Probenummer gratis

Phase 2
zeitung gegen die realität #02
top story:
Krieg und globale Ordnung
weitere Themen u.a.:
Sexismus
Interview mit Michael Hardt
Zivilgesellschaft und Menschenrechte
Rassismus vs. Kapitalismus
Revolutionärer Antifaschismus ade
out now!
#02
Phase 2, c/o linxxnet
Bornaische Str. 3d, 04277 Leipzig
http://www.phase-zwei.org
abo@phase-zwei.org

Blood & Honour
THE INDEPENDENT VOICE OF ROCK AGAINST WHITE COWARDISM
Ein Neonazinetzwerk und seine „österreichische Division"

Bild: Ian Stuart Donaldson, Gründer von „Blood & Honour"
Die 48seitige Broschüre ist beim Kulturverein Sögefisch, Postfach 24, A - 6845 Hohenems erhältlich und kostet 20.- ÖS im Kuvert
www.kvsaegefisch.at

Archiv³
Kooperation Dritte Welt Archive
Wissen Sie noch wann Ortega an die Macht kam? Oder wer für den ANC das Wohnungsressort leitete? Vielleicht wollen Sie aber auch nur einen Einblick in die wechselvolle Geschichte Chiles oder Sri Lankas gewinnen?
Alle nötigen Informationen hierzu finden Sie bei der Kooperation Dritte Welt Archive – Archiv³.
11 Archive verschlagworten und archivieren nach einem einheitliche Thesaurus monatlich **über 240 Zeitschriften zu Entwicklungspolitik und Internationalismus.**
Nur die wenigsten davon finden Sie in öffentlichen Zeitschriftendatenbanken.
Sie brauchen Informationen? Wir können sie Ihnen beschaffen!
Ifak-goettingen.de

antimilitarismus information
Das aktuelle Themenheft ist da !
10/01
ami

TERROR
Krieg ohne Grenzen
monatliche Informationen und Analysen zu Militär, Friedensforschung und -bewegung
Abo: 12 Normal- und Themenhefte DM 60.-; Ausland: DM 80.-; Normalheft DM 5,- Themenheft DM 6.- (+Porto). *Probeheft gratis*
Bezug: Verein für friedenspolitische Publizistik e.V. Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin, Fon/Fax: ++30-25 79 73 42
redaktion@antimilitarismus-information.de
http://www.antimilitarismus-information.de

AUTOMATisch
Fanzine für Politik und Gegenkultur in Vorarlberg
aktuelle politische Artikel
Konzertberichte
Interviews
Comic
„Blick nach Rechts"
usw.
ca. 40 - 50 Seiten
Erhältlich gegen 20.- Öschis/Ausgabe im Kuvert bei:
Kulturverein Sägefisch
Postfach 24
A – 6845 Hohenems
Österreich
kvsaegefisch@hotmail.com
Nr.6 (Sommer 2001) mit: WEF-Gipfel, Menschen statt Profite, Sin Dios – Interview, Geschichte der Skinheads, Opernballdemo, Blick nach Rechts, Demotips, EZLN usw.
www.kvsaegefisch.at

INTERIM
Vierzehntägiges Berlin-Info
Widerstand braucht Diskussion!
für 3 Mark in Infoläden, linken Buchläden oder im Abo:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Queer Bands gesucht für SOLI-SAMPLER für autonome FrauenLesben Projekte in Heidelberg
Kontakt:
rqs@Frauen-Lesben-HD.de
FrauenLesben-Sampler
c/o Contraste
Postfach 104520
69035 Heidelberg

BUH e.V.
Berufsverband unabhängiger Handwerkerinnen und Handwerker
Unsere Zielsetzungen:
-Politisches Engagement zur **Abschaffung der Meisterpflicht** als alleinige Voraussetzung einer Selbständigkeit im Handwerk
-**Wiedereinführung der Gewerbefreiheit**
-**Gleichstellung** von Mann und Frau im Handwerk
Unseren Mitgliedern bieten wir: Beratung, Hilfestellung, Information, Mitarbeit und Diskussion im Kampf mit der deutschen Handwerksordnung.
BUH e.V.
Klein Breese 13 29497 Woltersdorf,
Tel. 05841-973900 Fax 973901
http://www.aries.de/BUH

« Unser LEBEN ist der MORD durch ARBEIT–wir hängen 60 Jahre lang am STRICK und zappeln. Aber wir werden uns LOSSCHNEIDEN»
[Georg Büchner, 1835]

[anar'ço:zyndi'ka'lismus]
ist ein Messer
DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
PROBEHEFT
Direkte Aktion
Mühlgasse 13
60486 Frankfurt
da@fau.org

lesen und lesen lassen
Zwischen Informationsflut und Infotainment:
Knappe Infos – kritische Analysen – best-practice-Beispiele.
Als Informationsdienst für grüne und alternative Kommunalpolitik bieten wir schnelle Infos und profundes Wissen in unserer Fachzeitschrift „Alternative Kommunalpolitik".
Wenn Sie uns noch nicht kennen: Wir schicken Ihnen gerne ein Probeheft.
Oder schauen Sie im Internet in's Inhaltsverzeichnis unserer Hefte:
▶ www.akp-redaktion.de
Alternative Kommunalpolitik · Luisenstraße 40 · 33602 Bielefeld
Tel. 05 21/17 75 17 · Fax 05 21/17 75 68
e-mail: akp@akp-redaktion.de · internet: www.akp-redaktion.de
AKP

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Wer sein Geld **rentabel und ökologisch sinnvoll** anlegen will, vertraut seit 1991 auf den Newsletter
ÖKO INVEST
Er liefert aktuelle Informationen und Tipps zu
◆ Wind-, Solar- und Wasserkraftbeteiligungen,
◆ aussichtsreichen internationalen Green Chips
◆ **Natur-Aktien-Index NAX** (+49% in 2000)
◆ Umweltaktien-**Musterdepot** (+75% in 2000)
◆ Warnungen vor (grün-)schwarzen Schafen.
Und der Lohn der Tugend? Z.B. über **6.000% Gewinn seit 1993** mit der Dauerempfehlung Tomra Systems (Pfandflaschenautomaten) oder über 500% mit SolarWorld im Jahr 2000.
Erfolg kann man abonnieren!
Ein **kostenloses Probeexemplar** oder das **Jahrbuch "Grünes Geld"** (DM 39,-) können Sie abrufen beim

ÖKO-INVEST-Verlag
Schweizertalstr. 8-10/5
A-1130 Wien
Tel. 0043/1/315696-0
Fax 0043/1/315696-1
oeko-invest@teleweb.at

graswurzel revolution

monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft
★ widerstand gegen staat und krieg ★ ökologie ★ antirassismus und antisexismus ★ gewaltfreier anarchismus ★ concert for anarchy u.v.m.
Jahresabo 45 DM (10 Ausgaben)
Schnupperabo 10 DM (3 Ausgaben)
GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim
www.graswurzel.net

Der Krieg in Afghanistan.
- Hunderttausende auf der Flucht vor Hunger und Bomben
- Bedroht durch 10 Millionen Minen

medico-Hilfe
Spenden für unsere afghanischen Partner zur Minenaufklärung und medizinischen Notversorgung.
Konto: medico international, 1800, BLZ 500 502 01, Frankfurter Sparkasse: »Minenopfer«
medico international
Obermainanlage 7, 60314 Frankfurt
Tel. 069 94 43 80, Fax 069 43 60 02
Email: info@medico.de, www.medico.de

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 610 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte und Fotos per E-Mail, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zweimal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; **10961 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com, Internet: http://members.aol.com/ricabuch; **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV,** Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@gmx.de, Internet: www.web-line.com/hs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **28201 Bremen, Redaktion Bremen,** Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland,** Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 593 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: ina@link-lev.de; **60316 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main,** netz Hessen, Uwe Weppler, Egenolffstr. 5a, ☎ (069) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: netz-hessen@nikocity.de; **Redaktion Saarland,** AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 E-Mail: a3wsaar@t-online.de und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald,** Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: Stefan-Riedel@gmx.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: p.streiff@link-n.cl.sub.de; **90419 Nürnberg, Redaktion Franken,** Stefan Braig, Kirchenweg 4, ☎ (0911) 510 68 77, Fax 26 77 68, E-Mail: schaefer.braig@nefkom.net; **Portugal:** Kurt Regenauer, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, **Internet:** www.suedschiene.de

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung:** 27283 Verden, Peter von Rüden, Artilleriestr. 6, ☎ (04231) 95 75 10, Fax 95 75 12, E-Mail: forum@oekozentrem.org; **Sozialpolitik, AG SPAK:** 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** Elisabeth Voß E-Mail: post@elisabeth-voss.de; **Umweltschutz von unten:** 23843 Bad Oldesloe, Jörn Hartje, (JUP!), Turmstr. 14a, ☎(04531) 45 12, Fax 71 16, E-Mail: joern@inihaus.de; **Information & Kommunikation,** 73525 Schwäbisch Gmünd, Karl Dietz, KOMM! Redaktion, Rechbergstr. 39, ☎(07171) 18 18 77, E-Mail: karldietz@gmx.de, Internet: http://komm.ffii.org

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Pleikartsförsterstr. 19, 69124 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 7.-9.12.2001
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagunghaus@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

MEDIEN

Online-Journalismus:
Schreiben für das Internet
Worum geht's? Hypertext nutzen, konzipieren, schreiben.
Schreiben für das Netz: Inhalt ist non-linear, der Hyperlink führt in neue Informationstiefen, der Leser wird zum Herausgeber. Der praxisorientierte Kurs lehrt Grundlegendes zur Textrezeption in den neuen Medien, definiert Regeln zu Online-Titel/ Teaser/ Text mit Schwerpunkt Nachricht, Bericht und Reportage, informiert über Hypertext-Strukturen, Navigation, Projektkonzeption und setzt sich mit dem Aufgabenprofil des Online-Redakteurs auseinander.
Termin: 21.-22.1.2002

Workflow in der Online-Redaktion
Worum geht's? Arbeitsmethoden, Organisationsformen, Produktionsweisen.
Anforderungen und Aufgabenprofile einer Online-Redaktion unterscheiden sich von Verlag zu Verlag, von Sendeanstalt zu Sendeanstalt, von Pressestelle zu Pressestelle. Dennoch gibt es mittlerweile etablierte Methoden, verbindliche Produktionsweisen und definierte Abläufe der Redaktions-Organisation. Das Seminar gibt auch einen Überblick über marktgängige Produktionstools und Programme.
Termin: 14.-15.1.2002

Webgrafik mit Photoshop
Worum geht's? Bildbearbeitung, Bildeinsatz, Navigationselemente auf Internetseiten.
Die neue Photoshop-Version bringt ausgezeichnete Werkzeuge für das Erstellen von Webgrafiken mit. Der Kurs verschafft Ihnen einen praxisbezogenen Zugang zu Photoshop-Grundlagen wie Ebenen, Auswahl- und Zeichenwerkzeugen. Erfahren Sie alles über webgerechte Dateiformate und Formatkonvertierung. Üben Sie das Scannen von Fotos und Geschäftsgrafiken.
Termin: 16.-18.1.2002

HTML für Redakteurinnen und Redakteure
Worum geht's? Der Stoff, aus dem die Web-Seiten sind.
Hyper Text Markup Language (HTML) heißt die Sprache zum Gestalten der Homepage. Mit dem HTML-Editor »Phase 5« lernen Sie die HTML-Grundlagen kennen: Wie zeichnet man Text aus, wie bindet man ein Foto ein? Wie gestalte ich Seiten, damit sie angenehm lesbar sind? Das Seminar richtet sich an Online-Redakteure und an Redakteure von Unternehmens- oder Verbands-Sites. Sie lernen, worauf Sie beim Layout von Web-Seiten achten sollten und wie Sie Ihr Web-Angebot strukturieren.
Termin: 4.-6.2.2002

Skriptsprachen verstehen – Skriptprogramme gestalten
Worum geht's? Dynamische Webseiten aufbauen.
Sie müssen kein Informatiker sein, um Skriptprogramme einzurichten. Der Kurs führt Sie in die Grundlagen der Programmierung mit JavaScript, PHP4 und Perl-CGI ein. Anhand praktischer Beispiele und Übungen lernen Sie, wie Sie Ihren Webauftritt dynamisch machen, ohne ihn zu überladen. Sie erfahren etwas über Skriptrecherche und die Anpassung von frei verfügbarem Programmcode. Gute HTML-Kenntnisse werden vorausgesetzt.
Termin: 11.15.2.2002

Linux verwenden
Worum geht's?
Praxiswissen für Einsteiger.
Eine Einführung in das Einrichten und die Funktionsweise von Linux und die Konfiguration der Server-Funktionalität stehen im Zentrum dieses Seminars. Weitere Themen: Samba, WWW Proxy Squid, Web Server Apache, Mail Server am Beispiel von SuSE Linux. Kenntnisse im Umgang mit Dateiverwaltung und Verzeichnissen sind von Vorteil.
Termin: 7.-8.2.2002

Von der Meldung zum Kommentar
Worum geht's? Die journalistischen Stilformen kennen, schreiben, beurteilen.
Von Stil und Form eines journalistischen Beitrags hängt es zunächst einmal ab, ob er gelesen wird. Jedes Thema, jede Information kann man auf verschiedene Weise darstellen. Wie formuliere ich Texte für Terminhinweise, Berichte von Veranstaltungen, wie einen Beitrag für die Tagespresse? Unser Praxis-Seminar führt in die informierenden und kommentierenden Stilformen ein.
Termin: 18.-20.2.2002
Information & Anmeldung:
Journalistenakademie
Fax (0 89) 13 14 06
E-Mail: info@journalistenakademie.de
www.journalistenakademie.de

REGIONALENTWICKLUNG

Mehrteiliger Fortbildungskurs
Die Akademie der Katholischen Landjugend führt zum neunten mal eine mehrteilige berufliche Qualifikation für Beratungskräfte in der Regionalentwicklung durch. Die Fortbildung befähigt dazu, beteiligungsorientierte Planungsprozesse zu strukturieren und zielgerichtet zu steuern. Die Teilnehmer erlernen kommunale wie regionale Entwicklungsstrategien mit den Beteiligten umzusetzen und einzelne Projekte in der Produktentwicklung und Markteinführung zu unterstützen.
Der Kurs wird im Zeitraum **März 2002 bis März 2003** durchgeführt. Er setzt sich aus fünf Blöcken zusammen und schließt mit dem Zertifikat Regionalberater/Regionalmanager ab.
Information & Anmeldung:
Akademie der Katholischen Landjugend,
Drachenfelsstr. 23, D-53604 Bad Honnef
☎(0 22 24) 94 65 40, Fax 94 64 44
E-Mail: akademie@kljb.org
Kursbeschreibung:
http://akademie.kljb.org

ZUKUNFTSWERKSTATT

Eine andere Welt ist möglich!
Was können wir persönlich dafür tun, dass in Auseinandersetzungen nach friedlichen politischen Lösungen gesucht *wird. Wir alle sind noch nie so gefragt ge*wesen wie heute, uns über unsere Zukunftsvorstellungen klar zu werden, um auf unsere Mitwelt für eine lebenswerte Zukunft einzuwirken.
Die Zukunftswerkstatt ist eine Methode, die alle Beteiligten als ExpertInnen für ihre Zukünfte ernst nimmt und einen hierarchiefreien Raum schafft, in dem Kritik, Utopie und Handlungsansätze wertschätzend Beachtung finden.
Auch für Leute, die die Zukunftswerkstatt »nur« als Methode kennenlernen möchten.
Termin: 8.-10.2.2002
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagunghaus@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

JUNGE LINKE

Smells like teen spirit
Wie politisch ist Popkultur?
Durch die Vermarktung von Subkultur und ihren festen Platz im bunten Warenkorb der Kulturindustrie hat sich die Bezeichnung »Mainstream der Minderheiten« etabliert. Ist heute tatsächlich für jedeN etwas dabei? Verliert Kultur ihren kritischen Gehalt, sobald sie vermarktet wird? Wie rassistisch is Multikulturalismus und wem nutzt es? Was soll feministische Kulturkritik? Die Fragen, wie emanzipatorische Kultur heute aussehen kann und was sie verspricht, sowie warum Kurt Cobain sich umbringen musste, sollen ebenfalls geklärt werden.
Termin: 14.-16.12.2001, Köln

Radikaldemokratie?
In der (post)modernen Gesellschaft ist scheinbar alles möglich: im Leben, im Bett, im Job – und in der Politik. Die Linke nennt dieses Durcheinander Pluralismus. Die eine ist Feministin, der nächste Öko, Antifa ist total trendy, Frieden ist etwas weniger in, ein Che-Shirt haben viele, Sozialismus ist aber ziemlich out (»hat ja nicht geklappt...«). JD-JL versuchen, den linken Pluralismus aufzugreifen und dabei dennoch ein schlüssiges, linkes, politisches Konzept zu haben: Radikaldemokratie.
Termin: 15./16.12.2001, Leichlingen

Feminismus oder Barbarei
»Frauen und Männer sind gleichberechtigt« – so sollte es sein. Die Frauenbewegung hat immer darauf hingewiesen, dass dem in der Wirklichkeit noch lange nicht so ist. Auf diesem Seminar wollen wir einmal genau schauen, an welchen Punkten Frauen in der Gesellschaft unterdrückt oder grundsätzlich schlechter gestellt werden. *Unter anderem wollen* wir dabei untersuchen, wie schon in der Erziehung die kleinen und großen Unterschiede angelegt werden. Außerdem wollen wir diskutieren, welche Möglichkeiten es gibt, gegen Benachteiligung von Frauen vorzugehen und diese abzuschaffen.
Das Seminar richtet sich an alle Frauen und Männer, für die diese Themen neu sind oder die sich einmal intensiver mit der Thematik beschäftigen möchten.
Termin: 11.-13.01.2002, Castrop-Rauxel

Aus der Mitte der Gesellschaft...
Rassismus in der BRD
»Rassistisch sind nur die Naziskins und das sind ja doch nur frustrierte Jugendliche.« So oder so ähnlich wird in unserer Gesellschaft Rassismus wahrgenommen. Dass Rassismus kein Randgruppenphänomen ist, sondern aus der Mitte der Gesellschaft kommt und in dieser verankert ist, verdeutlichen staatliche Ausgrenzung von Nicht-Deutschen und rassistische Diskurse, die von großen Teilen der Bevölkerung getragen werden. Entstehung und Funktion rassistischer Denkmuster wollen wir bei diesem Seminar ebenso thematisieren, wie das Verhältnis von staatlichem Rassismus und extremer Rechten. Antirassistische und antifaschistische Gegenstrategien werden dabei nicht zu kurz kommen.
Termin: 11.-13.01.2002, Moers
Information & Anmeldung:
JungdemokratInnen/Junge Linke
NRW, Herner Str. 79,
D-44791 Bochum
www.jungdemokratinnen.de

JUGENDUMWELT

9. Jugendumweltkongress
Termin: 27.12.01 bis 2.1.02, Dresden
(siehe auch Seite 5)
Information:
Kongressbüro, c/o Grüne Liga, Schützengasse 16, D-01067 Dresden
☎(03 51) 494 33 74
E-Mail: info@jugendumweltkongress.de
www.jugendumweltkongress.de

NEUER TERMIN

Alternative Naturwissenschaften
Naturwissenschaftliche Alternativen
Jede Theorie basiert auf dem, was sie ausschließt. Dies gilt auch für die naturwissenschaftliche Theorie und Praxis. Die Grenzen der Entscheidung, welche und wessen Erfahrungen als wichtig angesehen werden, ist eine gesellschaftliche Setzung. Die Ausgrenzung entspricht dabei bestehenden sexistischen, kapitalistischen und rassistischen Herrschaftsverhältnissen. Feministische Theoretikerinnen (E. F. Keller, C. Merchant, E. Scheich) haben diese Zusammenhänge dargestellt, alternative Ansätze gibt es aber kaum.
An der Universität wird in den Naturwissenschaften in der Regel nicht über Alternativen diskutiert. Und erst recht nicht über die Zusammenhänge von Naturwissenschaften mit Kapitalismus, Sexismus und Rassismus. Für Einzelne, die über »Alternative Naturwissenschaften – Naturwissenschaftliche Alternativen« nachdenken, fehlt vielfach die Möglichkeit sich mit anderen auszutauschen, die eigenen Ideen zu hinterfragen und sie zusammen weiterzuentwickeln.
Deshalb hier die Ankündigung dieses autonomen Arbeitskreises für alle, die noch von einer anderen naturwissenschaftlichen Theorie und Praxis träumen und es beim Träumen nicht belassen wollen.
Wir treffen uns jetzt zum siebten mal und haben ausgehend von der feministischen Naturwissenschaftskritik inzwischen unterschiedliche Ansätze diskutiert. Wir wollen nicht den Atomstaat durch Solarkapitalismus ersetzen oder Cyberparlamentarismus abfeiern sondern mit Naturwissenschaft das System unterminieren. Infos und Anmeldung unter untenstehender Adresse.
Termin: 14.12. bis 17.12.01
in Lutter am Barenberge
Kontakt: Jörg Djuren, Sprembergerstr. 4, D-12047 Berlin
☎(0 30) 69 04 05 78

EU-GIPFEL

Vom **11.-13. Dezember** findet in Brüssel das Treffen des »Parlaments der Arbeitslosen«, organisiert von den Euro-Maerschen, statt. Weitere Infos dazu findet Ihr unter: www.euromarches.org
Vom **12.-14. Dezember** wird es voraussichtlich in Aachen einen Kongress mit Hauptbezug auf den EU-Gipfel, Überwachung im europäischen Rahmen und Ausreiseverbote geben. Dieser Kongress findet in der Nähe der Grenze statt, um direkt vor Ort auf Ausreiseverbote oder Ausweisungen, wie es sie wegen Genua und Göteborg gegeben hat, mit vielen Leuten reagieren zu können. Es sollen begleitend inhaltliche Auseinandersetzungen über die Außen- und Innen-Politik der EU, das Schengener Abkommen, Abbau von Persönlichkeitsrechten usw. geführt werden. Am Donnerstag findet voraussichtlich eine Demo statt.
Es wird außerdem aus mehreren Städten Busse geben, die nach Brüssel fahren. Da der Kongress bis Freitag geht, hat man durchaus die Möglichkeit am Kongress teilzunehmen und dann noch nach Brüssel zu fahren. In euren Städten erfahrt ihr mehr, ob es Busse gibt. Näheres zum Kongreß unter: openup@gmx.li
13. Dezember: internationale Demonstration der Vereinigung europäischer Gewerkschaften (CES). Start ist 10:00 vom Bockstael in Laeken, Endpunkt ist das König Baudouin Stadium (Heysel).
14. Dezember: internationale Demonstration des linken D14-Bündnis. Start ist 11:00 am Flüchtlingssammellager, bd. 9ième de Ligne in Brüssel, Endpunkt ist der Parc Stuyvenbergh in Laeken. Weitere Infos unter: www.d14.be
15. Dezember: internationale Versammlung in dem Auditorium der Universität (ULB-VUB). 10:00 bis 12:30. Start der Demonstration ist um 13:30 von der Universität aus, Endpunkt ist gegen 16:00 am Platz Schuman, wo danach eine Reclaim-the-Streets-Party stattfindet.
Weitere Infos: www.bruxxel.org

GELD & ROSEN

In frischem Orange präsentiert sich die Unternehmensberatung für Frauen »Geld & Rosen« mit ihrem Veranstaltungsprogramm für das Jahr 2002. Mit diesem neuen Programm werden bundesweit zahlreiche Seminare für Existenzgründerinnen und Vereinsfrauen angeboten.
Auffällig ist hier eine weitere Spezialisierung: Es gibt neben branchenübergreifenden Existenzgründungskursen auch solche für Künstlerinnen, Heilerinnen und Ingenieurinnen.
Neu sind auch die Veranstaltungen für Teilzeit-Selbstständige, eine recht frauenspezifische Gründungsweise, die nun endlich Beachtung findet. Vielversprechend klingt die Ankündigung einer Coaching-Gruppe für Geschäftsführerinnen von gemeinnützigen Einrichtungen: »... und ewig wuselt das Chaos«.
Interessierte können entweder im Internet weitere Informationen erhalten (www.geld-und-rosen.de) oder das kostenlose Programm bestellen bei:
Geld & Rosen, Bahnstr. 35, D-53894 Mechernich
☎(0 24 43) 46 24, Fax 87 94

RADIKAL REISEN!

Richtung Polen
Der erste Teil der Fahrt geht in die Nähe von Poznan, wo wir mit unserem Partner FMUP ein/zwei Gläschen trinken und uns über Themen EU, innere Sicherheit, Rassismus & Asyl und »Globalisierung« austauschen werden. Wie sich die neue polnische Regierung so schlägt, werden wir anschließend in Warschau unter die Lupe nehmen, wo auch Treffen mit weiteren (feministischen/sozialistischen) Gruppen geplant sind.
Termin: 6 Tage im Februar 2002

Richtung Tschechien – Prag
Kommt Tschechien in den Nachrichten vor, dann geht es entweder um das AKW Temelin, das Verhältnis zu den »Sudetendeutschen« oder um den Umgang mit Sinti und Roma. Wir wollen schauen, was es sonst noch an gesellschaftlichen Entwicklungen und Diskussionen in Tschechien und der »Goldenen Stadt« Prag zu entdecken gilt. Vor allem wollen wir uns mit linken, kritischen Gruppen treffen und über Rassismus, Globalisierung und die Osterweiterung der EU diskutieren.
Termin: März/April 2002
Kosten: ca. 175 EUR
Information & Anmeldung:
jd/jl, Greifswalder Str. 4, D-10405 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 64, Fax -66
E-Mail: bgs@jdjl.org
www.jdjl.org

EX-STEFFI

DER TRICK IST ZU ATMEN & Gäste
»Der Trick ist zu atmen« aus Hamburg sind mit ihrem Debutalbum »Auf schlechte Zeiten...« eingeschlagen wie eine Bombe. Eigenständiger, durchdachter und intelligenter deutschsprachiger Punkrock in der Tradition von Bands wie ...But Alive und Muff Potter.
Dazu gibt es natürlich wieder leckere Cocktails, Info- und Plattenstände und vieles mehr! Kommen und staunen!
Termin: Mittwoch, 26. Dezember 2001, 21 Uhr

Ausstellungseröffnung und Konzert
Um 17 Uhr wird der Essener Künstler »Keinom« seine Bilder-Ausstellung eröffnen. Neben vielen Zeichnungen, Plattencovern und Grafiken aus seiner Hand wird Keinom auch einige Graffitties vorstellen. Die Ausstellung wird im Anschluss für zwei Wochen in der Ex-Steffi zu sehen sein, geöffnet wird sie bei allen Veranstaltungen im Haus und jeden Donnerstag ab 20 Uhr. Nach der Ausstellungseröffnung gibt es leckeres Essen für wenig Geld, Musik vom Band und natürlich die üblichen berüchtigten Steffi-Cocktail-Kreationen.
Ab 21 Uhr beginnt ein Konzert mit Petrograd (Luxemburg), Inner Conflict (Köln) und The Sicktones (Essen). Don't miss it!
Termin: Freitag, 14.12.2001, ab 17 Uhr
Ex-Steffi, Schwarzwaldstr. 79 (hinter'm Hauptbahnhof), Karlsruhe
Infos: www.exsteffi.de und www.twisted-chords.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 Euro in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg